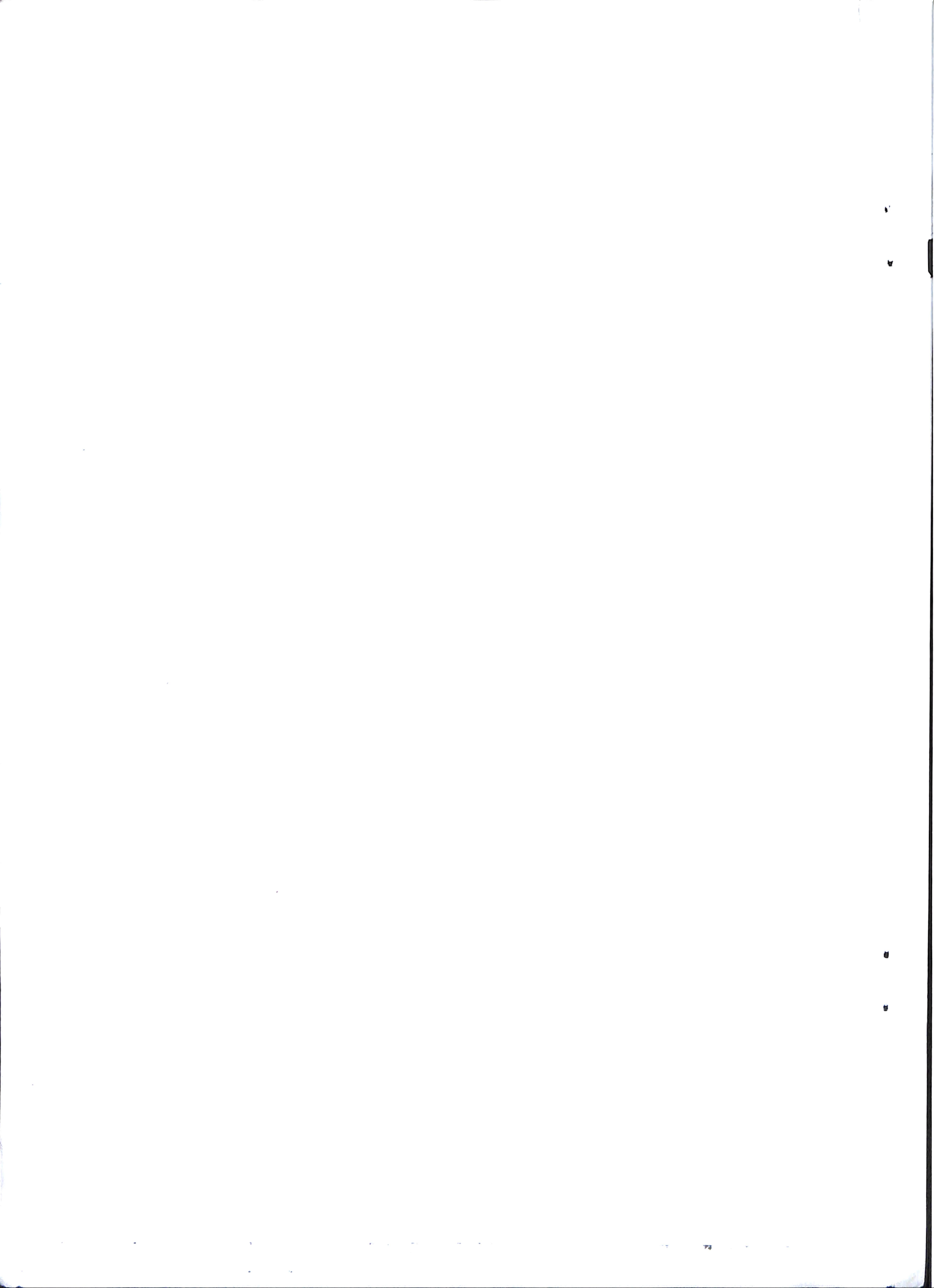
BAHAMAS

Nr. 9 März/April 1993 6 DM
Zirkular der Gruppe K



DRITTER GRIFF ZUR WELTMACHT?

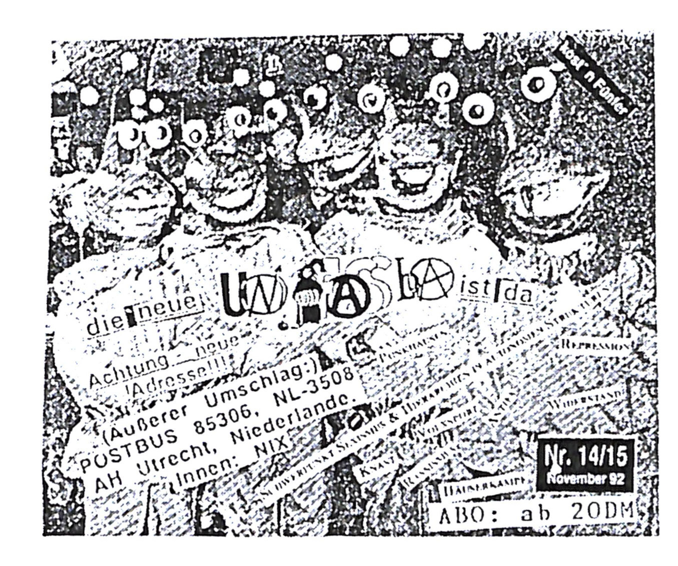


Die Rote Hilfe 1/93

Themen: Asylrechtsabschaffung; AFIS - die datentechnische Erfassung von Flüchtlingen; 1 Jahr nach der „Kinkel-Initiative": Wir RAF-Gefangene verschaukelt werden; weitere Themen: Haftstrafe gegen Antifaschisten, Knud & Ralf; Verdeckte Ermittler in Tübingen; Interview mit Menschrechtlerinnen aus der Türkei; Ostexpansion des deutschen Polizeiapparates.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,-DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
23 Kiel 14



türkei information

im 14.Jahr
erscheint zweimonatlich

Berichte-Kommentare-Hintergründe-Einschätzungen
zur politischen und gesellschaftlichen Realität in der Türkei und in Kurdistan

Übersetzungen aus türkischen Zeitungen und Zeitschriften

gegen den nationalistischen Zeitgeist - für internationale Solidarität

Abonnement (6 Ausgaben): DM 25,-
Förderabonnement ab DM 30,-
die drei letzten Nummern zur Ansicht: DM 6,-

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
W - 3000 Hannover 91

Konto: türkei information, c/o Hasselbring
Postgiroamt Hannover
Konto Nr. 569 725 - 304
BLZ.: 250 100 30



erscheint im April 1993
Asyl, Migration, Arbeitsmarkt, Anti-Rassismus
Solidarpakt - Umbau des Sozialstaats?
Klassenkämpfe in England
Nachlese zu Rostock ...
Jugoslawien
Somalia
Aids-Lüge
u.a.

Wildcat 60
Oktober 1992
Riots von Rechts?
Rostock - Saarlouis:
Sozialpakt, Notstandsregierung, Strategie der Spannung
Schönau: Rassismus, Anti-Rassismus, Klassenkampf
Streiks in Italien
Heißer Sommer in Englands Siedlungen
Streiks in Griechenland
LKW-Fahrer-Streiks in Frankreich
u.a.

Bezugsbedingungen:
Bestellung durch Überweisung auf:
Sisina, Postgiroamt Berlin, Kto. 31 502-109, BLZ 100 100 10
Wildcat: 1 Heft 4 DM, Abo: 6 Hefte für 20,-
TheKla: 1 Band 8 DM, Abo: 4 Bände 24,-
Kontakt: Sisina, Pf. 360 527, 1000 Berlin 36



Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
(4x im Jahr, Heft 5.-/Abo DM 20.-)

Schwerpunkthemen des nächsten Heftes (Erscheint Ende Nov.):
- Sozialismus - wie weiter (Teil II)
- Die Lage der revolutionären Linken in Großbritannien
- Jahreskonferenz 1992 (Beiträge) u.a.: Zur Lage in der Ex-DDR / Gewerkschaftspolitik

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 96/22.Jg.: Juli 1992; 50 S., 5.-DM, u.a.
- BRD - Vom Gesellschaftlichen Abstieg zur polit. Destabilisierung
- Niedergang und Chance: Zum Weg der PDS
- Tarifbewegung 1992: Hemmschuh sozialpartnerschaft
- USA: Opposition siegt in der Teamstergewerkschaft
- 1. Mai in Bremen/Schweden/Moskau
- Kuba am Ende?
- Rußland und die Juden im 20.Jahrhundert

Nr. 95; 22. Jg.: März 1992; 46 S., u.a.
- Innenpolitik: Gewerkschaften / Wahlen / Rechtsruck
- Sozialismus: wie weiter? (Teil I)
- Auswirkungen der zerfallenden SU auf die Linke
- Schweden: Vertreibung aus dem sozialdemokratischen Paradies
- Mut, Klugheit und List d. tapferen B. Brecht

Nr. 93/94; 21 Jg.: Oktober/November 1991; 56 S. u.a.
- Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten
- NATO, WEU und EG (Nachdruck)
- Jahreskonferenz der Gruppe (Beiträge): Der Niedergang der Linken / Zur Lage in der Ex-DDR / Gewerkschaften in der Krise / Die Folgen des SU-Zusammenbruchs
- Das Ende von Nicaragua Libre (Nachdruck)

Register: .... 1981 - 1989, 3.- DM
Neu: Weiße Flecken - Die Geschichte der Sowjetunion ...... 8.- DM
Sonderheft China. Langer Marsch in den Kapitalismus? .... 4.- DM
Der Spanische Bürgerkrieg: .... 8.- DM

Bestellungen bitte an:
T. Gradl, Postfach 91 03 07, 8500 Nürnberg 91

Editorial

Der dritte Griff zur Weltmacht? — unter diese Fragestellung haben wir den Themen-Schwerpunkt zur deutschen Außenpolitik in dieser Ausgabe der BAHAMAS gestellt, nachdem die innere Entwicklung und die Diskussion um Faschisierung Schwerpunkt der BAHAMAS Nr. 8 war. Die "Orientierungskrise der deutschen Außenpolitik" kennzeichnet das Bemühen, die deutsche Rolle in der Weltpolitik neu zu bestimmen. Dabei sind in kürzester Zeit Traditionslinien imperialistischer deutscher Großmachtpolitik der Vergangenheit wiederbelebt worden.

*

Zu Beginn kommentiert *Christian Schmidt* das ostasiatische Produktivitäts"modell" als vermeintliches Vorbild für Europa und die USA.

*

Daß die Eindämmung Rußlands und die besonderen Beziehungen zur Ukraine — "der Welt drittgrößte Atommacht" — aktuelle deutsche Politik sind, zeichnet *Max Müntzel* historisch und in der Gegenwart nach. Wie sehr die anfängliche Euphorie des deutschen Kapitals beim Gang nach Osten einer Ernüchterung und Zurückhaltung gewichen ist, zeigt *Klaus Wernecke* am Beispiel der Investitionspolitik in der GUS.

*

Kontroverser die EG-Einschätzungen in dieser BAHAMAS. *A.K.* kommt angesichts der jüngsten EG-Auseinandersetzungen zu dem Schluß, daß der nationale Sonderweg Deutschlands auch nicht schlimmer ist, als der supranationale über die deutsch dominierte EG. Der "deutsche Königsweg EG" ist ihm der nach den "Gesetzen des Kapitalismus" logischere. *Jürgen Stuttgart* bewertet in kurzen Thesen zu Maastricht die Initiative des Mob als eine von den "Gesetzen des Kapitalismus" nicht zu erfassende Größe. *Heiner Möller* sieht die "Zivilmacht Deutschland" als Tarnung für Weltmachtambitionen, die sich in der deutschen Rolle in Europa erfüllen werden. Sie könne unter dem Namen Maastricht, oder auch nicht, ein neues, ein auch politisch und militärisch dominiertes deutsches Europa bedeuten — mit allen Unwägbarkeiten.

*

"Germanisierungs"politik in Polen erinnert an alte Schrecken, zeigt *Sabine Roisch* am Beispiel deutscher Volkstumspolitik in Polen, wo die polnischen Germanen ungeniert und mit Unterstützung der Bundesregierung ihr Unwesen treiben. "Wolga-Germania", so *Pelle Petterson*, ist der Versuch, Rußland eine deutsche Laus in den Pelz zu setzen. Daß Deutschland in historischer Tradition der Einmischung, den Schutz der Minderheiten — dabei insbesondere der deutschen — als Vorwand zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder benutzt, wird in beiden Fällen beispielhaft gezeigt.

*

Jugoslawien und der Krieg ist unter verschiedenen Gesichtspunkten Thema dieser Nummer. *Gabriele Becker* setzt sich mit den Vergewaltigungen im Krieg und der deutschen Kampagne hierzu auseinander. Insbesondere kritisiert sie die Funktionalisierung der Vergewaltigungsdebatte für deutsche Kriegspropaganda. *Heinz Willemsen* analysiert die neuesten Konfliktlinien im Krieg unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo- und Griechenland-/Mazedonien-Konflikts und arbeitet noch einmal die deutsche Brandstifterei in Jugoslawien heraus. Idee, Gründung und Entwicklung des Vielvölkerstaats unterzieht *j.w.* einer kritischen Einschätzung: Volkstumsnationalismus und Selbstbestimmungsrecht ebneten den Weg zum Stammesverband.

*

Wir wollen unseren antinationalen Schwerpunkt fortsetzen. Für künftige inhaltliche Schwerpunktthemen bereiten wir eine gründlichere Bearbeitung des Themas *Faschismus und Faschisierung* vor. Ein weiteres Arbeitsthema haben wir unter den Titel *Sieg des Kapitalismus oder globale Krisenentwicklung*? gestellt.
Unsere nächste *Redaktionssitzung* findet am *14. März* statt. InteressentInnen können Näheres über unsere Büroanschrift erfahren.

*

Als wir im letzten Jahr die Ausweitung der BAHAMAS beschlossen hatten, gingen wir davon aus, einen Versuch zu starten. Deshalb nennen wir sie Zirkular, ein Provisorium. Entsprechend machen wir auch keine vollständige Zeitschrift, sondern im einfachen Verfahren eine redaktionelle Zusammenstellung und Bearbeitung von Texten und verzichten derzeit auf ein Layout. Wir hatten uns drei Nummern vorgenommen, nach deren Erscheinen wir diesen Versuch auswerten wollten: hat er Resonanz, gelingt eine inhaltliche und redaktionelle Erweiterung bzw. Zusammenarbeit mit anderen, lohnt diese Arbeit? Im *Juni 1993* wollen wir auf einem *bundesweiten Treffen* darüber beraten. Eine gesonderte Einladung werden wir verschicken. Sonstige InteressentInnen bitte melden.

*

Redaktionsschluß für die BAHAMAS Nr. 10: *15. April*. Erscheinungstermin: voraussichtlich Mitte Mai. Bei Textplanungen bitte rechtzeitig — am besten schriftlich — Rücksprache mit uns halten. Wir hatten bereits bei dieser Nummer fünf Texte, die wir nicht abgedruckt haben.

*

Zuguterletzt: *Unterstützung* ist willkommen, insbesondere helfen uns das Bemühen um *Weitervertrieb* (auch Hinweise auf Vertriebsmöglichkeiten sind erwünscht), *Abonnements* und *Spenden*.

Titelfoto: Das obere Bild, "Gefechtsstand Sarajewo", ist im Spätsommer 1992 auf einem Bundeswehrstützpunkt in der sächsischen Oberlausitz aufgenommen, wo die Soldaten Waldbrände bekämpften.

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Karolinenstr. 21, Hs 2, 2000 Hamburg 36, Tel. 040/ 43 88 46
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.I.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

Abo

Hiermit bestelle ich .... Exemplare der *Bahamas* ab Nr. .... Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich bitte um: Rechnungsstellung (2 DM mehr je Rechnung) / Ich zahle per Einzugsermächtigung (viel besser!)

Adresse:

Name:

Strasse:

Ort:

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* (zur Zeit 18 DM) im Voraus von meinem Konto abzubuchen.

KontoinhaberIn:

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Bank:

Ort/Datum: Unterschrift:

Vorbild Ostasien

Tüchtige Tiger: "modern, sauber, grün und sicher"

Kaum hat das Abendland den Endsieg über die orientalischen "Reiche des Bösen" (UdSSR, Irak) richtig ausgekostet, da breitet sich schon neuer Pessimismus aus. Welche Zeitung man auch aufschlägt, es ist — wegen Sex & Crime, Korruption und Mafia, Somalia und Bosnien — die Rede vom "Untergang des Abendlandes". Die Angst ist nicht herbeigeredet. Auch wenn Sex, Crime und Korruption so neu nicht sind, gibt es doch materiellen Anlaß zur Sorge; deutscherseits vor allem dies: Der Aufbau-Ost klappt nicht, und die Konjunktur-West macht gerade Pause.

Man sieht daran, wie ernst Wirtschaftsdaten genommen werden und ein paar Prozentpunkte weniger Wachstum gleich philosophische Zweifel am Fortgang der Weltgeschichte auslösen. Soweit muß nicht gegangen werden. Immerhin aber gehen die aktuellen wirtschaftlichen Probleme über reine Konjunkturschwierigkeiten hinaus. Die Kette wirtschaftlicher Fehlentwicklungen sieht ungefähr so aus: Seit den 70ern ging es in den Trikont-Staaten fast überall bergab; Ende der 80er kam der Bankrott der RGW-Staaten; dann kriselte es in England und den USA, jetzt sogar in Japan und der BRD.

Das lenkt den Blick zwangsläufig auf die Volkswirtschaften, die, obwohl "unterentwickelt", in den 80er Jahren grandiose Wachstumsraten aufwiesen und auch heute noch beachtlich expandieren: Hongkong, Taiwan, Korea und Singapur (die "Tigerstaaten") und neuerdings auch Malaysia, Thailand, Indonesien und die VR China. Letztere ist derzeit Spitzenreiter: ihr BSP wuchs im letzten Jahr um famose zwölf Prozent; in den "Freihandelszonen" um Hongkong und Schanghai sogar um 20 bis 30%.

Das ostasiatische Wirtschaftswunder wird deshalb gern als Modell gepriesen, an dem sich die "Weltmarkt-Versager" im Trikont und Osteuropa orientieren sollten. Darüber, was den Erfolg der "Tigerstaaten" — im Unterschied zu den verarmten Trikontstaaten — ausmacht, besteht allerdings kaum Klarheit.

Zunächst wurde kolportiert, daß der Mißerfolg in Afrika und Lateinamerika auf "korrupte Eliten", fehlende Demokratie und zu hohe Rüstungsausgaben zurückzuführen sei. Vergessen wurde, daß auch die Wirtschaften Singapurs und Koreas völlig von einer Handvoll Familienclans dominiert werden; daß Korruption nirgends so ausgeprägt ist wie in Suhartos Indonesien, daß es in keinem der "Tigerstaaten" freigewählte Parlamente gab und schließlich die Rüstungsausgaben Südkoreas mit 40 Prozent am Staatshaushalt absolut Spitze sind.

Dann war die Rede von der besonderen asiatischen Mentalität, geprägt vom Schintoismus, die die Menschen dort zu besonderer Arbeitsfreude treibt. Allerdings waren die "Tüchtigsten" in Korea ausgerechnet Christen, und warum Malaysia und Indonesien plötzlich emporstiegen, obwohl doch beide muslimisch sind, blieb außer Betracht. Was bleibt, ist die schlichte Erklärung, daß die Leute dort irgendwie tüchtiger sind. Warum die Japaner dies aber bereits seit Beginn des Jahrhunderts sind, während die Koreaner es erst nach 1960 wurden, die Thais erst seit 1980 und schließlich die "Rotchinesen" gar erst 1990, muß dann rätselhaft bleiben.

Von der Kolonie zur Arbeitsteilung

Diese Abfolge ist es aber, die darüber aufklärt, wo das Erfolgsgeheimnis zu suchen ist. Die Geschichte beginnt mit dem Aufstieg Japans zur Industrie- und Kolonialmacht Ostasiens; Formosa (Taiwan) kam bereits 1895 unter japanische Herrschaft, 1910 Korea, 1932 die Mandschurei. Und bis zum Ende dieser Kolonialzeit (1945) wurden in Formosa und Korea die Grundlagen heutiger Industrialisierung gelegt. Als nach dem Krieg auf Taiwan die Japaner vom Staat enteignet wurden, befanden sich auf einen Schlag über 50 Prozent der Industrie in staatlichem Besitz; und der heute größte koreanische Konzern, Samsung, wurde 1938 in japanischer Kolonialzeit gegründet.

Solange Japan nach 1945 mit dem eigenen Wiederaufbau beschäftigt war, gestaltete sich die Entwicklung der Ex-Kolonien zunächst eher zögerlich. Erst als es geschafft hatte, in den grundlegenden Industrien (Textil, Stahl, Bau) Weltmarktniveau zu erreichen und überallhin zu exportieren, begann die Erfolgsstory der anderen. Das japanische "Mutterland" war dazu übergegangen, seinen "Töchtern" Lizenzproduktionen auf den Gebieten anzubieten, die für die eigene Exportproduktion uninteressant geworden waren:

Als japanische Konzerne auf dem Weltmarkt mit Schiffen, Stahl und metallurgischen Produkten mehr verdienen konnten als mit Textilien, lieferten sie den Koreanern und Chinesen nicht nur Lizenzen, sondern ganze Fabrikanlagen zur Textilproduktion (mit denen letztere ihre Industrialisierung einleiteten). Als Japan danach bei Autos und Billigelektronik führend wurde, verkaufte es ganze Stahlwerke und Werftanlagen ins "Hinterland". Und als die Weltmärkte mit Mittelklassewagen, Farbfernsehern und Videogeräten von Japan aus dominiert wurden, durfte Hongkong japanische Radiorekorder und Korea Kleinwagen oder Schwarz-Weiß-TVs exportieren.

Korea, Hongkong, Taiwan sind also der ökonomischen Struktur nach nichts anderes als die Billiglohn-Standorte japanischer Konzerne und ihrer Technologie. Und derselbe Grundmechanismus prägt die neuesten Wachstumszonen: Da inzwischen die Löhne in Hongkong bei 9.000 US Dollar im Jahr liegen, wurden nicht weniger als zwei Drittel aller Produktionen ins "Hinterland" ausgelagert. Dort schaffen zwei Millionen "Rot"chinesen für nur 1.000 US Dollar für den Weltmarkt. Ähnlich in Thailand, wo die Löhne bei einem Viertel der koreanischen bzw. 4% der japanischen liegen. Was gleich geblieben ist: Es sind nach wie vor mit japanischen Lizenzen und Fabrikanlagen hergestellte Produkte, die auf dem "Umweg" über fremde Werkbänke auf den Weltmarkt geworfen werden.

Ein in den USA lebender Manager koreanischer Herkunft erläuterte, wie diese Arbeitsteilung für die gemeinsame Exportproduktion funktioniert: "*... die Koreaner kaufen Teile in Japan..., montieren die Produkte und exportieren sie in Drittländer. Diese Struktur führt dazu, daß Korea umso mehr von Japan kaufen muß, je mehr es exportiert... Koreanische Videogeräte haben 70% japanische Bauteile... In der Elektronik besteht ein Defizit von 6 Mrd. US-Dollar gegenüber Japan und ein Exportüberschuß von 7 Mrd. gegenüber den USA.*" (T.W. Kang, Wirtschaftsmacht Korea, S. 130.)

Korea wie auch Hongkong und die anderen sind also ökonomisch kaum mehr als "durchlaufende Posten" japanischer Welt-

marktproduktion; letztere bedient sich billiger, disziplinierter und unermüdlicher Fremdarbeit. Das führt, an westeuropäischen Maßstäben gemessen, zu absurden Relationen zwischen Produktion und Konsum. Der Stadtstaat Hongkong etwa produziert gigantische 20 Millionen Radiogeräte jährlich, genug, um jeden Bewohner mit vier Radios im Jahr zu versorgen — Säuglinge und Gehörlose inbegriffen. Oder: Korea produzierte Ende der 80er mehr als eine Million PKWs pro Jahr für den Weltmarkt, im Lande selbst aber konnten sich nur 5% aller Haushalte ein Auto leisten.

Was ist also zu lernen aus dem "Wachstumsmodell Tigerstaaten"? Die allgemeinste Feststellung ist, daß überall die Wachstumsimpulse von außen kamen: Japanische Konzerne entschieden darüber, daß Koreas oder Taiwans Branchen in einem bestimmten Takt wachsen konnten. Thailand boomte im Takt auswärtiger Kapitalströme: in den 60ern mit den GI-Basen für Vietnam, in den 80ern mit dem Ansteigen des Sex-Tourismus, schließlich mit Auslandsinvestitionen, vor allem japanischen, die seit Mitte der 80er um das Zehnfache wuchsen. Ebenso waren es internationale Kapitalströme, die Indonesien voranbrachten, und jetzt "Rotchina" Rekordwachstum schenken".

Es ist mithin Unfug, von einem eigenständigen Weg "nachholender Entwicklung" Ostasiens zu sprechen. "Eigenständigkeit" kann nur das japanische Modell der Einbeziehung von Ex-Kolonien in eine arbeitsteilige Exportproduktion beanspruchen. Andere regionale Faktoren, wie z.B. die Rolle der "Auslandschinesen", sind sekundärer Art. Und auch die von "westlichen Beobachtern" gern hervorgehobenen "Mentalitätsgesichtspunkte" oder die "wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen" sind sicher nicht ausschlaggebend; auch wenn sie bemerkenswerte Faktoren dieses Wachstumsmodells sind — und zu Recht die Herzen europäischer Freunde der Marktwirtschaft höher schlagen lassen. Was ihm an der südostasiatischen Handelsdrehscheibe, dem Stadtstaat Singapur, so sehr imponiert, bekannte jüngst ein deutscher "Ostasienexperte":

"Der politischen Führung Singapurs erschienen... die in den Industrieländern beobachteten Streiks und Arbeitskämpfe für die Volkswirtschaft insgesamt zu kostspielig und wegen der Vergiftung der Atmosphäre der Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Kräfte abträglich." Zuträglich fand er Singapurs Umgang mit Fremdarbeitern: *"Diese aus Malaysia, Thailand und Indien stammenden Personen erhalten nur für bestimmte Projekte bzw. für begrenzte Zeiträume die Arbeitsbewilligung. Hierdurch hat der Staat ein feinfühlig zu dosierendes Instrument zur Hand, mit dem z.B. die Preise im Bausektor reguliert werden können... Die Strafen für unerlaubtes Übertreten der Aufenthaltsgenehmigung sind drakonisch und schließen neuerdings die Prügelstrafe ein."* Sein Schlußurteil: *"Der Stadtstaat ist modern, sauber, grün und sicher."*

Anderswo in Ostasien kann und wird auf die Prügelstrafe zur Sicherung eines modernen und sauberen Arbeitsverhaltens verzichtet werden. Dort beginnt der Arbeitstag mit dem Absingen der "Firmenhymne" und gestaltet sich dann als "freiwilliger" Wettbewerb um Präzision und zähes Durchhalten. Liegen in der BRD die jährlichen Arbeitszeiten bei 1.500 Stunden, so sind es in Japan schon über 2.000 und in Korea 2.800. In Taiwan ist die 47-Stundenwoche Norm, bei 316 Arbeitstagen im Jahr.

"Modell Tigerstaaten"?

"Ostasien zeigt, wie es geht", wird überall gepredigt, wo die Wirtschaft daniederliegt oder Wachstum ausbleibt; und der Hinweis ist, wie wir sahen, nicht ohne Berechtigung. Denn normgebend ist das japanisch-ostasiatische Wachstumsmodell in mehrfacher Weise — nicht nur was die "vorbildhafte" Arbeitsdisziplin und -dauer, den Einsatz billiger Fremdarbeit (z.B. im Wege "fortschrittlicher Quotenregelung") oder die breit diskutierte Verlagerung von Produktionen in Billiglohnländer betrifft. Es geht darüber hinaus auch um folgende grundlegende Neuerungen im Akkumulationsprozeß:

Erstens ist aus dem ostasiatischen Entwicklungsmodell ablesbar, daß überall im Trikont und in Osteuropa, wo über Auswege aus dem Elend nachgedacht wird, die Alternative eines irgendwie eigenständigen Entwicklungswegs innerhalb des Weltmarktes ausscheidet. Wachstum wird es nur dort geben, wo das Metropolen-Kapital investiert bzw. Lizenzproduktionen startet. Das ist, denke ich, die ökonomische Quintessenz der "neuen Weltordnung", von der die Rede ist. Weil "nationale Sonderwege" materiell abgeschnitten sind, ist die "koloniale" Abhängigkeit aller "Unterentwickelten" im Grunde schlimmer als vor der "kolonialen Befreiung". Und weil insofern die imperialistische Herrschaft unangefochtener denn je ist, wird sie auf politischer (und militärischer) Ebene nachvollzogen werden. Die jetzigen Forderungen nach Intervention (Irak, Serbien, Somalia, Zaire) sind nur Vorspiel. Für eine langfristige Politik werden "tüchtige "Kolonialverwaltungen und feststationierte Kolonialtruppen unabdingbar.

Die zweite Schlußfolgerung aus der ostasiatischen Erfolgsstory ist dies: Das die Vergangenheit prägende Fortschrittsmodell war das der USA seit Henry Ford. "Fordismus" bedeutete Massenproduktion für immer größere innere Märkte, wobei der Absatz z.T. bewußt durch steigende Lohneinkommen gefördert wurde. Demgegenüber ist der ostasiatische Entwicklungsweg seit 1960 gekennzeichnet durch eine ständige Absenkung der Lohnkosten mittels Produktionsverlagerung in Billiglohnländer. Damit konnte dem Ideal kapitalistischer Akkumulation entsprochen werden: nicht zu produzieren, um Konsumbedürfnisse zu befriedigen, sondern um "schrankenlos" Kapital anzuhäufen. Und wo dieser Widersinn andernorts durch "künstlichen" staatlichen Konsum (optimal: Rüstung) repariert wurde, bediente sich die östliche Exportwirtschaft des friedlichen Mittels des Weltmarktabsatzes zur Realisierung von Profiten.

Da liegen schließlich auch die Grenzen des Modellcharakters: Versuche, die ostasiatische Exportwirtschaft zu imitieren, sind für Amerika und Europa nicht nur wegen der hohen ostasiatischen Standards in Sachen Technologie, Disziplin und Verzicht schwierig; selbst wenn sie durch entsprechende Modernisierung und Lohnkostensenkung voll konkurrenzfähig würden, bliebe die "Systemschranke", daß nun mal nicht alle Industriezentren zu Exporthochburgen werden können. Eine Weltwirtschaft, in der alle Nationen nach koreanisch-japanischem Modell viel produzieren und exportieren, aber kaum importieren und konsumieren, ist zwar irgendwie kapitalistisches Ideal, aber Nonsens. Deshalb wird die absehbare High-Tech Billiglohn-Arbeitsteilung in Amerika (Nafta) und Europa (Aufbau-Ost) von ruinöser Konkurrenz geprägt sein; denn ein gemeinsames Wachstum könnte es nur zu Lasten Dritter, die den Absatzmarkt bieten, geben. Das ostasiatische Erfolgsmodell ist mithin ausgereizt. Was danach kommt, ist vermutlich die Sicherung neuer Märkte auf anderem Wege. Als historische Modelle dafür gibt es den "klassischen Kolonialismus" (Imperialismus) und den "Staatskapitalismus" (Faschismus).

Christian Schmidt

Kerzen für Deutschland

Nationale Lichterketten und Massenabschiebungen

Millionen Menschen waren seit Anfang Dezember auf den Straßen, um mit Kerzen, Lampions und Fackeln den aktiven Nazis und jenen aus dem Ruder gelaufenen Jugendlichen heimzuleuchten, die die monatelange Asyldebatte und das Gewähren- und Erklärenlassen ihrer Motive, alles Nichtdeutsche niederzumachen, als Aufforderung zum Handeln begreifen mußten. Seither sind "unsere Jungs" über Nacht nicht mehr "Opfer" von Plattenbauweise, Sozialismus und Arbeitslosigkeit, sondern Dumpfhirne, Dödels, Glatzen und Abschaum. Was ist das für eine Gesellschaft, die fünfzehn Monate lang alles unterläßt, um die militanten Rassisten zu bekämpfen, die Opfer zu schützen, und dann schlagartig ihr antirassistisches Coming out bekommt? Ein Volk steht auf, nimmt eine Kerze in die Hand, heftet sich einen Button "Stoppt den Haß" an die Brust, schweigt ergriffen, trinkt Glühwein und ißt Bratwürste. *Lichterketten* in München, Hamburg und an tausenden Orten, *Lichtermeer* in Wien, *Lichterfluten* in Berlin. Lichterkettenfieber gegen Nazis, Haß im allgemeinen und alliierte Bomben auf deutsche Städte im besonderen.

Deutschland ist nicht ausländerfeindlich, Kohl hatte es dutzende Male gesagt, während gleichzeitig gemordet und abgefackelt wurde. Im Ausland wollte es bald niemand mehr glauben. Bis die Lichterketten der guten Deutschen kamen. Seither wissen wir: 95% der Deutschen sind nicht ausländerfeindlich, 5% Unbelehrbare und noch weniger Extreme haben das Bild verfälscht. Wie die allerdings ein Volk 15 Monate so terrorisieren konnten? Weil, so die Straße, weil die Politiker versagt haben. Versagt, wobei? Härter Durchgreifen: das Asylproblem endlich regeln und die Jungs in den Knast stecken. *Denn mit Rostock und Mölln wurde ein Volk mittels bedauernswerter Opfer nichtdeutschen Blutes terrorisiert und unsere Politiker haben das nicht verhindert.* Ja doch, die Asyldebatte hat Mitschuld daran, weil sie viel zu lange und orientierungslos geführt wurde. Jetzt aber kommt alles wieder ins Lot, *es wird geleuchtet und gehandelt.*

Während in Hamburg andächtig die Alster ausgeleuchtet wird, verkünden zeitgleich in Bonn die Anti-Asylparteien die Abschaffung des Asylrechts. Während die Ketten der Lichter die Republik umspannen, werden die Grenzen abgeschottet, hunderte Flüchtlinge abgeschoben, und es wird weiter gezündelt und überfallen, werden ImmigrantInnen kriminalisiert, die nicht nur mit Kerzen, sondern militant Gegenwehr und Schutz organisieren.

Eine große Mehrheit hat nicht den demokratischen Protest gegen faschistischen Terror und die Unmenschlichkeit einer ausgrenzenden Gesellschaft auf die Straße getragen, hier haben Opfer eines weltweiten Mißverständnisses ihr *Seelenheil* gesucht und gefunden. Das Merkwürdige der Lichterkettentage ist, daß die Menschen sich selber feiern oder betrauern und in geradezu groteskem Kontrast zum realen Geschehen die Opfer ausblenden. Die politische Problematik hat am besten der Frankfurter Bundesligatorhüter Uli Stein vor 7.000 Menschen auf der Sportler-Veranstaltung "Mit Hand und Fuß gegen Fremdenhaß" auf den Punkt gebracht: *"Wir haben kein Ausländerproblem, wir haben ein Asylantenproblem".*

Das Jahr der Massenabschiebungen

Im Schein der Kerzen wird diese Republik nach außen befestigt und militarisiert. Die Lichterdemonstrationen haben eines nicht zum Inhalt: Protest gegen die Abschaffung des Rechts auf Asyl und deutsche Großmachtpolitik. Hunderte Roma und Cinti aus Rumänien sind bislang abgeschoben. Über die Abschiebung 40.000 weiterer wird derzeit mit der tschechischen Republik verhandelt. 55.000 angeblich über Polen eingereiste "Altfälle" von Bewerbern um Asyl sollen zu einer Pro-Kopfsumme von 1.000 DM über Polen zurückgeschickt werden.

Um 65%, so schätzt der SPD-Scharfmacher Bernrath, könnten nach Änderung des Asylrechts im Bundestag im April die Einreisezahlen gesenkt werden. Derzeit richten sich die politischen Vorbereitungsmaßnahmen auf die Umsetzung ein: große Sammellager sind durchgesetzt, grenznahe werden eingerichtet. Die Grenzen werden militärisch befestigt, Innenminister Seiters erwägt Bundeswehr einzusetzen, 4.500 Soldaten, die dem Bundesgrenzschutz unterstellt werden sollen. Damit wären erstmals wieder Soldaten des Nachfolgestaates des Deutschen Reiches an der Oder-Neiße-Grenze zu Polen stationiert. Illegale Einwanderer sollen mit elektronischen Infrarotgeräten der Bundeswehr aufgespürt werden. Flughafenbetreiber werden aufgefordert, flughafennahe Unterkünfte für Immigranten einzurichten, die vor Ort im Schnellverfahren wieder abgeschoben werden sollen.

Die Bundesrepublik diktiert den östlich angrenzenden Staaten künftig verstärkt ihre Flüchtlingspolitik. In die Liste der "sicheren Drittstaaten", wie sie der Asylkompromiß der Großen Koalition definiert hat, sind Polen, die Tschechische Republik, Österreich und die Schweiz aufgenommen, also die Länder, die bislang über das Schengener Abkommen der EG-Staaten nicht erfaßt sind und über die der größte Teil der Flüchtlinge aus Osteuropa ankam. Wer über eines dieser "sicheren" Länder einreist, kann postwendend zurückgeschickt werden.

Polen und die Tschechische Republik werden Hauptbetroffene der Drittstaatenregelung. Unter deutscher Leitung sollen sie künftig ihre Grenzen gegen Flüchtlinge sichern, polizeilich und verwaltungstechnisch auf Sammellager und Abschiebungen vorbereitet werden. Wie weitgehend dabei in die inneren Angelegenheiten dieser Länder interveniert wird, machen Anweisungen im Bundesinnenministerium deutlich: "Anzustreben ist, daß Polen gegenüber Bulgarien und Rumänien, den beiden Hauptherkunftsländern, aus denen Ausländer illegal nach Deutschland einreisen, die Visumspflicht einführt." Erreicht werden soll, daß Polen "die Grenzüberwachung an seiner Ost- und Südflanke — ggf. durch Umschichtung eines Teils der an der Grenze zu Deutschland stationierten Kräfte — intensiviert." (Spiegel, 21.12.92)

Da sich Polen und die Tschechische Republik zunächst gegen das deutsche Ansinnen gewehrt haben, ihnen die ganze Last der Flüchtlinge aufzubürden, die in die EG-Länder wollen, verhandeln die Innenpolitiker der BRD mittlerweile über die Organisation eines Rücktransports in die Herkunftsländer, d.h. Transit durch polnisches und tschechisches Gebiet. Die "Ostverschiebung" deutscher Flüchtlingspoli-

tik (so der tschechische Innenminister Jan Ruml) setzt in beiden Ländern die Fortsetzung dieser Verschiebung ingang: Sicherung ihrer jeweiligen Grenzen nach Osten und Süden, sowie die Einführung der Visumpflicht. Da sich diese Länder mit Haut und Haaren der Orientierung an der EG/Westeuropa verschrieben haben, sind sie entsprechend erpreßbar. Im Bonner Asylkompromiß wird das deutsche Vorgehen, alle Länder in die eigene Abschiebepolitik mit einzubeziehen, mit "europäischer Lastenverteilung" umschrieben. Der polnische Flüchtlingsbevollmächtigte Kuba Kozlowski bemerkte dazu sarkastisch, "Flüchtlinge sind doch kein Rindfleisch, mit dem man handeln kann" (FR, 8.2.93). Europaminister Bielecki protestierte in Polen gegen die deutsche Art, "das Asylproblem auf Großmachtart zu lösen" und Polen zu einem "Cordon sanitaire, einer Spezialzone für Flüchtlinge" zu machen. Die polnische Zeitung "Slowo" schrieb vom deutschen "Gespenst Mitteleuropa" und warnte davor, das Land dürfe sich nicht "zum Vollzugsorgan der deutschen Interessen in Mitteleuropa degradieren lassen" (FAZ, 10.2.93).

All dies steht im krassen Gegensatz zur Harmonie der Lichterketten. *Es erinnert fatal an die nationalsozialistische Geschichte, als deutsche Verwaltung in Polen und der Tschechoslowakei das Geschehen bestimmte.* Man mag getrost bezweifeln, daß sich das Bonner Vorhaben so reibungslos verwirklichen läßt, wie es die Planungsstäbe vorgeben. Aber sicher ist, nicht die Heimeligkeit von Kerzenschein wird das Jahr 1993 bestimmen, sondern brutale Massenabschiebungen von Flüchtlingen.

Harmonie und Volksgemeinschaft

Im Schein der Kerzen wird diese Republik nach innen befestigt. Wie das? Kern aller Mobilisierungen ist das *Gefühl nach Gemeinschaft*, die Absage an "den Haß", der *Verdruß über "die Politik"*. Der Inhalt ist unkonkret und diffus. An der bayerisch-österreichischen Grenze ging diese Diffusität so weit, daß man eine Lichterkette vom österreichischen Geburtshaus Hitlers in Braunau ins bayerische Simbach gelegt hat. In Berlin war die Lichterspur am 30. Januar auf die Route des Nazi-Siegesmarsches von 1933 durch das Brandenburger Tor gelegt worden. Erst auf Druck fiel den Veranstaltern der Aufruf, keine Fackeln mitzubringen, ein. In Magdeburg gedachte die Lichterkette mit Rita Süßmuth gleichzeitig der Opfer der alliierten Bombenangriffe vor 48 Jahren. In Dresden vergaß die Lichterkette die Nazi-Gewalt, man gedachte nur noch der Opfer in Bosnien und der Bombardierung der Stadt vor 48 Jahren. In Rostock reihten sich der damalige Innenminister Kupfer und Weizsäcker ein. In Frankfurt scheiterte eine Demonstration des Frankfurter Appells gegen Ausländerhaß, der von 27.000 Menschen unterschrieben wurde, gegen die Asylrechtsänderung aus Mangel an Teilnehmern. Ob die deutsche Lichterkette in Kopenhagen die Dänen gemahnen sollte, bleibt das Rätsel der Initiatoren.

Ausnahmen oder Symptome einer Bewegung, der der Inhalt nichts, das gemeinsame Erlebnis alles ist? "Emotionen der Solidarität" nennt Christian Semler in der TAZ (15.12.92) den Paternalismus der vielen, deren "Freund ein Ausländer" ist. Als "urdemokratisch" bezeichnet ein Prachtexemplar der neuen Entpolitisierungsbewegung, der Medien-Yuppie Giovanni di Lorenzo, Held der ersten Lichterkette in der Hauptstadt der Bewegung München, die "Erfahrung von Partizipation und Intervention" (Spiegel, 8.2.93) durch hunderttausende Bürger. Er wie alle anderen staunen, wie es ohne alle Organisation gelingen konnte, die größte Massenbewegung der Nachkriegsgeschichte auf die Beine zu stellen.

Ja wie? Überall waren es Menschen aus Medien und die Medien selber, die stündlich über Radio, Fernsehen und Zeitungen zur Bürgerpflicht riefen. Urdemokratisch. Die Politik war dabei, mußte sich aber, da zur Zeit nicht sonderlich beliebt, zurückhalten. Wir kennen dieses Massen-Medien-Phänomen. 1989 bei Öffnung der Mauer, 1991 bei Beginn des Golfkriegs funktionierte es in gleicher Weise: die Menschen wollen dabei sein, die Mehrheit sein. Im Golfkrieg haben erste politische Irritationen sofort das Umkippen bewirkt. Derzeit ist viel von "Zivilcourage" die Rede. Zu wünschen ist sie in jedem konkreten Fall. Bezogen auf die Massenspektakel war aber *nicht Zivilcourage, sondern Konformismus* angesagt. Man wußte nämlich, gegen wen man auf die Straße gehen mußte, die wenigen Glatzen und die schrecklichen Möllner Brandstifter. 15 Monate ging das nicht, weil das Mitleid mit den deutschen Randalierern und Brandschatzern angesagt war. Als die Staatsraison via höchster Instanz Weizsäcker "Schluß jetzt" verlangte, waren sie alle erleichtert dabei, gerufen von jenen Medien, die härtesten Hetzorgane eingeschlossen, die zuvor die Pogromstimmung angeheizt hatten. Denn jetzt ging es nicht mehr um "Fremde", sondern um Deutschland, da hört der allnächtliche Feuerspaß auf. Es ist kein Zufall, daß die nicht wenigen Trittbrettfahrer in denselben Medien angesichts des neuen deutschen Gemeinschaftsgefühls Vaterland und Patriotismus rufen.

Harmoniebedürfnis, Politikverdruß und die Ersetzung politischen und rationalen Handelns durch Symbole, die Abkopplung der Symbolik vom Geschehen, das ist ein in jeder Hinsicht manipulierbarer und gefährlicher Entpolitisierungsprozeß bis in die Linke hinein. *Der Lichterketten-Mechanismus könnte Modell* für die Herstellung dessen *sein*, was der herrschenden Parteipolitik derzeit unzureichend gelingt: Konsens, *nationalen Konsens zu stiften*. Die nächsten Probleme harren ihrer Lichterkette. Das allernächste könnte eine ost-westliche Gemeinschaftsanstrengung sein, da sich absehbar Parteien und Verbände nicht zur Zufriedenheit einigen können.

Zweifellos hat die Massenbewegung das Klima verändert. Und wenn mir in einer politischen Debatte unter Linken entgegengehalten wird, "aber findest du es nicht besser, die Leute zünden Kerzen an, als Häuser abzufackeln", dann kann ich auf solchen saublöden Einwand auch nur antworten: besser ja. Wer allerdings "linke Inhalte" in die "Lichterketten-Bewegung" tragen will, beweist das völlige Unverständnis über das Entstehen solcher Bewegungen der eigenen Befindlichkeit. Empörungsanlässe gab es über fünfzehn Monate jede Woche genug. Geändert hat sich zwar das Klima, aber nicht die Politik, die sich als beinharte Anti-Flüchtlingspolitik fast widerstandslos durchgesetzt hat. Nicht trotz, sondern wegen der Lichterketten, deren wesentlicher Inhalt ein integrativer, versöhnlicher, Konsens schaffender ist, statt — wie notwendig — zu polarisieren. Aber das "Mißverständnis" liegt vermutlich darin, daß nicht wenige Linke den Rassismus und deutschen Nationalismus für ein Problem einer Handvoll Nazis halten, und nicht für eines, das tief in großen Teilen der Bevölkerung verankert ist. Daß diese Nazis, die die verbreitete Ansicht über zu viele Ausländer in Deutschland exekutiert haben, derzeit erfolgreich isoliert scheinen, verändert zwar nicht den Rassismus im Volk, trägt aber offenkundig zur Beruhigung bei. Wer aktuell das Bündnis mit "dem Volk" gegen die Rechten sucht, kann sich *noch* in der Mehrheit wiederfinden. Aber auf eines muß dann verzichtet werden: die "linken Inhalte".

Heiner Möller

Vergewaltigungen und Krieg in Jugoslawien

Zur Problematik von feministischer Arbeit und Kriegspropaganda

Die Vergewaltigungen im jugoslawischen Krieg sind in der Bundesrepublik Teil einer Kampagne geworden, um in der Bevölkerung die Bereitschaft zur militärischen Intervention gegen Serbien zu fördern. Das Anliegen von Frauen und Feministinnen, die zunächst die breite Resonanz über Männergewalt im Krieg nutzen wollten, um den Opfern Hilfe zu leisten und zu fordern, daß Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden, blieb dabei auf der Strecke.

Es sind zwar überwiegend Männer, die die Verbrechen an den Frauen als Mittel zur deutschen Militärintervention funktionalisieren, doch sind auch Feministinnen und Frauengruppen immer weniger in der Lage und bereit, ihre feministischen Forderungen von der antiserbischen Propaganda der deutschen Kriegsbefürworter zu trennen. Themen, die wie die Vergewaltigungen in besonderer Weise Emotionen auslösen, haben in der BRD am ehesten den Boden für die Bereitschaft zur militärischen Intervention als Kriegspartei bereitet: erst die Kinderkampagne, dann die Lagerkampagne. Im jugoslawischen Krieg fällt es mittlerweile schwer, humanitäre Hilfseinsätze zugunsten bosnischer oder kroatischer Kriegsopfer von Interventionspropaganda zu trennen. Es sind wohl nicht zufällig die Koryphäen der Hilfsorganisationen, wie Tilman Zülch von der "Gesellschaft für bedrohte Völker", Rupert Neudeck von "Cap Anamur" und mittlerweile auch Eva Quistorp als "Europafrau", die sich an die Spitze der Interventionsappelle gestellt haben.

Krieg, Männer, Vergewaltigungen

Frauen werden von Männern in Friedens- wie in Kriegszeiten vergewaltigt. Alle fünf Minuten findet in der Bundesrepublik eine Vergewaltigung statt. Die Männer sind den Frauen häufig bekannt. Sie können Freund, Feind, Nachbar, Soldat, Eroberer, Vater, Onkel oder Ehemann sein. Krieg ist ein gesteigerter Ausdruck von Gewalt — Vergewaltigungen in Kriegszeiten gehören daher quasi "zwangsläufig" dazu, egal, ob der Krieg als "gerecht" oder "ungerecht" bewertet wird und unabhängig davon, wer ihn führt und wo er geführt wird. In der Regel kalkulieren alle beteiligten Parteien Vergewaltigungen als "unzumutbar zwar", aber doch unvermeidlich mit ein. So gehörte Vergewaltigung im Ersten Weltkrieg z.B. zu den Terrormitteln, die die deutsche Armee beim Einmarsch in Belgien anwandte. Im deutschen Faschismus kam es während der Reichspogromnacht im November 1938 zu Massenvergewaltigungen an jüdischen Frauen. Vergewaltigt wurde später in den KZs und Ghettos, ebenso auf den deutschen Eroberungsfeldzügen in Polen, der Sowjetunion und auf dem Balkan. Vergewaltigt wurde, als die Alliierten Truppen in Deutschland einmarschierten. Die Nazi-Feindpropaganda gegen die sowjetischen "Untermenschen" und der Antikommunismus des "Kalten Krieges" sorgten dafür, daß besonders die "Rache", die russische Soldaten an deutschen Frauen nahmen, im Bewußtsein verankert blieb. Vergewaltigt wurde auch, als die pakistanische Armee in Bangladesh kämpfte. Zu regelrechten Vergewaltigungswellen kam es durch die amerikanischen GIs im Vietnamkrieg.

Selbst angesehene Historiker oder Medienberichterstatter geben sich in der Regel nur selten damit ab, ausführlicher die Tatsache der Vergewaltigungen zu dokumentieren — dies zum einen, weil es sie nicht sonderlich interessiert, zum anderen liegen nur selten stichhaltige Beweise vor. Vergewaltigte Frauen verschweigen häufig ihre Erlebnisse, weil die Erfahrungen immer wieder bestätigen, daß eine Aussage oder Anklage zu keiner oder zu einer milden Verurteilung führt. Dagegen verdoppeln die gesellschaftliche oder auch familiäre Ächtung und die Reaktion des "betroffenen" Ehemanns die erfahrenen Demütigungen der betroffenen Frau noch einmal. Denn in Kriegs- wie in Friedenszeiten gilt, daß Männer ihren Frauen die "Schuld" an der an ihnen begangenen Tat aufbürden.

Dies öffentlich zu machen und zu verurteilen, blieb fast immer einer kleinen Anzahl von mutigen Frauen vorbehalten. Bis heute wird in der Genfer Konvention, die Kriegsrecht und Kriegsverbrechen regelt, Vergewaltigung nicht explizit als Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung benannt und kann dementsprechend auch nicht wie andere Kriegsverbrechen vor einem internationalen Gerichtshof verhandelt werden. Bis heute wird Vergewaltigung nicht als Asylgrund anerkannt. Selbst das Vietnam-Tribunal eines Bertrand Russell und Jean Paul Sartre gegen die USA beschäftigte sich nicht mit den Vergewaltigungen an vietnamesischen Frauen.

Miittel zum Zweck

Eine Ausnahmesituation allerdings gibt es, in der Berichte über Vergewaltigungen Eingang in die öffentlichen Debatten finden. Dies gilt in solchen historischen Situationen, in denen "mann" sie als Mittel zum Zweck — zur Kriegspropaganda gegen den Feind — benutzen kann. Die Veröffentlichungen über Vergewaltigungen werden dann nur über die andere Seite zusammengestellt, und Vergewaltigung wird als organisierter Bestandteil eines bewußten Vernichtungsplans, eines Gesamtsystems von Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen des Feindes gegen das eigene Volk interpretiert. Nicht das Leid der Frauen steht bei solchen Kampagnen im Mittelpunkt, sondern im eigenen Land die Bereitschaft zur militärischen Vergeltung zu fördern. Die US-Feministin Susan Brownmiller (1) stellte in ihrer Untersuchung zum Thema sexuelle Gewalt fest, daß das Aufgreifen von Vergewaltigungen für Kriegspropaganda höchst wirkungsvoll sein kann, "wirkungsvoller" als der Terror selbst. In ihren Ausführungen über den Ersten Weltkrieg schreibt sie: "Nach den ersten Kriegsmonaten haben die Alliierten sich nicht mehr darum bemüht, Berichte über Vergewaltigungen zu sammeln oder Gerüchte zu verifizieren. Dazu bestand keine Notwendigkeit. Der Krieg hatte nämlich eine neues

und überaus effektives Kampfmittel zur Welt gebracht: den wissenschaftlichen Gebrauch internationaler Propaganda. (...) Vergewaltigung wurde der Weltöffentlichkeit von geschickten Manipulatoren fast über Nacht als typisch deutsches Verbrechen präsentiert." (S.50) Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Propaganda über Vergewaltigung entscheidend zur Akzeptanz des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg beigetragen hat. "Es heizte den nationalen Patriotismus an und machte Kriegsanleihen locker, indem es dem Zerrbild des gesetzlosen Barbaren Authentizität gab, des Barbaren mit Pickelhaube und syphilitischer Geilheit, der unbekümmert Kathedralen zerstört, Bibliotheken verbrennt und kleine Kinder zerstückelt und auf Bajonette spießt." (S. 50)

Vergewaltigung...

Auch in dem Krieg, der im ehemaligen Jugoslawien geführt wird, wird massenhaft vergewaltigt. In dem Bericht von amnesty international heißt es: "Amnesty international glaubt, daß Übergriffe auf Frauen, einschließlich Vergewaltigungen, im Zuge der Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina weitverbreitet waren, daß sich alle an diesem Konflikt beteiligten Seiten solche Übergriffe haben zuschulden kommen lassen, daß jedoch hauptsächlich moslemische Frauen die Opfer und die Täter überwiegend in den Reihen der serbischen bewaffneten Kräfte zu finden waren. Das zugängliche Beweismaterial deutet darauf hin, daß das Vorgehen hinsichtlich der Vergewaltigung von Frauen in einigen Fällen organisiert und systematisch war, wobei Frauen vorsätzlich in Gewahrsam genommen wurden, um sie zu vergewaltigen oder in anderer Weise sexuell zu mißbrauchen. (...) Alle am Konflikt beteiligten Seiten, einschließlich der moslemischen und kroatischen, haben sich Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gegen Frauen zuschulden kommen lassen. (...) Amnesty international betont ausdrücklich die extremen Schwierigkeiten bei der Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes sexueller Übergriffe, denen Frauen in Bosnien-Herzegowina ausgesetzt waren." (ai-Bericht, Januar 1993)

Bericht und Zeugenaussagen von ai sind ganz offensichtlich bewußt vorsichtig, sachlich und unspektakulär gehalten. Werden sie für glaubwürdig gehalten, dann ist festzustellen: Männer von allen Seiten in diesem mörderisch nationalistischen Krieg haben vergewaltigt, die Zahl der Gewalttaten auf serbischer Seite scheint am höchsten zu sein.

...als Kriegspropaganda

Ganz anders dagegen stellen die FAZ und für die CDU insbesondere der CDU-Abgeordnete Schwarz das Szenario der Vergewaltigungen dar. Die erste ins Auge springende Differenz betrifft die Art der Darstellung. In der FAZ ist es der Reaktionär Reißmüller, der detaillierteste Berichte über Mißhandlungen, Folter und Vergewaltigungen verfaßt hat (2). Bei der Lektüre dieser Machwerke drängt sich der Gedanke auf, daß der Autor während seiner Schilderungen einen pervers-sexuellen Genuß und geheime Befriedigung an den Grausamkeiten empfindet. Auch der CDU-Abgeordnete Stefan Schwarz berauscht sich an Schrecken, Greuel- und Horrorszenen: er spricht von zerstückelten Menschenleibern, kastrierten Männern, bei lebendigem Leibe geschmorten Kindern und von vergewaltigten bosnischen Frauen, denen serbische Ärzte Hunde-Embryonen eingepflanzt hätten — gefolgt vom Hinweis auf "Mengeles serbische Erben", ganz so, als säßen die nicht weiterhin in deutschen Institutionen. Die letzte Meldung wurde inzwischen auch von kroatischen Frauen als eindeutige Falschmeldung zurückgewiesen (3).

Das voyeuristische Ausmalen von sexuellen Gewalttaten, das Suhlen in Schrecklichkeiten, ist ekelhaft. Eine solche Berichterstattung meint nicht die vergewaltigten Frauen, kann nicht für Hilfe und Anteilnahme an ihren Leiden und Traumata werben. Das zweite hervorstechende Merkmal in der Kampagne von FAZ und CDU ist, daß Vergewaltigungen in ihren Darstellungen ausschließlich für die serbische Seite thematisiert werden, daß — mehr noch — bei ihnen Vergewaltigung als geradezu typisch serbische Tat erscheint. Als Feindbild wird hier der barbarische serbische Untermensch entwickelt, der qua Charaktereigenschaft vergewaltigt und quält. So war in der FAZ als ernsthafte Meldung nachzulesen: "In Kroatien sind die Ansichten darüber geteilt, in welchem Maß bevölkerungspolitischer Wahn Motiv der planmäßigen Vergewaltigung ist. Manche Beobachter sprechen von einer genetischen Besessenheit der Serben." (FAZ, 22.12.92) Problematisch ist auch die ansonsten hervorgehobene These, daß durch "systematische und massenhafte Vergewaltigungen Völkermord und die Ausrottung eines ganzen Volkes beabsichtigt" sei. "Seit langem gibt es Beweise dafür, daß die serbischen Truppen in Bosnien Massenvergewaltigungen auch als Mittel der psychischen Vernichtung des Volkes gegen Muslime einsetzen." (FAZ, 5.12.93)

Vermittelt über die bevölkerungspolitische Argumentation tritt das konkrete Leid der Frauen zurück, gilt als zweitrangig gegenüber dem ethnisch-völkischen "Schaden", der als das eigentlich Empörende ins Zentrum gerückt wird. Das Argumentationsmuster ermöglicht außerdem, eine Gleichsetzung mit dem deutschen Faschismus zu betreiben und ausgerechnet damit eine "besondere deutsche Verantwortung" einzuklagen.

Die vergewaltigten Frauen werden funktionalisiert, um nationalistisch-ethnisch argumentieren und die Verurteilung der Serben betreiben zu können. Seit Beginn der Auseinandersetzungen in Jugoslawien setzt sich die bürgerliche Presse (einschließlich TAZ) dafür ein, daß der "zivilisierte Westen" im Jugoslawienkonflikt militärisch eingreifen müsse. Gerade Themen, die emotionalisieren (wie z.B. auch die Kampagne um "die Waisenkinder") werden instrumentalisiert, um in der deutschen Gesellschaft den dafür notwendigen Konsens herzustellen und durchzusetzen, daß an zukünftigen militärischen Aktionen auch die BRD gleichberechtigt beteiligt ist. So schrieb Reißmüller in der FAZ (5.12.92): "Noch vor einem halben Jahr hätten Amerika und Westeuropa der serbischen Aggression gegen Bosnien mit Schlägen aus der Luft viel leichter ein Ende machen können als heute. Aber müßte der westlichen Welt das namenlose Elend der bosnischen Muslime und vor allem der muslimischen Frauen und Mädchen nicht einen großen Einsatz wert sein? Wenn nicht hier und jetzt, wann könnte der Westen noch glaubhaft zu erkennen geben, daß er sich der Humanität verpflichtet weiß?"

Noch schärfer geht Erich Rathfelder in der TAZ zur Sache: er spricht gleich von den "rechtsradikalen, faschistischen" Serben, wenn er den "Einsatz militärischer Mittel" fordert. "Die Bosnier verteidigen deshalb nicht nur ihr Land und ihr multikulturelles Erbe, sondern ein allgemeingültiges, ein humanes Prinzip." (TAZ, 7.12.92)

Der CDU — Abgeordnete Schwarz konnte dank seines "Engagements" für die vergewaltigten bosnischen Frauen — nicht nur einen beträchtlichen Karriereschub für

sich verzeichnen , er erhielt auch breite Zustimmung aus allen Parteien und der Bevölkerung. Die FAZ berichtet (12.12.92), daß man im Auswärtigen Amt registriert habe, daß seit seiner Rede (am 10. Dezember anläßlich des Tages der Menschenrechte) vermutlich eine Mehrheit im Bundestag militärisches Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien fordert.

Ex-Linke auf Kriegspfad

Auch für ehemals alternative FriedenskämpferInnen ist die "Sorge um die Menschen da unten" das Einfallstor für die Unterstützung der Forderung nach militärischer Intervention, für die Formulierung originärer deutscher Großmachtinteressen. Eine besondere Funktion nimmt in ihrer Argumentation die Gleichsetzung der Serben mit Nazi-Deutschland ein, eine Geschichtsrelativierung, die bis zur Wiedervereinigung in diesem Ausmaß eher rechten Historikern und Politikern vorbehalten blieb. Mit ihrem Agieren fügen sie sich in den breiten gesellschaftlichen Konsens ein, und es kommt zu wahrhaft neuen, parteiübergreifenden Bündnissen und Verbindungen. Diese Tendenz ist besonders manifest in Veröffentlichungen der "Gesellschaft für bedrohte Völker". Diese Organisation, die für ihre Ziele auch schon einmal in nationalrevolutionären Zeitschriften wirbt, veröffentlichte ein Buch mit verschiedenen Beiträgen und Stellungnahmen unter dem Titel: "Ethnische Säuberung — Völkermord für Großserbien". (4)

Der Schwerpunkt liegt auf der völkischen Verurteilung Serbiens, das mit den Taten des deutschen Faschismus identifiziert wird: "Aber welchen Sinn soll eigentlich die ständige Beschwörung der Verbrechen des Nationalsozialismus haben, die allseits geforderte 'Trauerarbeit', die keinen Ermordeten wieder lebendig machen kann, wenn man die Hilferufe aus den bosnischen KZs der Gegenwart überhört, nicht einmal in der Lage ist, Genozid und Angriffskrieg auch nur wahrzunehmen?" (S. 10) Der Vorsitzende der GfbV, Tilman Zülch, hat sich denn auch in diversen Stellungnahmen und Interviews für militärische Intervention eingesetzt. Im Dezember letzten Jahres organisierte die "Gesellschaft" eine Demonstration in Bonn "zum Gedenken der 200.000 toten Zivilisten in Bosnien-Herzegowina". Die deutschen Hauptredner waren Bundesarbeitsminister Blüm und besagter CDU- Abgeordneter Schwarz.

Mit knapper Mehrheit forderte die GAL Hamburg als erster Grüner Landesverband die Aufhebung des Waffenembargos und militärische Intervention der UNO in Bosnien-Herzegowina (inzwischen hat eine erneute Mitgliederversammlung den Beschluß revidiert.) Unter Hinweis auf die Massenvergewaltigungen kam die grüne Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Krista Sager zu dem Resümee: "Das schreit einfach zum Himmel, da kann man keine Grundsatzdiskussionen führen." (TAZ, 13.1.93) Die GAL-Abgeordnete Jürgens forderte im "Spiegel" explizit die Beteiligung deutscher Männer an einem Militärschlag. Aufgrund ihrer historischen Schuld hätten die Deutschen geradezu eine Verpflichtung, sich dort durch militärische Einsätze für Menschenrechte einzusetzen.

Auch Eva Quistorp, ehemalige Friedensaktivistin der 80er Jahre und Gründerin der Gruppe "Frauen für den Frieden" — schon in der Vergangenheit für manche Überraschung gut — nutzte die Gunst der Stunde für einen deutschen Positionswechsel. Zwar, so klärte sie auf, stünde sie immer noch zu der Frauenfriedensbewegung. Angesichts der Situation in Bosnien aber reichten die Mittel des Pazifismus nicht mehr aus. Der Überlegung ließ sie schnell Taten folgen, sie unterstützt und engagiert sich seither lautstark in diversen Auftritten und Unterschriftensammlungen für einen Militärschlag gegen die Serben, "ebenso wie im Golfkrieg" — in trauter Eintracht mit Kräften wie den CDUlern Schwarz und Schwarz-Schilling, dem SPDler Niggemeier, den Adligen Ferdinand Fürst von Bismarck, Oskar Prinz von Preußen und sonstigen dubiosen Gestalten.

Der Krieg spaltet die Feministinnen

Konsequenter Nationalismus und die Parteinahme gegen eine Seite haben auch die diversen Frauengruppen und -initiativen gespalten und zersplittert. Das Anliegen, daß Vergewaltigung als öffentlich international geächtetes Kriegsverbrechen und als Asylgrund anerkannt wird, daß betroffenen Frauen, wenn möglich schnell und unbürokratisch, geholfen werden kann, ist dabei teilweise auf der Strecke geblieben. Auch Argumentationsmuster, die nicht die betroffenen Frauen, sondern ein Volk durch Vergewaltigung angegriffen sehen, haben Eingang in die Frauenbewegung gefunden.

Die TAZ veröffentlichte am 5.2.93 einen Text der US-Feministin Catherine MacKinnon, in dem sie — zu Recht — fordert, Vergewaltigung müsse als Kriegsverbrechen anerkannt werden. Die Juristin erklärt ihre Bereitschaft, im Falle eines internationalen Tribunals die "muslimischen und kroatischen Frauen zu repräsentieren". Ausdrücklich schließt sie aber die serbischen Frauen aus: "Ich bin mir sicher, es gibt serbische Feministinnen, die serbische Männer zur Rechenschaft ziehen wollen. Aber bislang sind mir keine bekannt. Statt dessen sind wir auf Leute getroffen, die als Kollaborateure agieren, indem sie zu vertuschen versuchen, worum es hier geht: um systematisch geplanten Völkermord einer Gruppe gegen eine andere." An MacKinnon's Beitrag wird deutlich, daß sie nicht mehr zwischen Kriegsverbrechen an Frauen und Parteilichkeit (und die Kriegsparteien sind klassisch männer-dominierte Parteien) im jugoslawischen Krieg unterscheidet. Sie übernimmt vielmehr die Behauptung vom serbischen Verursacher des Krieges und erklärt die Frauen zu Mittäterinnen.

Am nachdrücklichsten zeigten sich die Auswirkungen vor Ort. Haben vor dem Bürgerkrieg in Jugoslawien die Feministinnen aller Teilrepubliken gemeinsam für ihre Rechte und Forderungen gekämpft, so trennte sie sofort nach Beginn des Konflikts die Antwort auf die Frage, ob sie sich in erster Linie als "unpatriotische Feministinnen" oder als Angehörige einer Nation fühlten. "Ich habe mich immer als Jugoslawin gefühlt, aber seit Kroatien angegriffen wurde, fühle ich mich als Kroatin." (Aussage einer Mitarbeiterin des Notruftelefons in Zagreb) In Zagreb spaltete sich die Frauengruppe, "Frauenhilfe sofort", an der Frage, ob und wieviele Serbinnen frau (in ein Frauenhaus) aufnehmen und versorgen dürfe. Die Gruppe teilte sich in die "Patriotinnen" und in die "Pazifistinnen". Eine Zusammenarbeit — so die Frauen — sei kaum noch möglich.

Die Hauptspaltungslinie verläuft derzeit zwischen serbischen und kroatischen/bosnischen Feministinnen, wobei die Serbinnen ethnisch als Feindinnen ausgegrenzt werden. Auf zwei "Europatagungen" der Grünen Frauen-Anstiftung in Zagreb und Prag im Oktober 1992 zum Thema "Frauen im Krieg" — das Thema sollte eher "theoretisch" diskutiert werden — kam es zu einer sehr konkreten Machtprobe. Kroatische Frauen wollten serbischen Feministinnen die Teilnahme bzw. das Rederecht verweigern.

Gespalten hat dieser Streit auch Fraueninitiativen in der Bundesrepublik. Offensichtlich haben nur wenige Gruppen ein Unbehagen und Mißtrauen gegenüber dem breiten öffentlichen Mainstream entwickelt, und eine eigene Position in konsequenter Abgrenzung von falschen Frauenfreunden sowie ein kritisches Verhältnis zur deutschen Rolle in diesem Konflikt erarbeitet. Kaum eine Chance für einen Klärungsprozeß ließen die "Promifrauen", die medienwirksam die öffentliche Resonanz für sich nutzten, und sofort mit Initiativen für die Vergewaltigten vorpreschten. Der Anspruch der Unterstützung aller betroffenen Frauen, wenn denn überhaupt vorhanden, geriet dabei sehr schnell zur Farce. Sie machten sich vielmehr umgehend zum Sprachrohr des offiziellen deutschen Konsenses.

Die Profilierung der weiblichen deutschen Politprominenz

Die profilierteste Fraueninitiative organisierte die Fernsehjournalistin und Funkhausdirektorin Lea Rosh. Eine erlesene Riege weiblicher Politprominenz — von Rita Süßmuth und Hanna-Renate Laurin über Herta Däubler-Gmelin bis Waltraud Schoppe — trat als Aufruferin für ein "Internationales Frauentribunal" am 7.2. in Zagreb ein.

Auf einem öffentlichen Vorbereitungstreffen für dieses Tribunal meldeten allerdings mehr als zwei Drittel der fünfhundert anwesenden Frauen Bedenken gegen den Veranstaltungsort an, denn — so ihre Argumentation — eine Durchführung des Congresses in Zagreb werde serbische Frauen automatisch von der Diskussion ausschließen.

Es war die Antifaschistin Lea Rosh, die gegen Proteste der Mehrheit der Frauen unbeirrt am kroatischen Veranstaltungsort festhielt. Sie kennzeichnete kurzerhand alle, die protestierten, als "Serbinnen". Ihre Behauptung, frau wolle sich aber auch nicht von Kroaten vor den Karren spannen lassen, wirkt am Tag der dortigen Kommunalwahl und nach der Wiederaufnahme des Krieges durch Kroatien unwirklich, mag aber ernstgemeint sein. Die Behauptung, "wir werden uns von niemandem vereinnahmen lassen" (TAZ, 28.1.93), ist allerdings ein Hohn. Man kann als sicher annehmen, daß das Vorgehen gegen die Mehrheit der Frauengruppen mit Rücksicht auf das prominente Bonner Parteien-Frauenbündnis geschah, das quasi Kriegspartei im nationalen deutschen Konsens gegen Serbien ist, und als Inszenierung für die internationale Öffentlichkeit erhalten bleiben sollte.

Seit Beginn des jugoslawischen Krieges verspüren deutsche HelferInnen als Initiatoren von Flüchtlingszügen, Kinderretter und mittlerweile als Überbringerinnen von Schecks das besondere Bedürfnis, sich als die weltbesten BeschützerInnen der Kriegsopfer aufzuspielen. Bedauerlich, daß ausgerechnet eine Antifaschistin wie Lea Rosh an den Serben die NS-Geschichte entsorgt. Deutsche Lehre aus der Geschichte soll sein, daß es nie wieder geschehen darf, nur: die Täter sind diesmal die Opfer von damals.

Einseitig geriet denn auch der Kongreßverlauf. Gleich zu Beginn führte eine kroatische Theatergruppe ein krass antiserbisches Stück auf, was selbst bei den westlichen Initiatorinnen auf Unwillen stieß. Eine Serbin aus den USA, die sich ihre Redezeit erschleichen mußte, wollte die Taten serbischer Männer verurteilen. Sie stieß auf massiven Protest, bosnische und kroatische Frauen verließen den Saal. In einem abschließenden Statement unterstrich Lea Rosh noch einmal ihre Sicht: "Vergewaltigungen sind Erscheinungen eines jeden Krieges. Wir wissen in diesem Kriege aber schon jetzt von Lagern und Bordellen — das ist Genozid vor allem am bosnischen Volke." (TAZ, 8.2.1993) Eindeutig definiert sie hier "Opfer" aus ethnischer Zugehörigkeit und reproduziert so die These von der alleinigen serbischen Verantwortung am Krieg.

Schlußfolgerungen

In dieser Lage ist jeder Ansatz, der sich um Hilfe und Unterstützung für die vergewaltigten Frauen bemüht und um die Anerkennung von Vergewaltigung als Kriegsverbrechen sowie Flucht- und Asylgrund eine Gratwanderung. Positiv könnte die Initiative von deutschen und niederländischen Frauen sein, die alternativ zum Kongreß in Zagreb eine Veranstaltung am 6. März in Amsterdam planen. Dort soll über Hilfsprojekte für Frauen im gesamten ehemaligen Jugoslawien beraten werden, kroatische, serbische und bosnische Frauen werden daran teilnehmen können.

In jedem Krieg, auch in diesem, werden Frauen von allen kriegführenden Parteien vergewaltigt. Ob das diesmal tatsächlich in einem nie dagewesenen Ausmaß passiert, ist fraglich, entschuldigt aber nicht einen einzigen Fall. Die historischen Untersuchungen, Zahlenangaben und Daten von Susan Brownmiller stehen dagegen. Viele Informationen sprechen dafür, daß serbische Militär- und paramilitärische Einheiten mit besonderer Gewaltanwendung vorgehen. Das muß — auf der Grundlage von gesicherten Informationen — auch so benannt werden und ist ein Grund mehr, sich für die Beendigung des Krieges einzusetzen.

Jeder Manipulation aber, die Opfer für Haß und Kriegspropaganda funktionalisieren will, jeder sexistisch, voyeuristischen Berichterstattung, muß entgegengetreten werden. Es ist wichtig, zwischen richtiger Unterstützung und den falschen Frauenfreunden zu unterscheiden, für die Frauenrechte und "Mitleid mit den Opfern" nur Mittel zum Zweck sind.

Im jugoslawischen Konflikt muß versucht werden, Hilfe und Unterstützung für die vergewaltigten Frauen zu organisieren, die jede Orientierung an Nationalitäts- oder Religionszugehörigkeit vermeidet. In diesem Krieg ist für Feministinnen eine Parteilichkeit — außer der, gegen Vergewaltiger zu sein — nicht möglich. Deutsche Feministinnen haben weiterhin allen Grund, jeden Militärschlag und insbesondere jede deutsche Diskussion um eine Beteiligung an militärischen Interventionen zu bekämpfen.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

(1) Susan Brownmiller, Gegen unseren Willen, Frankfurt am Main, 1980

(2) vgl. FAZ, 9.10.92: Kroatische Ärzte berichten über die Greueltaten der Serben/ Prügel und Peitschenhiebe, Brandwunden, Geständnisse unter Druck, keine medizinische Versorgung; FAZ, 5.10.92: Metropolit berichtet über Greueltaten/ Dreißigtausend muslimische Frauen nach Vergewaltigung schwanger; FAZ, 30.12.92: Geschlagen, bis der ganze Körper schwarz war/Überlebende serbischer Lager berichten)

(3) Die Tagesthemen-Redaktion weigerte sich, ein von Schwarz zur Verfügung gestelltes Videoband über serbische Greueltaten zu senden, weil — so die Begründung — dem Band jede Beweiskraft fehle. Die Zeit (15.1.1993) beschreibt das Band wie folgt: "Und tatsächlich treten auf diesen Amateuraufnahmen, die Profis im Rhythmus von Spots zusammengeschnitten haben, keine Zeugen auf. Es fehlen vielfach die Ortsbezüge, die Bilder von zerschnittenen Kehlen und verstümmelten Leibern sind — wozu eigentlich? — mit englischem Kommentar und klirrender Begleitmusik unterlegt."

(4) Luchterhand Flugschrift 5, "Ethnische Säuberungen — Völkermord für Großserbien", Zürich, Hamburg, 1993

"Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen!"

Die Entwicklung deutscher Ukraine-Politik

Die WELT hatte es kürzlich als Schlagzeile formuliert: "Die Ukraine wird ein Schwerpunkt der Bonner Außenpolitik." Im Anschluß an Kinkel will im Juni '93 auch Kohl nach Kiew reisen, um, wie es in einer gemeinsamen Erklärung heißt, der "traditionellen Freundschaft" eine "neue Qualität" zu verleihen. In der Tat waren schon Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler der Ukraine stets besonders zugeneigt. Die Sympathie basiert seit Beginn dieses Jahrhunderts auf Prämissen, die auch für das neuerwachte Interesse der Bundesregierung maßgeblich sind:

Erstens auf dem rassischen Konstrukt, demzufolge der europäische, d.h. zivilisierte Ukrainer das völkische Gegenstück zum Russen darstelle, der "geprägt von über zweihundertfünfzigjähriger Herrschaft der Mongolen und Tataren ... nie so produktiv arbeiten (wird) wie ein Westler." (Reißmüller) Dieses Bild ist nicht allein eine Erfindung deutscher Ideologen, sondern zugleich Hauptinhalt des neuentflammten ukrainischen Nationalismus. Anders als der russische war jener mit antiwestlichen Untertönen nie durchsetzt. Im Gegenteil. Man betrachtet die Ukraine als Teil des Westens, als — so Krawtschuk — "europäische Großmacht", der heute eine Gefahr nur vom Osten aus drohe. Für das Verhältnis zwischen der Ukraine und seinem östlichen Nachbarn gelten insofern Trennungsmomente, die bei der Spaltung Jugoslawiens in das "europäische" Slowenien und Kroatien sowie das "asiatische" Serbien zur Demarkationslinie und schließlich Kriegsfront hochgepeitscht wurden.

Zweitens hat die Ukraine aufgrund ihrer natürlichen Reichtümer für den deutschen Imperialismus schon immer wie ein Magnet gewirkt. Nicht nur als "Kornkammer", sondern auch als eine Art "Ruhrgebiet" der Sowjetunion: 50% des sowjetischen Urans, 45% des sowjetischen Eisenerzes und 26% der sowjetischen Kohle wurden hier 1990 gefördert. "Wenn wir die Ukrainer verlieren, verlieren wir unseren Kopf", soll 1918 schon Lenin erklärt haben und noch drastischer im selben Jahr Trotzki: "Ohne die Ukraine gibt es kein Rußland, ohne ukrainische Kohle, Eisen, Erz, Brot, Salz und ohne das Schwarze Meer kann Rußland nicht existieren, es wird ersticken, und damit auch die Sowjetmacht."

Zu den Schätzen der Ukraine gehören auch die Reichtümer strategischer Natur, die den deutsch-ukrainischen Beziehungen eine besonders prekäre Note verleihen: Als Atommacht könnte die Ukraine Deutschland auf längere Sicht etwas bieten, was ihm Frankreich und die USA bis heute verweigern — eine gleichberechtigte Zusammenarbeit im Atomwaffenbereich. Im Zentralorgan der deutschen Militaristen, der "Europäischen Sicherheit", wird hoffnungsfroh davon gesprochen, daß Kiew das Ziel der Atomwaffenfreiheit nur vorgebe, um westliche Hilfeleistungen zu erhalten. "In der Ukraine laufen indes" — so das bundeswehrnahe Organ — "zwei Prozesse ab: ein nach außen gerichteter und ein nach innen gewandter, der ein militärisch starkes Land wünscht", wofür die Hardthöhe durchaus auch im nuklearen Bereich Verständnis aufzubringen vermag: "Ein möglicher Besitz von Nuklearwaffen könnte auch der Abgrenzung gegenüber Rußland dienen." Das Projekt einer deutsch-ukrainischen Raketenkooperation hatte bereits ganz oben auf der Tagesordnung gestanden, als im Oktober 1992 Schwarz-Schilling, damals noch Kabinettsmitglied, in Kiew weilte. Der grienende Postminister und sein ukrainischer Kollege "kündigten an, daß künftig deutsche Satelliten mit in der Ukraine gebauten Raketen vom einstigen sowjetischen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan ins All befördert werden sollten. Diese Satelliten könnten dann, auch für die Versorgung deutscher Bevölkerungsgruppen in der GUS, mit deutschsprachigen Programmen genutzt werden." (Stuttgarter Zeitung, 21.10.92)

Das dritte Element der deutschen Ukrainepolitik betrifft die Einflußnahme auf Rußland. Solange die Ukraine Bestandteil einer zaristischen bzw. sowjetischen Großmacht war, sollte Kiew als "deutscher" Brückenkopf entsprechende Dienste leisten. Zugleich nutzte Deutschland jede Möglichkeit, die Ukraine von Rußland abzuspalten und den Gegensatz zwischen Moskau und Kiew zu vertiefen. Zuletzt hatte sich diese Möglichkeit 1990 geboten. Im Frühjahr dieses Jahres war die ukrainische Staatsführung nach München gereist. Dort hatte man ihr nach Auskunft der britischen Zeitschrift "Political Quarterly" seitens der bayerischen Gastgeber zu erkennen gegeben, daß man die ukrainische Ablösebewegung von der Sowjetunion mit der allergrößten Sympathie verfolge. Im Rahmen der bilateralen Gespräche über die deutsche Einheit wurde die Bundesregierung daraufhin von der Sowjetunion aufgefordert, ihren "großen Einfluß bei den Ukrainern dahingehend geltend zu machen, daß die Ukraine Mitglied einer reformierten Sowjetunion bleibt", wie "Political Quarterly" schreibt.

In der Tat war es Kiew, das 1991 den Hebel zur Sprengung der alten Sowjetunion in seiner Hand und jenen im Sinne der bayerischen Empfehlungen zu nutzen verstanden hatte. Im folgenden sollen die Etappen und Grundzüge der "alten" deutschen Ukraine-Politik in Erinnerung gerufen, sowie einige aktuelle Aspekte derselben dargelegt werden.

"Selbstbestimmung" als Teil deutscher Kriegsführung

Schon 1897 hatte Paul Rohrbach, ein führender Osteuropa-Ideologe, die Devise ausgegeben, die dann im Laufe des Ersten Weltkrieges voll zum Tagen kam: "Wenn Rußland noch fünfzig Jahre in Ruhe bleibt, dann kann es vielleicht sein, daß die ukrainische Frage einschläft, trotzdem die ukrainischen Patrioten sich bemühen, sie wach zu machen. Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß — dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden. Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen!" (P. Rohrbach)

Von der Hoffnung auf eine Erhebung der russischen Fremdvölker ließen sich Kaiser und Kanzler leiten, als sie unmittelbar bei

riegsausbruch Aktionen in die Wege lei-
ten, die die ukrainische (überwiegend so-
alrevolutionäre) Bewegung "richtig los-
inden" sollte. Fortlaufende Finanzsprit-
en aus Berlin für den "Bund zur Befreiung
er Ukraine" sollte in der Entfesselung
nes ukrainischen Aufstands ebenso die-
en, wie die Absonderung, Aufhetzung und
dienstnahme ukrainischer Kriegsgefan-
ener durch deutsche Spezialkommissio-
en. Unter dem Banner der "Selbstbestim-
ung" sollte Rußland "dekomposiert",
h. in eine Vielzahl von schwachen, an-
hnungsbedürftigen Einzelstaaten sowie
nen geschwächten Reststaat zerbröselt
erden. Insbesondere galt die "Zurück-
ängung des Moskowiterreiches nach
sten unter Absplitterung seiner westli-
ien Landesteile", so Reichskanzler Beth-
ann-Hollweg in einem Brief an Kaiser
Vilhelm, als ein Ziel, daß aller Kriegsopfer
ürdig sei. Rußland sollte durch Abspal-
ng seiner Korn -und Rohstoffkammern
cht nur entscheidend geschwächt son-
rn, Deutschland als Erbfolger Rußlands
igleich gestärkt werden: Die in Denk-
hriften verpackten Aufrufe der deutschen
hwerindustrie, die Ukraine und ihre Erz-
rkommen für Deutschland zu okkupie-
n, waren Legion und die Forderung nach
mbau des ukrainischen Schienennetzes
if deutsche Spurweite nur ein Programm-
inkt unter vielen.

Flankierend wurde von den Ruhrindu-
riellen, Kirdorf und Hugenberg, der
Verband deutscher Förderer der ukraini-
hen Freiheitsbestrebungen" gegründet
id über eine eigene Zeitschrift ("Osteu-
päische Zukunft") auf Massenbasis
Jkrainekunde" betrieben. Entsprechend
rbereitet war die Stimmung, als im Fe-
uar 1918 Deutschland — gestützt auf
igierte Hilferufe ukrainischer Nationali-
en — mit 500.000 Soldaten, darunter
000 Ukrainern nach Kiew marschierte,
e dortige bolschewistische Regierung
rjagte und sich die Rohstoffgebiete der
kraine sowie des Donez-Beckens und die
rim unter den Nagel riß. Nachdem die
erliner Regierung ihre ukrainischen
ichwortgeber abgesetzt und eine Mario-
ttenregierung unter dem Großgrundbe-
tzer Skoropadski installiert hatte, war die
elbstständige" Ukraine endgültig zu ei-
m Anhängsel Deutschlands geworden.
uf drei großen Gebieten — so Fritz Fi-
her — "entfaltete sich nunmehr, organi-
ert und gelenkt, die Initiative des Reiches:
der Agrarreform, der Bahn- und Banken-
age und schließlich in der Eisenerz- und
ohlefrage." Zugleich wurde die Ukraine
is dem Rubelblock herausgelöst und wur-
den große Pläne zur massenhaften Ansied-
lung von Deutschen in der Krimregion ge-
schmiedet, um dort — so General Luden-
dorff — "ein Staatengebilde" zu schaffen,
"in dem der deutsche Einfluß vorherrscht".
Daß daraus vorerst nichts wurde, ist be-
kannt. Nach der deutschen Niederlage und
jahrelangen kriegerischen Auseinanderset-
zungen mit Polen sowie den reaktionären
Bürgerkriegsparteien wurde die Ukraine
1920 in die Sowjetunion integriert.

Zwei durchaus aktuelle Aspekte der
deutschen Kriegspolitik von 1917/18 fallen
ins Auge: Zum einen der Stellenwert, der
der Loslösung der Ukraine von Rußland
beigemessen wurde. So war die Reichsre-
gierung nach Etablierung der bürgerlichen
Herrschaft in Kiew am Überleben der Le-
nin'schen Regierung geradezu interessiert:
"Denn es war vorauszusehen", so Borow-
sky in seiner Studie, "daß mit dem Sturz
der Bolschewiki und der Bildung eines
monarchisch-konstitutionellen Regimes in
Rußland der sozial- und wirtschaftspoliti-
sche Stein des Anstoßes zur ukrainischen
Separation wegfallen und Deutschland mit
der Ukraine den wichtigsten Stützpunkt zur
'Durchdringung' Rußlands verlieren wür-
de." Das allgemeine soziale Interesse des
Imperialismus am Sturz der Bolschewiki
wurde dem Interesse am Erhalt der Einfluß-
gebiete am Dnjepr ganz offenkundig un-
tergeordnet.

Der zweite Aspekt betrifft die im ersten
Weltkrieg vollzogene Abkehr von einer
allzu plumpen Annektionspolitik zugun-
sten der indirekten Beherrschung anderer
Länder unter der Losung von "Selbstbe-
stimmung" und "Autonomie", welche in
der Ukraine wie auch im Baltikum eine
innere Selbstverwaltung mit dem militäri-
schen, politischen und wirtschaftlichen
Anschluß an Deutschland zu kombinieren
verstand. Gegenüber dem annektionisti-
schen Imperialismus hatte jener moderni-
sierte, so Borowsky, "den Vorteil, daß er
von der revolutionären Idee des Selbstbe-
stimmungsrechts der Völker moralisch ge-
deckt wurde und daher auch für die Libe-
ralen und Sozialdemokraten annehmbar
war."

Der zweite Anlauf

Wenn auch die ukrainischen Exilanten die
deutsche Regierung weiterhin als den
Schlüssel für die Lösung des osteuropä-
ischen "Gesamtproblems" betrachteten,
war doch zunächst die deutsche Ukraine-
politik zu gründlich diskreditiert, um sofort
wieder in Erscheinung treten zu können.
Erst 1926 wurde ein vom Auswärtigen Amt
finanziertes "Ukrainisches Wissenschaft-
liches Institut" als neue diesbezügliche Ka-
derschmiede etabliert. Der Leiter dieses
Instituts, Ivan Mircuk, hatte sich 1935 frei-
willig zum Offiziersdienst gemeldet und in
seinen Aufsätzen nicht nur das Konzept der
rassistisch begründeten deutsch-ukraini-
schen Sonderbeziehung propagiert, son-
dern sich darüber hinaus als extremer An-
tisemit eine Anerkennung verschafft, die
die Naziherrschaft überdauerte: Nach 1945
wurde Mircuk in die Bayerische Akademie
der Wissenschaften gewählt. Seit 1955 war
er Mitglied des Münchner Instituts zur Er-
forschung der UdSSR" und Chefredakteur
der Zeitschrift "Sowjetstudien".

Mit der nationalsozialistischen Machter-
greifung trat die "Stoßrichtung Ukraine"
um so energischer in das Stadium konkreter
Überlegungen und Pläne. Erneut erlebte die
sogenannte "Ukrainewissenschaft" einen
Aufschwung, mit deren Hilfe nicht nur die
natürlichen Reichtümer jener Regionen im
Vorgeschmack statistisch erfaßt, sondern
insbesondere der Nachweis erbracht wur-
de, daß die Ukraine als das natürliche "Vor-
feld des Abendlandes" durch uralte und
vielseitige "Schicksalsverbindungen" mit
dem "Deutschtum" verwoben sei. Schon
1933 versuchte die NSDAP die verschie-
denen ukrainischen Emigrantenorganisa-
tionen zusammenzufassen und auf spätere
militärische Aktionen gegen die Sowjet-
union vorzubereiten. Erfolglos waren diese
Anstrengungen nicht: Admiral Canaris ließ
ab 1938 ein ukrainisches Spezialbataillon
ausbilden, das 1939 beim Überfall auf Po-
len erstmals zum Einsatz kam. 1943-1945
wüteten in den Reihen der Wehrmacht jene
berüchtigte "Ukrainische Division" mit
über 10.000 Mann, sowie die SS-Division
"Galizien". Zu einschlägiger Berühmtheit
hatte es insbesondere das Ukrainer-Batail-
lion "Nachtigall" gebracht. Es wurde nach
dem Polen-Überfall aus kriegserfahrenen
ukrainischen Nationalisten unter Führung
des Ostforschers Theodor Oberländer zu-
sammengestellt. Mit Oberländer an der
Spitze marschierte es am 30.6.1941 in
Lwow (dem ehemals galizischen Lemberg
— ukrainisch: Lwiw) ein, um dort insbe-
sondere die jüdische Bevölkerung zu mas-
sakrieren. Die "Ereignismeldung UdSSR"
der Nazi-Schergen vom 30.6. 1941 spricht
eine deutliche Sprache: "Von der Sicher-
heitspolizei wurden 7.000 Juden zur Ver-
geltung für die unmenschlichen Greuelta-
ten (der Sowjets) zusammengetrieben und
erschossen." Auch Oberländer machte an-
schließend Karriere. Als "Bundesminister
für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsge-

schädigte" gehörte er von 1953 bis 1960 verschiedenen Adenauer-Kabinetten an.

Dennoch war das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und ukrainischem Nationalismus nicht unumstritten. Eine "ukrainophile" Linie des "Reichsministers für die besetzten Ostgebiete", Alfred Rosenberg, suchte den ukrainischen Nationalismus für die deutschen Zwecke einzuspannen, während die noch borniertere Konzeption des "Reichskommissar für die Ukraine", Erich Koch, keine "ukrainischen", sondern ausschließlich "deutsche" Interessen anzuerkennen bereit war. Entsprechend widersprüchlich agierten die Deutschen gegenüber der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), deren berüchtigter Führer, Stephan Bandera, 1939 von Deutschland aus dem polnischen Knast und in die antibolschewistische Front entlassen wurde. Als Bandera — gestützt auf die Massaker des "Nachtigall"-Bataillons — am 30.7.1941 eine "selbständige" Ukraine mit eigenem Ministerpräsidenten proklamierte, ging dies der Berliner Führung zu weit. Mit einer Verhaftungswelle gegen den Bandera-Flügel der OUN wurde jenes Experiment liquidiert und das "Nachtigall"-Bataillion aufgelöst. Erst 1944 wurde der ukrainische Nationalismus als Bündnispartner im Kampf gegen die immer näherrückenden Sowjetarmeen von Deutschland erneut hofiert und dafür gesorgt, daß der reaktionärste Teil jener Bewegung in den Westzonen des besetzten Deutschlands Unterschlupf fand. Wenn auch die deutschen Ambitionen mit den Zielen der ukrainischen Nationalisten nicht in Deckung zu bringen waren, hatte sich doch die ideologische Übereinstimmung auf mindestens zwei Gebieten — dem Antisemitismus und dem Antikommunismus — als tragfähig erwiesen.

München, Zeppelinstraße

Über die Zusammenarbeit zwischen Exilukrainern und deutschen Behörden nach 1945 ist mir eine zusammenhängende Untersuchung bisher nicht bekannt. Daß es sie gegeben hat, ist gewiß. Ihre neuen Zelte hatten die Exilukrainer in der Hauptstadt der Ostemigration und dem Knotenpunkt aller einschlägig antikommunistischen Front-Organisationen von Ustacha-Kroaten, Ungarn, Polen, Letten, Esten, Bulgaren und Albanern aufgeschlagen: in München. In der Zeppelinstraße begann ab 1945 Bandera (unter dem Decknamen Popel und von "westlichen", wie es heißt, Finanzquellen gestützt) nicht nur die antibolschewistischen Exilukrainer in der OUN zu organisieren. Von hier aus wurde zugleich die sogenannte "Ukrainische Aufstandsarmee" (UAA) angeleitet, die im Zweiten Weltkrieg vorrangig im Rahmen der Hitler-Armeen gekämpft hatte und bis Anfang der 50er Jahre mit mehreren Bataillonen die damalige Tschechoslowakei (CSR) und die Westukraine in der Region um Lwow unsicher gemacht hatte. Über den Charakter jener Banden gibt ein Programm der OUN-Führung Auskunft, das im Oktober 1945 auf einer Münchener Tagung verabschiedet worden sein soll: "Die bewaffneten Aktionen der UAA in Nordgalizien", heißt es dort, "werden sich in Terroraktionen fortsetzen; ... (Wir werden) auf dem Gebiet der CSR eine Organisation der UAA und ein geeignetes Netz schaffen, damit der Kurierdienst zwischen München und dem Osten ordnungsgemäß funktioniert.... (Wir werden) die Werbung für die OUN auf dem Gebiet der CSR erweitern und die Bevölkerung propagandistisch gegen die Sowjetordnung ausrichten." (zit. nach Remer/Fricke) Daß der heute in der Ukraine als Nationalheld gefeierte Bandera bei diesen Aktivitäten von der Bundesregierung geschützt und entsprechende Auslieferungsbegehren der Sowjetunion stets abschlägig beschieden wurden, liegt auf der Hand. 1959 wurde er in München von einem Agenten des KGB getötet.

Über die deutsche Ukrainepolitik der 70er und 80er Jahre sind die Anhaltspunkte bisher noch besonders dürftig. War es Zufall, daß 1983 der "Unterschied" zwischen Russen und Ukrainern von Helmut Kohl persönlich in Erinnerung gerufen wurde? Im Juli 1983 war er nach Kiew gereist, "dieser 1.500 Jahre alten europäischen Stadt", wie die FAZ emphatisch schrieb, um in seiner Tischrede "den Anteil der Ukraine an der Geschichte Europas" zu würdigen. (FAZ, 8.7.83) Bis in die Gegenwart hinein ist München der Erscheinungsort der ukrainischen Emigrantenzeitschrift "Schljach Peremohy" (Straße des Sieges) geblieben, deren Mitarbeiter im Rahmen der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung Ruch eine finstere Rolle gespielt haben sollen. (NZZ, 20.9.89)

Seit wann die Ukraine auch formell als "das Partnerland Bayerns am Dnjepr" (FAZ) fungiert, ist mir unbekannt — der Tatbestand spricht allerdings für sich und ist, wie wir oben gesehen haben, auch im Kontext der Auseinandersetzungen um die Zerschlagung der Sowjetunion nicht ohne Bedeutung gewesen..

Die fatale Gesamtausstrahlung der deutschen Einheit hatte die osteuropäischen Nationalismen wie ein Katalysator angeheizt. Ob solche äußeren Faktoren für die Entstehung des neuen ukrainischen Nationalismus eine bedeutsamere Rolle als die eines Geburtshelfers gespielt hatten, ist derzeit nicht zu erkennen.

Kohl versus Gorbatschow

Als erwiesen kann jedoch gelten, daß jene Entwicklung vom Kabinett Kohl — wenn auch nicht marktschreierisch — unterstützt wurde, während Margret Thatcher wie auch George Bush (bei seinem Besuch im August 1991 in Kiew) vor dem "selbstmörderischen Nationalismus" gewarnt und die ukrainische Separationsbewegung offen brüskiert hatten. 1989 begannen sich in der FAZ und der WELT Artikel zu häufen, die fortan — etwa unter der verblüffend geschichtsträchtigen Überschrift "Wenn sich die Ukraine gegen das Moskauer Regime erhebt" — ihren Hoffnungen freien Lauf ließen: "Wenn sich die Ukraine eines Tages aus der Sowjetunion verabschieden sollte, dann gibt es keine Sowjetunion mehr." (Welt, 11.9.89)

Am 3. Dezember 1991 hatten sich über 90% der ukrainischen Bevölkerung in einem Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen und den Abschied von Moskau damit besiegelt. Ein letztes Mal versuchte Gorbatschow zu beschwichtigen: Ein Ja zur Unabhängigkeit sei noch kein Nein zur Union. "Würde aber der 'Prozeß in diese Richtung gedrängt', so Gorbatschow, dann bedeutete das 'eine Katastrophe sowohl für die Union als auch für die Ukraine, Rußland, Europa und die Welt'." (FAZ, 3.12.91) Wie TASS damals meldete, hatte Gorbatschow insbesondere mit Helmut Kohl telefoniert und ihn vor "überstürzten Entscheidungen" gewarnt. Hierfür gab es Gründe.

Einerseits hatte die Riege von Dregger bis Reißmüller nach dem Referendum für die sofortige Anerkennung getrommelt (während die EG eine "abwartende Haltung" eingenommen hatte und das Kohl-Kabinett zumindest die Schamfrist von drei Wochen gewahrt sehen wollte). Andererseits hatten nicht nur die bayerische Staatsregierung sondern auch das Bundeskabinett bereits im Vorfeld des Dezember-Referendums die Ukraine als eigenständigen Faktor fortlaufend hofiert.

Im Oktober 1991 hatte Genscher als "wichtigen Baustein" die "erste deutsche Kulturwoche"in Kiew eröffnet, nachdem er dort "für seine Verdienste um die deutsch-ukrainischen Beziehungen" mit einem Preis ausgezeichnet worden war. Im November 1991 wurde der deutsche "Ab-

-üstungsbotschafter" für mehrtägige Gespräche mit der ukrainischen Regierung nach Kiew geschickt. Ihm folgte wenige Tage nach dem Referendum ein weiterer Sonderbotschafter aus Bonn, dessen Besuch "als Zeichen des besonderen deutschen Interesses an umfassender Vertiefung und Entwicklung der deutsch-ukrainischen Beziehungen gewürdigt worden" sei, wie die FAZ kolportiert. Als erste der nach dem Moskauer Putsch aus der Sowjetunion hervorgegangenen Republiken wurde die Ukraine am 26.12.91 von Bonn schließlich völkerrechtlich anerkannt. Einige Monate später hatte die deutsche Botschaft in Kiew mehr Personal aufzuweisen, als alle anderen westlichen Vertretungen zusammen. Auch ohne Kenntnis der bilateralen Geheimdiplomatie ist somit zu konstatieren, daß Bonn die Zerschlagung der Sowjetunion via ukrainischer Bewegung auch offen ermutigt hatte. Es bleibt die Frage der Atomwaffen. Wird der ukrainische Separatismus auch in dieser Hinsicht von der Bundesregierung unterstützt?

Der Welt drittgrößte Atommacht

'Die 'eurostrategische' Landschaft hat sich mit dem Ende der Sowjetunion und dem Aufstieg der selbständigen Atommacht Ukraine in einer vom Westen noch unbegriffenen Weise verändert", hieß es vor einigen Monaten in der FR. Dieser Einschätzung ist zuzustimmen. Erstens verfügt die Ukraine über das drittstärkste Nuklearpotential der Welt. Zweitens sucht Kiew nicht nur ganz unverhohlen bei der NATO Schutz vor Moskau, sondern man sieht (zumindest von Seiten der deutschen NATO-Macht) durch das ukrainische Potential zugleich die russische Großmacht eingedämmt und gebunden. Drittens wird die Entscheidung der Ukraine über einen Beitritt oder Nichtbeitritt zum Sperrvertrag für die Zukunft jenes Vertragssystems von einer entscheidenden Bedeutung sein. Und viertens könnte der deutschen Nuklearpolitik mit der ukrainischen Atommacht ein künftiger wesentlicher Ansprechpartner erwachsen (was jene nicht davon abhalten bräuchte, eigene Atomwaffenaspirationen mit eben jener neuen Atommacht zu rechtfertigen). Mit anderen Worten: So wie zuvor bei der Zerschlagung der Sowjetunion nimmt heute die Ukraine hinsichtlich der Zukunft des internationalen nuklearen Systems eine Schlüsselstellung ein.

Während demgemäß die ukrainische Nuklearpolitik die Schlagzeilen der angelsächsischen Medien in Beschlag nimmt und seitens der USA kaum ein Mittel (vom finanziellen Anreiz bis zum diplomatischen Druck via der Unterzeichnung des START II-Vertrages) ungenutzt zu bleiben scheint, um die Ukraine zur Atomwaffenfreiheit zu bewegen, wird dieses Thema in den bundesdeutschen Medien heruntergekocht und bleibt der Standpunkt der Bundesregierung merkwürdig ambivalent.

Zwar hütet sich die Bundesregierung, aus dem Reigen internationaler Stellungnahmen auszuscheren, welche auf die künftige Atomwaffenfreiheit der Ukraine insistieren. In den nicht ganz unmaßgeblichen Kommentaren der FAZ wird jedoch eine andere Sprache gesprochen. Das ukrainische Bemühen um militärische Eigenständigkeit sei — so der Ukraine-Kommentator Werner Adam — "eine begreifliche Reaktion auf die Neigung Rußlands, die anderen Nachfolgestaaten des sowjetischen Imperiums vor vollendete Tatsachen zu stellen." (6.1.92) Von den Ukrainern also zu erwarten — so "W.A." in Abgrenzung zu den USA — "sie soll ohne jede Gegenleistung auf die nukleare Hinterlassenschaft der Sowjetunion verzichten und diese allein Rußland anvertrauen, bedeutet, ihre Sicherheitsinteressen zu ignorieren." (9.1.93) Ambivalent hatte im Februar 1993 auch Klaus Kinkel anläßlich seines Kiew-Besuchs argumentiert. Bei allem "Drängen" auf den ukrainischen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag hatte er doch zugleich das Krawtschuk-Junktim in Bezug auf westliche Sicherheitsgarantien (als Vorbedingung eines Vertragsbeitritts) als "berechtigt" anerkannt — wohl wissend, daß die westlichen Atommächte derartige Garantien nicht geben wollen und Deutschland sie nicht geben kann.

Derartige Andeutungen sollten nicht nur als Ausdruck einer hochbedeutsamen innerimperialistischen Differenz ernstgenommen werden. Als Fingerzeige werden sie vermutlich auch in Kiew ihren Einfluß nicht verfehlen. Die Regierung Krawtschuk steht einerseits vor einem ökonomischen Desaster, was die Immunität gegen äußeren Druck (von seiten Moskaus oder Washingtons) erheblich schwächt. Auf der anderen Seite ist die innenpolitische Front der Atomwaffenbefürworter im Wachsen begriffen, wobei insbesondere interessant ist, die Genese der oppositionellen Ruch-Bewegung zu verfolgen: Einst in der Folge der Katastrophe von Tschernobyl als antinukleares Bündnis entstanden, hatte sich Ruch anschließend zu einem Zentrum der nationalistischen Bewegung entwickelt, um sich mittlerweile — ohne die Gegnerschaft zur zivilen Atomenergienutzung aufzugeben — als entschiedenste Befürworterin eines nationalen Atomwaffenprogramms zu entpuppen.

Selbst wenn das Kiewer Parlament im Frühjahr 1993 seinen grundsätzlichen Willen zum nichtnuklearen Status bekräftigen sollte, würde dies an der Praxis des Lavierens vermutlich wenig ändern: Erstens wird die Ukraine ihre strategischen Atomwaffen auf keinen Fall der russischen Regierung überlassen, d.h. sie müßten vor Ort zerstört werden, wozu aber die Kapazitäten fehlen. Zweitens hat sich die Regierung Krawtschuk eine Auslegung des START-Vertrages zueigen gemacht, derzufolge eine Abschaffung der strategischen Atomwaffen ohnehin erst sieben Jahre nach Ratifizierung jenes Abkommens vorgesehen ist. Ein langer Zeitraum, innerhalb dessen die deutsche Regierungspolitik durchaus geneigt sein könnte, sich die verständnisvolle Flankierung der ukrainischen Position mit nuklearer Münze (d.h. entsprechenden Kooperationsangeboten) honorieren zu lassen. Selbst die von Kinkel ankündigte Zusammenarbeit bei der Vernichtung von Atomwaffen ist unter diesem Aspekt interessant: Anregungen aus der Bundesregierung, etwa das russische Waffenplutonium in Hanau verarbeiten zu lassen, hatte Washington mit Verweis auf Bonner Sperrvertragsverpflichtungen bisher stets zurückpfeifen können.

Der mit dem Kinkel-Besuch in Kiew eingeleitete "Beginn einer Etappe der Vertiefung und des Ausbaus unserer Beziehungen", so Krawtschuk, hat selbstverständlich auch eine ökonomische Dimension. Doch dominiert auf diesem Sektor bisher die wechselseitige Enttäuschung: Die Regierung in Kiew hatte sich erhofft, daß ihre avantgardistische Rolle bei der Zerschlagung der Sowjetunion auf dem Gebiet des Kreditwesens, der Industriekooperation und der Anbahnung besonderer Beziehungen zur EG weitaus großzügiger, als bisher geschehen, honoriert würde. Die Bundesregierung wiederum macht der Ukraine zum Vorwurf, durch Nichtanerkennung sowjetischer Altschulden die Umschuldungsverhandlungen zwischen der GUS und den westlichen Gläubigerländern zu blockieren. Außerdem fordert Bonn, daß die Ukraine jedem ausländischen Interessenten den privaten Erwerb von Eigentum an Grund und Boden uneingeschränkt möglich macht, was nicht zuletzt in Hinblick auf die in Aussicht gestellte Besiedlung der Süd-Ukraine durch ca. 400.000 "Deutschstämmige" aus dem GUS-Raum von Bedeutung ist. Last but not least wird

derzeit das Geschäft mit Kiew durch Hyperinflation und Zahlungsunfähigkeit gründlich verleidet. Dennoch scheint die deutsche Industrie guten Mutes zu sein, daß die Ukraine "nach einer Phase der Emanzipation ...einmal ein starker Partner" sein könnte. An die 90 deutsche Unternehmen haben in Kiew ein Büro eröffnet. Etwa 50 deutsch-ukrainische Gemeinschaftsunternehmungen sind registriert. Eine zweite Tagung des (vom Wirtschaftsministerium initiierten) deutsch-ukrainischen Kooperationsrates hat soeben in Kiew mit 30 Regierungsvertretern und 60 Industrierepräsentanten aus der BRD stattgefunden. Eine Nachfolgetagung ist bereits für Ende 1993 anvisiert. Soviel über die Geschichte und den Stand der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Abschließend als Diskussionsanstoß einige

Vage Thesen über eine offene Perspektive

1. Die Zukunft der GUS-Staaten ist heute nicht prognostizierbar — solange dies so bleibt, wird auch die deutsche Osteuropa-Politik, ohne sich festzulegen, ein breites Profil von Optionen abzudecken suchen.

2. Als sicher kann jedoch gelten, daß Rußland in absehbarer Zukunft aufgrund seines militärischen Potentials in Osteuropa ebenso Großmacht und Gegenspieler bleiben wird, wie Deutschland dank seiner Finanzkraft in Westeuropa. Es ist insofern im Interesse des deutschen Imperialismus, die machtpolitischen Spielräume Rußlands (etwa im Bündnis mit der Ukraine oder der Türkei) einzudämmen.

3. Die öffentliche Propagierung einer deutsch-ukrainischen Sonderbeziehung (wie im Vorfeld der beiden Weltkriege) ist zumindest kurzfristig nicht zu erwarten: Es wäre in einer Übergangsphase, wie der gegenwärtigen, geradezu unsinnig, die russische Großmacht vor den Kopf zu stoßen. Dennoch besetzt die Ukraine für den deutschen Imperialismus auch heute eine Schlüsselposition. Erstens, weil allein ihre Existenz Rußland maßgeblich schwächt. Zweitens als Einflußfaktor für den gesamten GUS-Bereich: Immer wieder hatte die Ukraine ihre die GUS betreffenden Absichten mit der Drohung, anderenfalls die GUS-Organe zu verlassen, durchsetzen können. Nach Auskunft ihrer Ideologen "hängen die Sicherheitsinteressen des demokratischen Europas mit der Möglichkeit des zivilisierenden Einflusses auf Rußland zusammen. Zum wesentlichsten Faktor solchen Einflusses wird die Ukraine." ("Europäische Sicherheit", 2/93) Drittens gibt es im deutsch-ukrainischen Verhältnis eine Reihe ideologischer Schnittmengen, die aus der Historie verlängert werden, weil jede kritische Bestandsaufnahme unterbleibt: Der völkische Charakter beider Nationalismen, der Antislawismus sowie der Antikommunismus.

Dies sind zusammengefaßt die Gründe, warum die Bundesregierung (bzw. deren Publizistik) in den bisherigen ukrainisch-russischen Konflikten stets für die Ukraine Partei ergriffen hat.

4. Auch heute gilt das historische Muster, demzufolge der deutsche Imperialismus sich freut, wenn Moskau und Kiew sich streiten. Wie die Auseinandersetzungen über die Umschuldungsverhandlungen beweisen, widerspricht diese These zumindest partiell der Logik der Kapitalverwertung.

Daß das Interesse an Kapitalverwertung von der Logik der Machtpolitik überlagert werden kann, veranschaulicht der Bericht über eine hochrangige Besprechung von Osteuropa-Experten beim Auswärtigen Amt, die unmittelbar nach dem ukrainischen Referendum vom 3.12.1991 stattgefunden hatte. "Beim Bemühen, die Situation und die weitere Entwicklung zu beschreiben, dominierte in der Einschätzung der Experten der Begriff des Chaos und der Anarchie", heißt es bei Karl Feldmeyer in der FAZ. "Unterschiedlich waren allein die Antworten auf die Frage" — und nun wird es spannend! — "ob dieses Chaos als schöpferische Kraft zu bewerten sei, das vor einer 'desintegrativen Reorganisation der Sowjetunion' bewahre, mit dessen Kräften sich der Westen verbünden solle, weil, so urteilte einer der Teilnehmer, Chaos und Krise die angemessenen Formen der Veränderung und Überwindung der sowjetischen Strukturen seien — oder ob man das Chaos eher als Gefahr einzustufen habe, wozu Vertreter der Wirtschaft neigten. Von ihnen kam die Warnung vor einer Glorifizierung des Chaos als 'schöpferisch', denn es bedrohe Millionen mit dem Hungertod." (FAZ, 12.12.91)

5. Die altneue deutsche Ostpolitik hat sich in den letzten zwei Jahren kontinuierlich mit der "schöpferischen Kraft" von "Chaos und Krise" verbündet und hierfür das Risiko von Blutbädern (z.B. in Bosnien) in Kauf genommen. Dies ist der Punkt, in dem sich deutsche Osteuropa-Politik — in der Frage der Anerkennung des Baltikum und Kroatiens oder im Hinblick auf die Ukraine und die Zukunft der GUS — von der Osteuropa-Politik der USA, Großbritanniens oder Frankreichs unterscheidet.

6. Dieses Spezifikum folgt nicht nur dem alten Ziel, den russischen Machtbereich so weit wie möglich zu "dekomposieren". Sondern Chaos und Krise waren bisher ebenso notwendig wie willkommen, um zu vernichten, was unter der Chiffre "Jalta" läuft: Alle an den Sieg über Deutschland erinnernden Überbleibsel im internationalen System. Dieser Reflex auf die Geschichte trägt zwanghafte Züge. Er könnte erklären, warum selbst das kümmerliche Rest-Jugoslawien jenen — mit Titos Partisanenkrieg verknüpften — Namen nicht mehr führen darf und macht zugleich plausibel, daß mit den Balten, Ukrainern und Kroaten erneut auf Nationen gesetzt wird, auf die Deutschland auch in früheren Zeiten sich bevorzugt glaubte stützen zu können.

7. Die altdeutsche Ukrainepolitik und "traditionelle Freundschaft" werden explizit verlängert. In Deutschland interessieren heute nicht historische Bestandsaufnahme und Distanz — von Bruch ganz zu schweigen — sondern die Pflege der deutschen Kriegsgräber, worüber Kinkel in Kiew ein Abkommen zu fordern in der Lage war. Mit den Toten wird aber immer auch die Geschichte geehrt. Gibt es vielleicht auch in der Außenpolitik den von den Mitscherlichs beschriebenen "Wiederholungszwang"?

Max Müntzel

Quellen:
Peter Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918, Lübeck 1970; Fritz Fischer, Der Griff zur Weltmacht, Düsseldorf 1967; Claus Remer, Dieter Fricke et.al., Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus, Jena 1969; Nachtigall in Lemberg, in: Spiegel 9/1960; J.G.Reißmüller, Weil Rußland anders ist, in: FAZ, 20.5.92; Osteuropa Nr.6/92, S.521ff; Clemens Range, Die sicherheitspolitischen Verhältnisse zwischen den GUS-Republiken, in: Europäische Sicherheit 1/93, S.45ff; Roger Morgan, Germany in the new Europe, in: The Political Quarterly, Towards a Greater Europe?, Oxford 1992; A. Heinemann, M.Petersen, Die unbekannte Großmacht, in: Blätter 5/1992; Oleg Strekal, Die Ukraine und die NATO, in: Europäische Sicherheit, 2/93, S.84ff; Die neue polnische Ostpolitik, die Ukraine und Weißrußland, in: Osteuropa-Archiv, Oktober 1992 sowie diverse Tages- und Wochenzeitungen.

Dumm, dumm, Boris!

Deutsches Kapital und GUS-Entwicklung

"Europa-Strategien" sind für das deutsche Kapital wieder hoch im Kurs. "Westliche Exporteure betonen, daß angesichts der deutlichen Investitionsbeschränkung in der GUS die Realisierung von Großprojekten meist zum Erliegen gekommen ist" (NZZ, 27.1.93), vermelden die Wirtschaftsnachrichten in diesem Jahr. Die Euphorie aus den Jahren 1990/91 ist verflogen. Die nachsowjetischen Wirtschaften in den Staaten der GUS liegen darnieder, ausländische Firmen halten sich mit neuen Investitionsvorhaben zurück. Deutsches Kapital verlegt sich auf kurzfristig zu realisierende, lukrative Einzelgeschäfte und Langfristplanungen.

Ein Memorandum des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom August 1992 nennt an erster Stelle "Projekte im Rohstoff-, Erdöl- und Erdgassektor, vor allem dann, wenn damit Devisen erlöst werden. " Kurzfristig erscheint immer noch die Ausbeutung von Rohstoffen interessant, vor allem wenn sie unter derzeitigen Weltmarktpreisen machbar ist. Schon 1988 schwärmte z.B. der Chefgeologe der "Metallgesellschaft", Weisser, nach einer Inspektionsreise über die Halbinsel Kola von Bodenschätzen "kaum vorstellbarer Größenordnung mit einer riesigen Palette von Einzelrohstoffen." Gut für den "Verkauf an Hartwährungsmärkten" seien vor allem "Seltenmetalle wie Zirkon, Gallium und Titan sowie Phosphatverbindungen für Waschmittel" (Nachr. f.d. Außenhandel, 6.9.88). In Kasachstan hat Präsident Nasarbaev in einer laut BDI "konsequenten Konzessionspolitik" die Ausbeutung des Tengis-Ölfeldes der Firma Chevron zugesprochen. Nach dem Energiesektor ernennt das BDI-Memorandum Landwirtschaft, Verkehrssystem, Kommunikation (vielleicht Siemens) und die Versorgung mit Ersatzteilen zu "Prioritäten" der Förderung von Zusammenarbeit deutscher Unternehmen mit Partnern aus der GUS.

Neben Sorgen, die vielen bundesdeutschen Firmen zur Zeit die Konjunktur bereitet, rufen auch lukrativere Investitions- und Absatzzonen. Hier locken Wirtschafts-"Sonderzonen", wie z.B. im Süden der VR China (dort garantiert allerdings eine straffe politische Führung soziale Ruhe sowie Investitions- und Absatzordnung. Das Modell solcher "Sonderzonen" in der GUS könnten gekaufte Provinzfürsten in interessanten Regionen sein. Zukunftsperspektiven auch für deutsches Kapital? Oder wird der Westen zumindest die russische Entwicklung, "auch wenn er sich das Gegenteil einredet, kaum beeinflussen können" (NZZ, 7.1.93)?

Deutsche Goldgräberstimmung

"Boom, Boom, Boris" klatschte im November 1991 das Hamburger "Manager Magazin" Beifall. Unter der Schlagzeile stand der Grund des Jubels: "Das Rennen um den Sowjetmarkt ist eröffnet, dem russischen Präsidenten Boris Jelzin sei Dank. Ob Kiew, Minsk oder Alma Ata — deutsche Konzerne drängen in die Republiken. Doch wer im schwer kalkulierbaren Ostgeschäft verdienen will, kann alte Strategien vergessen." "Dezentralisierung heißt das Motto der Stunde: Schluß mit der Fixierung auf die Moskauer Zentralen, rein in die Republiken, ran an die Unternehmen. Nur wer jetzt sät, kann womöglich übermorgen ernten, hoffen die westdeutschen Vorstände." Einige deutsche Großunternehmen sind schon zur Stelle: So schnell wie möglich will die Dresdner Bank in den wichtigsten Republiken (Rußland, Kasachstan und Ukraine) Repräsentanzen eröffnen, die später in "operative Einheiten" umgewandelt werden können. Das "Manager Magazin" interpretiert: "Vor Ort wird das Frankfurter Geldhaus dann die anstehende Privatisierung der maroden Industriekombinate begleiten — eine gigantische Aufgabe." Über ihre Tochtergesellschaft "DOWC, Ost-West-Consult GmbH", ist die Dresdner Bank auch schon in Petersburg (Leningrad) vertreten, ebenso wie z. B. die BASF und Siemens. Andere wie Henkel und die Metallgesellschaft AG, suchen den Einstieg durch ansässige Firmen. Das Petersburger Ballungsgebiet stehe, so vermutet ein Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung", als bisheriges Zentrum der Rüstungsindustrie "unter einem besonderen Anpassungsdruck". Andererseits gebe es, wie Vorstandsprecher Wolfgang Röller von der "Dresdner" betonte, "einige Standortvorteile": die "relativ gute Infrastruktur, den Ausbildungsstand und die Aufgeschlossenheit der Menschen. ... Es gibt auch bereits vergleichsweise enge kulturelle Beziehungen; die Hans-Seidel-Stiftung etwa ist dort aktiv, und erst am vergangenen Wochenende war der frühere Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, mit einer großen Künstlerdelegation in der Stadt." (SZ, 23.12.91)

"Wie die Dresdner Bank lotet auch Siemens bereits erfolgversprechende Nischen aus", unterstreicht das "Manager Magazin" im schon zitierten Artikel. Volker Jung von der Zentralstelle Regionen Ausland bei Siemens hofft, den Umsatz auf dem Sowjetmarkt von gegenwärtig 200 Millionen auf eine Milliarde Mark in vier Jahren steigern zu können. "In zwanzig Jahren werden wir 5% unseres Weltumsatzes auf dem Gebiet der alten Sowjetunion einfahren — eine Verzehnfachung des Ist-Zustandes."

Inflation und Devisenmangel seien nur vorübergehend Probleme, meint Uwe Jens Thomsen vom Vorstand der Hoechst AG. Mit 20% der Erdölvorkommen, einem Drittel der Erdgasreserven und der Hälfte der Kohlevorkommen auf der Welt sei die Sowjetunion ein reiches Land. Der Chemiekonzern plant bis zum Jahr Zweitausend seinen Jahresumsatz in den GUS-Republiken auf drei bis vier Milliarden Mark jährlich zu steigern, rund 4% seines Weltumsatzes. Mercedes Benz will in diesem Jahr in der Nähe von Moskau zusammen mit dem russischen Konzern Avtrokon einen

Mercedes-Omnibus in Serie fertigen lassen. Dieter Heuskel, Geschäftsführer der Boston Consulting Group in der BRD, erwartet: *"Große Teile der ehemaligen Sowjetunion werden gegen Ende der 90er Jahre fester Bestandteil des europäischen Wirtschaftsraums sein. Europa-Strategien reichen künftig bis zum Ural."* In vielen strategischen Analysen von Managern, Volkswirten, "Fachleuten" aller Art erscheint noch im Herbst 1991 das GUS-Gebiet als Markt der großen Expansionshoffnungen, obwohl sich seine Wirtschaftslage schon 1990 deutlich verschlechtert hatte und viele Firmen und Interessenverbände die UdSSR für Investitionen großen Stils als ungünstiges Pflaster betrachten.

Hintergrund solcher Goldgräberstimmung war nicht nur der gescheiterte Putsch gegen Gorbatschow im August 1991. Für die "Transformation" der sowjetischen Gesellschaft, das heißt die Unterwerfung ihrer ökonomischen Leitsektoren unter das Kapital der "Industrieländer", wurden die Bedingungen schon in den 80er Jahren günstiger.

Das ökonomische Ende der Ära Gorbatschow

Privatisierung, Deregulierung, Dezentralisierung, neue Klassenbildung und soziale Ungleichheit waren Hauptstoßrichtungen kapitalistischen Drängens, ideologisch als "Marktwirtschaft" und "Wettbewerb" (jeweils frei) verpackt. Nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz der sowjetischen Wirtschaft an sich stand dabei an erster Stelle, sondern die Machtfrage. Klassisch formulierte die Londoner "Financial Times" das Klasseninteresse: "Die Privatisierung der russischen Wirtschaft ist die höchst revolutionäre — oder ziemlich konterrevolutionäre — Politik der russischen Regierung. ... Eine Preisliberalisierung und makroökonomische Stabilisierung könnte theoretisch auch von Reformkommunisten versucht worden sein. Aber eine erfolgreiche Privatisierung heißt das Ende des Bolschewismus. Ihr Ziel ist es nicht, eine neue, stärker wettbewerbsorientierte Wirtschaft zu schaffen, sondern neue Klassen, neue Einstellungen und neue Beziehungen zwischen der Regierung und den Regierten. ... Privatisierung bedeutet die Übertragung des bestehenden gesellschaftlichen Eigentums auf private Eigentümer. Aber, noch grundlegender, fordert das die wirksame Verankerung und den Schutz des Privateigentums in seinen drei Hauptaspekten: das Recht, Eigentum zu (be)nutzen, das Recht, Einkommen zu genießen und das Recht, über es zu verfügen." (1)

Die Gewährung größerer Kredite (2), die Verheißung weiterer und die bei Bedarf geschwungene Peitsche der Kreditverweigerung beflügelten ein "Entgegenkommen" der sowjetischen "Reformer", als deren Idealtyp zunächst Gorbatschow galt. In einer Ansprache vor Militärs in Odessa sagte Gorbatschow im August 1990: "Wir müssen die Privatisierung des Eigentums verwirklichen." Er plädierte dafür, den "Geist des Unternehmertums umfassend zu stimulieren" und die "gleichmacherische Psychologie und das Schmarotzertum" zu überwinden (FR, 20.8.90). Schon zu Beginn der neuen sowjetischen Regierung wurde von interessierter bundesdeutscher Seite empfohlen, "die Industrieproduktion von extensiv auf intensiv umzustellen und ihre Effizienz über Betriebsverselbständigungen und die Einführung von Leistungslöhnen zu steigern. Bei diesem für die 'Sowjetwirtschaft der Zukunft' entscheidenden Vorhaben haben die 'Reformer' nicht nur große Teile der Arbeiterschaft gegen sich, die Eingriffe in das althergebrachte eingefahrene System der Lohngleichmacherei ('urawnilowka') als soziale Ungerechtigkeit und nachgerade als eine Beschneidung der Bürgerrechte empfindet." (3)

Im "Manager Magazin" bemühte gar ein "Kulturhistoriker" von der Wirtschaftshochschule St. Gallen die bekannte russische Seele: "die Erfolgreichen werden den Kriminellen zugewiesen", denn "der russische Mensch hat sich lange vor dem Kommunismus als einer von vielen verstanden" (März, 1992). Der zum Anti-Egalitarismus gespitzte "westliche Individualismus" zeigt sich hier als antidemokratische Ideologie. Für die bald abhängig Beschäftigten der GUS-Staaten bedeutet das zumindest auf unterer Ebene auch eine Entdemokratisierung als Folge kapitalistischer Intervention und "Transformation".

Doch was zu Beginn als Fortschritt eingestuft wurde, genügte schon bald nicht mehr. Vertreter der "westlichen" Wirtschaften trieben die sowjetische Regierung vor sich her wie weiland die Mehrheit der deutschen Großindustrie Reichskanzler Brüning. Als Anfang 1992 der Oberste Sowjet einen Gesetzentwurf über das Eigentum beriet, fehlte noch der Begriff "Privateigentum" und wurde die prinzipielle Unzulässigkeit der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" hervorgehoben. Wie altmodisch. "Immer neue Hürden" für die Privatisierung beklagte die Düsseldorfer "Wirtschaftswoche" (21.9.90). Die FAZ freute zwar die "Einsicht" der "sowjetischen Machthaber", "daß im Land eine Marktwirtschaft mit Privateigentum eingeführt werden muß", tadelte aber "viele Bürokraten und Direktoren staatlicher Betriebe", die versuchten, ihren "bisherigen Machtbereich" zu retten (18.5.91) — wobei der Frankfurter Kapitaltrompete der neue Machtbereich ihrer Klientel selbstverständlich ist. In der "Neuen Zürcher Zeitung" findet es ein Kommentator immerhin "einleuchtend", "daß man einen voreiligen Ausverkauf an ausländische Investoren vermeiden will und die Privatisierung deshalb staatlich beaufsichtigen muß" (10.6.91). Vor allem die volle private Aneignung von Grund und Boden blieb zunächst umstritten. Im November 1990 beschloß das Parlament der Russischen Föderativen Republik ein Eigentumsgesetz, das ausdrücklich Privateigentum, auch an Grund und Boden, zuließ. Das Gesetz der Sowjetunion vom März 1990 hatte "lediglich vom Eigentum der Bürger der Sowjetunion" gesprochen, "ohne die Eigentumsform genau zu bestimmen", wie ein Professor vom Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Salzburg in der FAZ bemäkelte: "Abermals zeigt sich zugleich, daß Gorbatschow ein Präsident der verpaßten Gelegenheiten ist, weil ihm ... Jelzin auch diesmal die Schau gestohlen hat." (30.11.90) Obwohl inzwischen ausländische Investoren Betriebe einschließlich Grund und Boden zu 100% erwerben können, kritisieren bundesdeutsche Firmen bis heute die Barrieren, die in der Praxis deren Erwerb entgegenstehen.

Deutscher/EG-Druck auf Marktöffnung

Im Juni 1989 hatten Gorbatschow und Kohl ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet, der bisher "bedeutendste Vertrag" mit Staatshandelsländern, wie ihn ein Ministerialrat aus dem Bundeswirtschaftsministerium bewertete. Grundlage bilde ein Mustervertrag, an dem sich bereits 60 solcher Abkommen "mit Ländern der Dritten Welt orientierten." Er enthielt einen

Artikel, der ohne Einschränkung den Transfer sämtlicher Erträge (Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- und andere Entgelte, Darlehensrückzahlungen, Liquidations- und Veräußerungserlöse sowie Enteignungsentschädigungen) in konvertierbarer Währung vorsieht. "Mit diesem Zugeständnis der sowjetischen Seite ist klargestellt, daß auch sämtliche auf dem Inlandsmarkt erwirtschafteten Rubel-Gewinne auf Verlangen des Investors in jede frei konvertierbare Währung umgetauscht und transferiert werden können. Unter den Staatshandelsländern hat sich bisher nur Ungarn zu einer ähnlich umfassenden Regelung bereit gefunden." (4) Der Oberste Sowjet ratifizierte den Vertrag im Mai 1991. Schritte, wie ein "weitreichendes Rahmengesetz" für ausländische Investitionen (Dez. 1990) waren für die EG nicht mehr als ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Studie, die von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft auf ihrem Dubliner Gipfeltreffen Ende Juni 1990 bestellt worden war, forderte Anfang 1991: "Stabilisierung, Liberalisierung und Kompetenzverlagerung nach unten." Eine weitere Dezentralisierung bedeute die Übertragung wirtschaftspolitischer Befugnisse auf die Einzelrepubliken, ohne dem Zentralstaat sämtliche Kompetenzen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu nehmen." (FAZ, 11.1.91)

Das in Joint-Ventures eingebrachte Kapital stieg von 159 Millionen Rubel in 23 Projekten Ende 1987 auf rund 4 Milliarden in etwa 1.800 Projekten Ende Juni 1990 (5) Ende Dezember 1992 waren in der gesamten GUS 6.000 Joint-Ventures registriert (NZZ, 16.2.93).

Eine wuchernde Zahl von amtlichen, halbamtlichen und privaten Organisationen versucht sich an der ökonomischen Durchdringung und politisch-ideologischen Ausrichtung der Ex-Sowjetunion. Zur Anschauung hier ein Beispiel: Im April 1991 wird in München das "Deutsch-Sowjetische Forum" gegründet. Die Initiative ging von einem seit 18 Jahren in der SU "tätigen" deutschen Unternehmer aus, der auch Präsident des "DSFM" wird. Vizepräsidenten sind der ehemalige bayerische Staatsminister Alfred Dick, der Münchner Messe GmbH-Chef. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Universitätsprofessoren, der Präsident des Deutschen Patentamtes, der Geschäftsführer des Bayerischen Zentrums für Ost-West-Managementtraining, der stellvertretende Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung und sogar der Landrat des Kreises Starnberg — ein nicht untypisches Segment aus dem Klüngel der Herrschenden. "Die Themen der Arbeitsgruppen reichen von der Bildenden Kunst über Wirtschaft, Medizin und Agrarwirtschaft bis zur Theologie." "Vor allem will das "DSFM" Ausbildung in sowjetischen Betrieben steuern." Vorgesehen ist, "Mitarbeiter direkt in den Betrieben zu trainieren... Zu den Vorstellungen gehört auch die Bildung von Arbeitskreisen in den Betrieben mit Mitarbeitern, die eine positive Einstellung zum Unternehmen besitzen. ... Wer mehr im Betrieb leiste, sollte auch einen besseren Lohn bekommen zum Beispiel in Waren. ... Weitere Überlegungen zielen auf projektbezogene Hilfen mit ständiger Kontrolle, auf die Übernahme von Partnerschaften einzelner, von Gruppen, Instituten oder Firmen und auf Jugend- Studenten- und Nachwuchsaustausch ab. Auch mit den etwa drei Millionen Volksdeutschen, die in Kasachstan leben, soll Verbindung aufgenommen werden." (SZ, 27.8.91)

Vor dem — durch westliche "Beratung" mitverursachten — großen Absturz seit 1989/90 war die ökonomische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion größer als ihr Image in den hiesigen Massenmedien. Nach Schätzungen der CIA erreichte das Bruttosozialprodukt der SU 1989 rund 51%, das Pro-Kopf-Einkommen 44% und der Pro-Kopf-Konsum 31% des US-Niveaus. Ein Experte der Duke-University wollte die Zahlen sogar nach oben korrigieren, weil der CIA-Jahresbericht die Schattenwirtschaft der SU unterschätze (NZZ, 18.5.91).

Der Absturz der GUS-Ökonomien

Die weitere Entwicklung warf jedoch Rauhreif auf die Blütenträume des deutschen Kapitals. Seit 1991 beschleunigte sich die Talfahrt der Industrieproduktion drastisch. "Das Jahr 1992 bedeutet für die GUS wirtschaftlich eine Katastrophe" heißt es in der ausführlichen Analyse der "Neuen Zürcher Zeitung" (6). Nach den Schätzungen eines GUS-Experten im "Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche" sank allein in der Russischen Föderation das Bruttoinlandprodukt um etwa 18% (die Industrieproduktion sogar um 20%, die Landwirtschaft produzierte 15% weniger als zu Beginn des Jahres). Hinzu kommt eine starke Schrumpfung des Außenhandels (7). Die Kaufkraft der breiten Bevölkerung fiel deutlich. Die Reallöhne sanken um 15-20%, die Bruttoinvestitionen reduzierten sich um 50%. Die Schätzungen der Inflationsrate für Einzelhandelspreise (Konsumentenpreise) schwanken zwischen 700 und 2.500%.

Obwohl z. B. die Russische Föderation bis zum Juni 1992 Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank geworden war und damit Zugang zu weiteren Krediten hatte, stieg die Auslandsverschuldung von 21 Milliarden Dollar der Sowjetunion im Jahre 1985 über 45 Milliarden Ende 1990 auf allein 73 Milliarden für Rußland Anfang 1993 (8). Die Devisenreserven sind so gut wie aufgebraucht. Bei Rohstoffen und Energie droht ein Ausverkauf in devisenstarke Länder. Die GUS-Mitglieder verlangen deshalb für wichtige Güter wie Rohmaterialien, Holz, Erdgas, Erdöl und Buntmetalle Exportlizenzen. Das Haushaltsdefizit erreicht mit 1,9 Billionen Rubeln über 12% des Bruttosozialproduktes, die Steuereinnahmen gingen um 43% zurück, die Ausgaben stiegen dagegen um 38%.

Relativ gering erscheint zur Zeit noch die Arbeitslosigkeit, auch wenn die amtlichen Angaben von 1-2% wohl untertrieben sind und Kurzarbeit und "bezahlte Absenz" hier unerwähnt bleiben. Offiziell suchen zur Zeit von rund 70 Millionen in der Produktion Beschäftigten 500.000 Arbeit. Die verdeckte Arbeitslosigkeit wird auf 2 Millionen geschätzt. Für dieses Jahr rechnet der russische Arbeitsminister Gennadi Melikjan mit 5 bis 6 Millionen Arbeitslosen. Der eigentliche Dammbruch steht also noch bevor — wenn das Drängen westlicher und östlicher "Reformer" auf eine weitere schnelle Privatisierung verbunden mit der Streichung der "Subventionen für marode Staatsbetriebe" Erfolg hat — und der Regierung keine Alternativen einfallen, aber die sind unter den gegenwärtigen Abhängigkeiten nicht in Sicht. "Einen abrupten Richtungswechsel wird zudem der anhaltende Trend zur Dezentralisierung — der in den meisten Fällen auf eine Chaotisierung hinausläuft — verhindern: die Regierung hat schon beträchtliche Teile der Budgethoheit an regionale und lokale Behörden abgetreten — wird von diesen allerdings regelmäßig um mehr Geld angegangen und verschließt sich den Rufen aus

der Provinz im allgemeinen nicht." (NZZ, 7.1.93) Es frage sich, wie lange die bisherige Politik der Vermeidung von Betriebsschließungen noch durchgehalten werden könnte, resümiert das "Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien" in Köln.

Die Lage in Kasachstan entspricht etwa der Rußlands, der Ukraine geht es zur Zeit noch schlechter. Nur Weißrußland schneidet besser ab.

"Aufstände, Meutereien, Plünderungen"

Seit dem Niedergang der Sowjetunion hat sich die Kluft zwischen neuem Reichtum und neuer Armut rasch vergrößert, nach dem Motto: Viel Elend — wenig Luxus. "Die alles umfassende Korruption in Wirtschaft und Verwaltung hat eine verhältnismäßig kleine Schicht von Profiteuren hervorgebracht, die ihren Reichtum ohne Hemmungen zur Schau stellt." (NZZ, 10.1.93) Über 80% der russischen Bevölkerung sollen schon unter der Armutsgrenze leben. "Die Gesellschaft vollzieht im Zug der von der Jelzin-Regierung vorangetriebenen wirtschaftlichen Roßkur den Abstieg zur Dritten Welt. Das Straßenbild in der russischen Hauptstadt gleicht wie noch nie dem eines Entwicklungslandes." (FAZ, 23.3.92)

Rohstoffe (Erdöl, Metalle, Uran), Lebensmittel, Waffen und Munition werden von Einheimischen und Ausländern gegen harte Devisen außer Landes geschafft. 1992 sollen es für 20 Milliarden Rubel gewesen sein (NZZ, 2.2.93). Die Kapitalflucht ist enorm. Großbetriebe schieben ihre Valuta-Gewinne auf ausländische Konten. Obwohl die Erdölproduktion der russischen Föderation 1992 um 14% sank, stieg ihr Rohölexport um 17% (NZZ, 20.1. und 6.2.93). Die Nachrichten über den "Erfolg" des russischen "Privatisierungsprogrammes" sind zur Zeit widersprüchlich. Es verlaufe "erfolgreicher als erwartet", meldete die Moskauer Nachrichtenagentur Itar-Tass Anfang Januar. Von den 5.000 zum Verkauf bestimmten Staatsbetrieben seien 600 bereits veräußert. Die Privatisierung kleiner Handelsunternehmen und Dienstleistungsfirmen rolle. Rund 40.000 Geschäfte seien bereits in Privathand (FR, 4.1.; NZZ, 5.1.93). Ein eigener Bericht der "Neuen Zürcher" beklagt dagegen die großen regionalen Unterschiede im Ausmaß der Privatisierung und spricht von "großen Problemen "(30.12.92)". Sicher, Itar-Tass wartet auf neue Kredite, die westlichen Transformatoren auf neue Gewinne. Rund 18 Milliarden Dollar an Krediten soll Rußland 1992 nach US-Angaben erhalten haben (FR, 4.1.93).

Selbst ins Knie geschossen haben sich die Dezentralisierungsfreaks. Die Machtposition der russischen Teilrepubliken und Autonomen Gebiete ist stark gestiegen. "Das hat mit Föderalismus und Demokratie weniger zu tun, als es auf den ersten Blick erscheinen mag", klagt der Korrespondent von der "Neuen Zürcher": "Die Gebietschefs sind fast alles alte Kommunisten, und was sie antreibt, ist der Wunsch, ... über die Schätze ihrer Region selber zu verfügen." (NZZ, 11.2.93)

Als Flop erwies sich bisher auch die immer wieder von westlichen Kreditgebern eingeklagte Preisfreigabe: Ein Inflationsmotor ohne Stimulierung der Produktion. Dieser Boris Jelzin "und der Ex-Prawda-Redakteur Jegor Gajdar, der inzwischen als 'Wirtschafts- und Finanzminister' firmiert", wie Josef Joffe in der "Süddeutschen" in einem seiner relativ seltenen lichten Momente sarkastisch anmerkt. "Irgend jemand muß den beiden das Zauberwort 'Preise freigeben' eingeflüstert haben — und schon werde sich das Füllhorn des kapitalistischen Überflusses über das Land ergießen." (SZ, 8.1.92) Was aber dieselbe Zeitung am nächsten Tag nicht davon abhalten kann, zu schreiben: "Der "Reformschritt von Boris Jelzin" sei "hart, aber notwendig" (SZ, 9.1.92) und so ein bestimmtes Wirtschaftscredo anzustimmen. Auch das Hamburger HWWA monierte, die Freigabe sei zu früh gekommen, nun drohe die Gefahr der Hyperinflation. Wenn das Experiment Jelzins scheitere, müßten "jeden Tag ausgedehnte Aufstände, Meutereien und Plünderungen befürchtet werden." (9) Seit der neue russische Ministerpräsident Tschernomyrdin am 31.12.1992 für eine Reihe von Gütern und Grundnahrungsmitteln wieder staatlich festgelegte Preise einführte, droht Kreditdrosselung, denn für die "internationalen Kreditinstitutionen" gehört "die Preisfreigabe zu den Grundbedingungen für die Vergabe neuer Gelde." (NZZ 7.1.93) Scharfe Kritik an der Geldpolitik Moskaus übte IWF-Direktor Michel Camdessus, erklärte, Rußland könne nur nach einem finanz- und geldpolitischen Kurswechsel mit neuen Geldern aus dem Westen rechnen." (NZZ, 19.1.93).

Vorerst noch hat die Politik den Vorrang vor dem Kapital, um Ordnung in Rußland und den GUS-Republiken zu schaffen. "Marktöffnung" nennt sich diese Strategie, Verelendung ist ihre Folge.

Klaus Wernecke

Anmerkungen:

1) "... protection of private property in its three main aspects — the right to use property, the right to enjoy the income and the right to dispose of it." Verfügungsgewalt heißt hier vor allem freier Verkauf. Financial Times, 13.5.92: The difference between economic reform and revolution.

2) So organisierte z. B. die Deutsche Bank als Führerin eines westdeutschen Bankenkonsortiums im September 1988 einen Drei-Milliarden-Kredit für die SU.

3) "Die Wirtschaft des Ostblocks", Bonn, Nr. 20, 24.5.85

4) Ein — nicht so weitgehender — Vertrag mit der VR China war 1983 abgeschlossen worden, siehe: Nachrichten für Außenhandel, Nr.113, 15.6.89: Investitionsschutzabkommen mit Sowjetunion, von Reinhard Zimmer.

5) Wobei wegen der zunehmenden Depression die Kurve schon 1990 deutlich abflachte. Nach: HWWA Hamburg/Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel (Hrsg.): Die mittel- und osteuropäischen Länder als Unternehmensstandort. Länderstudie Sowjetunion. Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft. MS Hamburg/Kiel, Juni 1991, S. 312

6) Angaben im Folgenden nach NZZ, 27.1.93, S.12: Ein schwarzes Jahr für die Wirtschaft der GUS und 7.1.93, S.10: Schatten über der russischen Wirtschaft.

7) Schon 1991 sank der Export der Alt-BRD in die SU um 17%, der aus den neuen Bundesländern um 50% unter die Zahl von 1990. In der ersten Jahreshälfte 1992 reduzierten sich die gesamtdeutschen Ausfuhren um weitere 34%.

8) NZZ, 18.5.91 und 19.1.93, S.13 — Die Schätzungen schwanken allerdings stark.

9) "Die Welt", 20.1.92, s.a. NZZ, 18.1.92: Die GUS vor der wirtschaftlichen Desintegration: "der größte Fehler" Jelzins "war seine Überzeugung, die rasche Preisliberalisierung vermöge die wirtschaftliche Lage schlagartig zu verbessern."

EG — Deutscher Königsweg

Ostexpansion und europäische Orientierung

Es ist nicht zu übersehen: Deutschland müht sich, nicht nur in der Ex-DDR, sondern auch im Ex-Ostblock neue Potenzen für sich aufzubauen — auf der Ebene des Kapitalexports (allerdings ohne rechten Schwung) wie auf der Ebene des Ausbildens von Staatsfunktionären und des Abfassens ganzer Rechtssysteme. Ob derartige Aktivitäten ein Konkurrenzprojekt zur EG, gar eine Abkehr von deutschen Plänen für eine Supermacht Europa darstellen, ist die Frage, die im folgenden zu beantworten versucht werden soll. Dazu ist ein genauerer Blick auf das Projekt Europa, und seine inneren Widersprüche vonnöten:

Sturz des Weltherrschers

Im Vorfeld des Treffens von Edinburgh meinte Spiegel-Herausgeber Augstein, das Projekt Maastricht sei "klinisch tot", und fuhr fort: "Es mag sogar sein, daß die Deutschen, gegen die das Wunderwerk in unziemlicher Windeseile errichtet werden sollte, am meisten von dem Wirrwarr profitieren werden. Möglich ist das, aber wahrscheinlich ist das Gegenteil." (1) "Europa bleibt ein Torso", vermeldete dasselbe Zentralorgan der Nation ein paar Wochen später (2). Nun, Negativ-Prophetien dieser Art begleiten das Projekt Europa seit dessen Geburt, und trotzdem hat es sich als recht zählebig erwiesen. Worauf gründet aber der Zusammenhalt Europas?

Staatenbündnisse hat es viele in der Geschichte gegeben — auch Kriegsallianzen zur Ausschaltung eines Widersachers. Auf die Idee, sich selbst als Teil eines größeren, mächtigeren Staates aufzuheben und wiedererstehen zu lassen, sind Verfechter von Allianzen deswegen noch lange nicht gekommen. Was treibt die Nationalisten moderner Tage vom Schlage eines Kohls zu solchen Vorhaben? Es war und ist die ziemlich hoffnungslose Konkurrenzsituation im Verhältnis zu Amerika, die die Steuermänner des jeweiligen Nationalstaats so tolerant ihren Erbfeinden gegenüber werden läßt. Das läßt sich am Wahlkampfbild der französischen Europaverfechter drastisch darstellen, in welchem ein gewaltiger Ami neben einen arg kleinen Franzosen gestellt und so den Wählern mitgeteilt wurde, daß die Nation keine Wahl hat.

Litten die Europäer früher unter der 'Dollarflut', die die harten Euro-Währungen sehr bedrängte und als Leitwährung die Früchte der nationalen Ausbeutungserfolge der US-Weltmacht zukommen ließ, so kann noch heute die steil aufgestiegene BRD mit ihrer harten DM kein solches Geschäftsvolumen auf ihrem Territorium verbuchen wie die ins Gerede gekommene Ökonomie der USA... Die Macht der USA, inkarniert in der Macht des Dollars, läßt die Nationalisten Europas grübeln und in ungewohnt undogmatischer Weise die Wiedergeburt ihres Nationalinteresses ein Stockwerk höher in einer Supernation anstreben. Vor der Auseinandersetzung mit dem Wie ist allerdings noch eine Bestimmung des Verhältnisses von nationalem und internationalem Kapital hilfreich.

Nationales und internationales Kapital

Nationales Kapital ist schon lange nicht mehr das, was einen deutschen Namen, in der Mehrheit deutsche Aktionäre usw. hat. Der Grund ist denkbar einfach: Mehrwertmaximierung kennt keine Nation, der Götze, den die Funktionäre des Kapitals anbeten, heißt Wert. Während die Kapitalisten die Welt gemäß Geschäftsgelegenheiten bevölkern, kennt nur der Nationalstaat nationale Bilanzen. Ihm kommt's drauf an, daß die Geschäfte auf seinem Territorium getätigt werden und seit der Zeit des Kapitalexports ist er der Gastfreund in Person geworden (was diesen Personenkreis betrifft). Er empfiehlt sich als Standort, weil jedes Geschäft bei ihm sein Geld benutzt und seinem Wertversprechen auf den Notenscheinen Wahrheit verschafft, weil jeder Export von seinem Gebiet aus seine Währung im Verhältnis zu anderen stärkt. Als fungierendes Kapital ist zum Beispiel dem deutschen Staat ein US-Autokonzern genauso lieb wie VW. Deswegen stellt sich ein Staat aber nicht einseitig auf den Standpunkt des Warenexports und Kapitalimports. Warenimport zeigt schließlich an, daß diese Waren im Ausland billiger zu haben sind als im Inland. Und das wiederum ist ein Hebel der nationalen Kapitalakkumulation, nicht zuletzt des Exports. Kritisch wird's erst, wenn die Warenimportbilanz die Warenexportbilanz gewaltig übersteigt. Das zeigt mangelnde nationale Konkurrenzfähigkeit an und da hört der Spaß auf. Auch Kapitalexport wird nicht als Abzug von den eigenen Potenzen begutachtet. Umgekehrt: das Kapital (z.B. VW in Spanien) hat schon ordentliche Gewinne gemacht, und kann deshalb nach außen gehen. Zweitens zieht es meist diverse Zulieferungen nach sich, die die heimische Exportbilanz verbessern. Drittens reinvestiert es vielleicht seine Gewinne wieder im Ausgangsland; gerade dafür hat der Staat dann wieder viel zu leisten, indem er sich als attraktiven Standort herrichtet. Viertens endlich trägt die Kapitalverwertung auswärts zur Sicherung des inländischen Unternehmens bei, da der Konzern insgesamt eine frei verfügbare Mehrwertmasse hat. Erst wenn das Kapital *nur noch* anderswo gute Geschäftsgelegenheiten entdeckt, wird es festgehalten und der Kapitalflucht bezichtigt. Die Bestimmung von nationalem Kapital ist also eine, die vom Standpunkt des Staats erfolgt und nichts mit der Staatsbürgerdefinition zu tun hat. Der Staat, dem es gelingt, dem Geschmack der Profitmacher am besten entgegenzukommen, ist der erfolgreichste. Der hat dann auch am meisten nationale Power zur Verfügung. Dafür kommt es auf das Steigen aller Bilanzen an: Der Warenex- und -import- und der Kapitalex- und -importbilanz. Das macht die Währung begehrt und steigert die Verschuldungsspielräume. Und das macht den Europagedanken für Nationalisten so attraktiv.

Der europäische Binnenmarkt

ist das Resultat eines 35jährigen Feilschens um Zölle, Außenhandelsbestimmungen, Normen und Kontingentierungen. Der Maßstab kapitalistischer Produktivität — von den USA gnadenlos aufgestellt — hat die Europäer schon länger die Zölle, die ihre eigene Industrie schützten, aber gleichzeitig die laufende Ausdehnung der Produktion über das Erschließen auswärtiger Märkte behinderten, kritisch beäugen und permanent abbauen lassen. Gleichwohl sorgte das Interesse derjenigen, die über eine eigene konkurrenzfähige Industrie

verfügten, dafür, daß dieser Prozeß an nationalen Erwägungen permanent relativiert wurde. Die fortgeschrittene Abhängigkeit von den Produktiveren in der EG und der US- bzw. japanische Stachel entziehen den Zögerlichen in der EG den Boden unter den Füßen. Das politische Projekt, eine europaweite Privatwelt des Kapitalumschlags herzustellen, ist eine radikale Selbstkritik der Staaten, die ihre Regelungen als Hindernisse der Geschäftswelt, der sie dienen möchten, definieren und folgende Punkte umfaßt:

— Die bisherigen nationalen Schutzvorschriften (Verbraucherschutz usw.) sollen in Zukunft in allen Ländern gelten. Die Anwendung dieser Regelung hat zur Folge, daß ohne die totale Vereinheitlichung von Bestimmungen die erfolgreichsten Geschäftemacher europaweit ins Recht gesetzt werden. Die Konkurrenz soll das Urteil sprechen, welche Regelung die beste ist.

— Noch lange vor der Einführung des ECU werden die staatliche Kreditvergabe und die daraus notwendig folgenden Kreditschiebereien — die sich ja immer nur bei Erfolglosigkeit als Schwindel entlarven — einer gemeinsamen Kontrolle unterstellt, die alle früheren Bestimmungen unterbindet, die es auf die exquisite Bedienung des Finanzbedarfs der nationalen Industrie abgesehen hatten. Der gleiche Grundsatz wie oben — daß die nationalen Vorschriften für alle gelten — verhindert die Exklusivität der Beanspruchung des Kredits für eine Nation.

— Die Subventionierung heimischer Industrien soll beendet werden; über die vom gesamteuropäischen Standpunkt weitergehende Subventionspolitik entscheiden Mehrheiten in den entsprechenden Gremien der EG. Der Standpunkt der nationalen Unabhängigkeit, der sich besonders auf den Energie-, Stahl-, Agrar- und Rüstungssektor bezieht, wird verboten, weil er auf Gemeinschaftsebene neu konstituiert wird. Bei bedenklichen "Ungleichgewichten" in der Zahlungsbilanz übernehmen EG-Organe sogar die Kontrolle über die nationale Wirtschaftspolitik.

— Eine Vereinheitlichung der Steuerpolitik soll Exporte, die nur deswegen stattfinden, weil im Herkunftsland die Umsatzsteuer geringer ist, minimieren — echte Chancengleichheit fürs Kapital! 1998 schließlich soll vom Exporteur — wie von jedem Verkäufer — die Umsatzsteuer kassiert werden, die dieser mit dem Importeur als Abnehmer abrechnet. Der Importeur ist dann nicht mehr seiner Steuerbehörde — wie bisher — steuerpflichtig, sondern der des Exporteurs. Exportländer wie die BRD, kassieren dann für jeden Export Steuern und verteilen den Reichtum noch ein Stückchen um. Die Parole lautet also: Abschaffung der Zölle und Diskriminierungen, um sie neu aufzubauen, als EG gegen die USA und Japan.

Währungsunion

heißt dann konsequent der Stoff, aus dem die Träume sind. Jeder Erfolg in Sachen Zusammenschweißen dieses Kolosses verweist auf das Endziel: die Bestreitung des Weltmachtdaseins, das den USA aus der überlegenen Beanspruchung ihres Geldes (manifestiert in der Waffenüberlegenheit) erwächst. Das je nationale Geld mißt die Wertproduktion in einem Land. Da es der definitive Wertausdruck ist, zu dem jede Ware hinstrebt, ist es der Zweck kapitalistischer Produktion. Der Erfolg jeden Geschäfts drückt sich in ihm aus und der Kapitalbesitzer gibt es nur aus der Hand, um es zu vermehren: es ist Anweisung auf den ganzen Reichtum im Kapitalismus und Macht über die Personen, die von ihm abhängig sind — Recht auf ihre ökonomische Ausbeutung.

In dem Maß, wie in einem Land Geschäfte laufen, kann der ideelle Gesamtkapitalist Staat dieses Geld zur Unterstützung der Akkumulation und zur Beschaffung seines Waffenarsenals verwenden, mit welchem er seinen Rechtsanspruch auf Benutzung auswärtiger Ökonomien, den er aus bereits gelaufenen Geschäften im Ausland mittels der Staatsgewalt ableitet, durchsetzt: in dem Ausmaß kann sich der Staat auch verschulden. Im Unterschied zu den Geschäftsleuten muß er für vergeigten Kredit nicht geradestehen, da er selber den kapitalistischen Geschäftsgang kontrolliert: sein Geld wird einfach weniger wert und seine Bürger, die davon leben müssen, haben's auszubaden. Denen teilt er die Inflationsrate mit, und diese bräuchte ihn gar nicht groß zu kümmern, wäre da nicht das Verhältnis seines Geldes zu den auswärtigen Geldern. Der internationale Vergleich der Inflationsraten zeigt der interessierten Geschäftswelt an, welcher Staat Kredit in Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft zieht, ohne daß die Erfolge der nationalen Unternehmenswelt das rechtfertigen würden. Ein gewisses Paradoxon staatlichen Wirkens offenbart so sein Wesen: alles kommt auf die Fähigkeit, Staatskredit zu ziehen, an, aber die Vergrößerung der Staatsschuld be- oder verhindert sogar das Geschäft, um dessen Förderung es letztendlich geht. Je mehr ein Staat es wegen der Durchsetzung in der internationalen Konkurrenz nötig hat, Kredit zu ziehen, desto weniger kann er es, da ihm die Geschäftswelt das Versprechen auf die zukünftige Akkumulation, die die neu gedruckten Schuldzettel darstellen, nicht abnimmt.

Noch lange vor Vollzug der Währungsunion haben sich die EG-Staaten deswegen auf so was wie eine wechselseitige Garantie ihrer Währungen eingelassen: im EWS haben sich die beteiligten Staaten darauf verständigt, die Schwächung der konkurrierenden Nationalwährung durch einseitig eingefahrene Konkurrenzerfolge nicht rücksichtslos zuzulassen, sondern die andere Währung, wenn sie die 2,25% Schwankungsbreite zu verlassen droht, zu stützen. Die durch die Erfolge der wirtschaftlich Starken ins Hintertreffen geratenen Länder sollen weiter unterstützt werden, weil man ihre noch verbliebenen Potenzen gegen den Superimperialisten in Anschlag bringen will.

Die wechselseitige Garantie dieser Währungen hat verfangen; die Geschäftswelt hat zunehmend mehr Kredite in ECU ausgestellt, die Sicherheit vor unvorhersehbaren "Währungsturbulenzen" ausnutzend (3). So konnten sich alle EG-Länder mehr verschulden, als jedes für sich genommen es je gekonnt hätte. Die Verschuldung, welche allerhand wertfördernde Potenzen mit sich bringt, konnte so einerseits schon ordentlich gesteigert werden, verweist aber andererseits wegen der diesbezüglichen Fähigkeit der USA auf ein gemeinsames EG-Geld, mit welchem der Dollar versenkt werden soll. Die Erfolge auf dem Weg dahin, kombiniert mit dem unbedingten Siegeswillen, lassen eine Selbstkritik aufkommen, die es in sich hat: die schwächeren EG-Mitglieder sind eine Belastung für das Vorhaben, wenn sie nicht die ehrgeizigen Pläne der führenden Nationen in Sachen Geldwertstabilität und Rückführung der Verschuldung erfüllen. Und überflüssiger Ballast gehört abgeworfen, zumindest wenn...

Widersprüche der Währungsunion

Der Grundwiderspruch der EG hat die Beteiligten bisher nicht allzu sehr gejuckt, da sie so einigermaßen vorangekommen sind: um ihre je nationale Wirtschaft und damit auch den Staat zu stärken, mußte der Staat eine ganze Latte von Hoheitsbefugnissen abgeben, seine Wirtschaft der inner-

:uropäischen Konkurrenz aussetzen und ıuf eine gänzlich souveräne Verwendung seines Kreditgeldes verzichten.

Jetzt dreht sich die Sache um: der bisherige Zweck, ökonomischer und nationaler Zugewinn, soll aufgegeben werden zugunsten einer potenzierten Ökonomie in einem Überstaat. Die Starken in der EG treten für eine Gemeinschaftswährung ein, die Schwachen werden auf die Bedeutung zusammengestutzt, die die paar erfolgreichen Geschäfte auf ihren Landstrichen darstelen. Für beide Abteilungen wirft das grundsätzliche Fragen auf. Für die Macher der EG das knifflige Problem, ob der Zusammenschluß nicht die Güte ihres Geldes lurcheinanderbringt: sie stellen das feinsinnige Ultimatum, daß die anderen die besten Wirtschaftsdaten der führenden Naionen zu erreichen hätten — die Deutschand aktuell nicht erreicht —, damit sie nitmachen können. Die anderen, die solche Ansprüche an sich durchzuziehen haben, müssen feststellen, daß — wie im Fall talien — wesentliche Teile ihrer Industrie zugemacht werden müssen, weil sie auf Staatskredit beruhen, der jetzt auf ein euopaverträgliches Maß zurückgeführt werden soll. Durchstreichen der nationalen Poenzen, damit die Nation in die Supernation ufgehen kann — was bleibt dann noch vom alten staatlichen Materialismus, fragt ich da so mancher berufsmäßig mit dem Schicksal der Nation Betraute.

Das Programm der Reduzierung von Staatsschulden (bei etlichen EG-Staaten), amit sich der Gesamteuropastaat noch gevaltiger verschulden und diese so gewonenen Mittel effektiver einsetzen kann, hat och einen weiteren Haken. Sind sie doch erade voneinander abhängig und wenn der taat in Italien, England, Spanien usw. weiger Geschäft bezahlen darf, weil er abpecken muß (d.h. seine Bürger), können ie betroffenen Betriebe weniger im Ausınd abnehmen, der Staat weniger Knete in ie EG-Kassen einzahlen usw. So etwas önnte glatt zu einer kleinen Krise führen, venn die große nicht schon da wäre. Unter en Bedingungen der Krise können auch ie Pläne der hauptsächlichen Nutznießer es EG-Werks in Mitleidenschaft gezogen verden. Ob die EG dann tatsächlich der roße Coup der Hyper-DM und des Hyperranc wird, haben die Jungs noch auszuechten, nicht zuletzt gegen die Herren Le en, Schönhuber und wie die Alternativreunde der Nation alle so heißen.

Die EWS-Krise im Herbst ist nicht auf ie Gemeinheiten von Spekulanten und eren Profitsucht zurückzuführen, weil ieselbe Geldhändler immer umtreibt, sie sich an wirtschaftlichen Erfolgsdaten orientieren und diese so währungsmäßig vollziehen. Genausowenig ist die deutsche Bundesbank schuld, weil deren hohe Geldmarktzinsen nicht nur ausländische Kapitale schädigen, sondern genauso inländische — also schon vorher in Sachen Konkurrenzresultate für Italien und England schon was schiefgelaufen sein mußte. Was diesen Erscheinungen zugrunde liegt, ist der Umstand, daß die Kapitale dieser Nationen den Mehrwert ihrer Waren in einem wesentlich ungünstigeren Verhältnis realisieren konnten, als der BRD das gelang. Das ausgewachsene Staatsdefizit ging der Geldentwertung voran, dieses zeigte selber nur an, daß die Gewinne der Unternehmen vom Staat wesentlich bezahlt wurden. Diese "Gewinne" werden nun durch die Geldentwertung für nichtig erklärt, da die Konzerne im Ausland 20% weniger für ihr Kapital bekommen.

Vom Gleichschritt der EG-Ökonomien für die wechselseitige Benutzung als Mittel nach außen ausgehend, sind die annähernd 100 Mrd. DM, mit denen die Bundesbank die unter Druck geratenen anderen europäischen Währungen stützte, für die BRD kein reiner Spaß. Die "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" (4) teilt mit, daß die Märker "nun mühsam am deutschen Markt wieder eingefangen werden müssen". Damit ist wohl gemeint, daß die Anweisungen auf deut-schen Kapitalreichtum, die die DM darstellen, auch durch tatsächlich produziertes Kapital bedient werden müssen, wenn sie sich nicht einfach nur als Erhöhung der Inflationsrate aufblasen sollen. Ein Interessanter neuer Beruf für den Unternehmer: Markeinfänger.

Fallbeispiel: Italien/England

Die EWS-Garantie für die Lira ist zu Ende; den Devisenreserven Italiens von 38 Mrd. DM stehen 32 Mrd. DM kurzfristige Auslandsverbindlichkeiten entgegen; internationale Banken haben Geldeinlagen in schlechtere Risikoklassen zurückgestuft; Staatspapiere lassen sich nicht mehr im vom Staat für notwendig erachteten Ausmaß absetzen; die größten Industriekonzerne, sämtlich in Staatshand oder staatsgestützt, sollen verscheuert, stillgelegt oder die Kernbereiche dem Finanzministerium unterstellt werden. Verkaufen funktioniert meistens nicht, weil dem Verkaufswillen die Not anzusehen ist, also die Ausgangslage gerade nicht die gute Geschäftslage ist. Der italienische Weg des Kapitalismus — nachholende Entwicklung über Anspannung des Staatskredits — ist bankrott (5). Die Ursache dafür ist, daß die EG, unter deren Schutzschild Italien seine Staatsverschuldung hat anwachsen lassen können, nun andere Verschuldungskriterien anlegt — die eines harten EG-Geldes. Das "reale Wachstum" von 2,9% 1990, 2,7% und 3% 1992 spiegelt wenig Fundamentales wider. So stieg das Handelsbilanzdefizit von 2.1 Mrd. Dollar 1986 auf 16,24 Mrd. Dollar 1990, die Auslandsschulden von 82,7 Mrd. Dollar 1986 auf 222,5 Mrd. Dollar 1990. Während das Verhältnis der Staatsverschuldung der BRD 1992 40% beträgt (und das ist auch nicht wenig), sind es in Italien 1992 103,1%, nach 98,4% 1990. Der Schuldendienst verschlang 1990 9,6% des BSP, 1992 noch 9,25%. Die Gesamtverschuldung stieg von 1.718 Mrd. DM 1990 auf 2.029 Mrd. DM 1992 (zum Vergleich: 1.273 Mrd. DM waren es 1992 bei der BRD — hier der Auftrag für die Notwendigkeit, die Sozialhilfe zu kürzen). Das Staatshaushaltsdefizit Italiens betrug 10,7% des BSP von 1991, oder 175 Mrd. DM (6). Freilich kann man die Aussagekraft von Zahlen wie den eben angeführten bezweifeln. Lange machten ja auch schlechte Daten für England und Italien nicht allzuviel aus. Jetzt haben ihnen allerdings die potenten Partner die Rechnung aufgemacht, daß sie die geplante EG-Währung belasten, anstatt sie zu befördern. Der aufmerksame Geldbesitzer (von enttäuschten Gemütern dann auch Spekulant gescholten) hat dann die Aufforderung der Konkurrenzsieger, England und Italien haben sich zu sanieren , vollzogen, indem er einfach aus deren Geldern rausgegangen ist.

Die deutsche Haltung: Augen zu und durch

Die Rezession ist auch hierzulande längst Thema. Daß durch sie die Ökonomie als wichtigste Machtquelle des Staates beschädigt wird, daß der BRD-Staat dadurch von seinen ehrgeizigen Ambitionen, Ostanbau und Europaangliederung, Abstand nehmen wollte, weil er müßte, davon hat man aber noch nichts gehört. Daß die Krise — neben dem, daß sie den Kapitalismus sowieso begleitet — durch das Schuldenrückführungsprogramm, das er den anderen europäischen Staaten aufherrscht, verschärft wird, wird schlicht nicht anerkannt.

Seit der DDR-Einverleibung gilt der Anspruch größeren Einflusses auf die Weltpolitik und Leadership-Teilhabe als auch von den konkurrierenden Imperialisten bestätigt. Dahinter steht die in Europa unan-

tastbare Führungsrolle der BRD Ökonomie und der Tatbestand, daß die BRD dieselbe dafür genutzt hat, Gläubiger von ganz Europa zu werden. Laufende Exportüberschüsse der BRD bedeuten ja, daß die Gelder der anderen sich bei der Bundesbank stapeln, deren Staat diese Anweisungen auf europäischen Reichtum als innereuropäische Wirtschaftspolitik zu nutzen weiß (7). Und zeigten nicht die 50 Mrd. DM zur Stützung des Pfundes und der Lira — bevor sie aus dem EWS ausscheren mußten — wie sehr die anderen Währungen in ihrem Wertversprechen bereits vom Kredit der BRD abhängen? Insofern die anderen Nationen ihren Kredit mit dem Verweis auf den Verbündeten BRD ausgedehnt haben — und das haben sie — hängen sie alle mehr oder weniger am Tropf der DM, die zur Garantiemacht der jeweiligen Bilanzen aufgestiegen ist. Die Kehrseite, daß der BRD-Staatskredit damit auch vom Erfolg der "Partner" abhängig geworden ist, läßt die Deutschen mit den Franzosen in der Gefolgschaft nur auf eines dringen: die anderen haben ihre Ökonomie so herzurichten wie die führenden Vorbilder. Dabei ist eines klar: die meisten EG-Staaten werden daran scheitern, aus der notwendigen Streichung von Staatskredit und Industrie Erfolge zu erwirtschaften, die diese Streichung national rechtfertigen. Aber genau deswegen fordert die deutsche Seite ja umso heftiger das Aufgehen in Europa ein. Die weitgediehene Abhängigkeit von Deutschland soll das unabweisbare Argument dafür sein. Also noch ein Programm friedlicher Staatenübernahme, das sich die BRD vorgenommen hat, das aber auch seinen Widerspruch hat: der Nutzen, auf den schwächere Staaten durch EG-Anschluß spekuliert hatten, geht zunehmend verloren dadurch, daß der EG-Markt im Gefolge der Krise für viele keine Wertrealisierung erbringt. Und es ist schon etwas viel verlangt für eine Nation, sich — bei ziemlich schlechten Aussichten,daß aus ihrer Substanz was wird — um die Ecke zu bringen. Die Chance, nach dem Ende des Ostblocks aus der zweiten Reihe der NATO in den Europaweltmachtsanspruch hineinzusegeln, ist für viele auch nicht mehr so verheißungsvoll, seit klar ist, daß sie dann schon wieder im Windschatten der Europamacher mitschwimmen müssen.

Der Ausgang der Chose bleibt ungewiß, allerdings läßt sich eines sagen: Die EG- und Ostambitionen der BRD gehen miteinander einher.

Zwei Mainstreams — ein Ziel

Die Aktivitäten Deutschlands, in Rußland, Ungarn, Polen und Tschechien ein Rechtssystem einzurichten, den Polizeiapparat auszubilden und sich die interessanten Teile der Nationalökonomie unter den Nagel zu reißen, sind keine Konkurrenz zur EG, sondern ihre Ergänzung. Durch die Kapitulation des Ostblocks wurden dem deutschen Imperialismus keine so gewaltigen neuen Möglichkeiten eröffnet, so daß die EG als Schnee von gestern erscheinen würde. Wo haben sie sich denn schon groß eingekauft? Die Skoda-Beteiligung, hie und da mal ein Siemens-Engagement und die Förderung des ein oder anderen russischen Rohstoffs — soll das eine Umorientierung der deutschen Wirtschaft darstellen? Dem deutschen Staat ist ja schon an Ostdeutschland das Licht aufgegangen, daß all die guten DDR-Exporte mit der Liquidation des Realsozialismus baden gegangen sind. Und sollten sie von Rußland aus den Weltmarkt bedienen wollen, wo sie das noch nicht mal für Ostdeutschland gescheit hinkriegen, angesichts der internationalen Rezession? So sehr sie den Russen den Floh "Marktwirtschaft" ins Ohr gesetzt haben, sowenig wollen sie ihnen dieselbe finanzieren. Wo schon Geschäfte laufen, da hüpft das scheue Reh Kapital schon mal hin, aber wo sich nichts schiebt... Für den Ex-Ostblock ergibt sich das Paradoxon einer Abhängigkeit vom Kapitalismus und da zuvörderst von Deutschland, ohne daß seine Ökonomie vom Kapital durchdrungen wäre; einfach weil er aufs Kapital als seine Perspektive setzt.

Ansonsten gilt es sich nur vor Augen zu führen, daß der moderne Imperialismus Länder ökonomisch erobert und diese Eroberung mit seinem Militär, das die Geschäftserfolge qua Erpressung absichert, begleitet. In der EG, in der der Staatsmaterialismus aller beteiligten Länder der Ausgangspunkt war, haben sich für die BRD und vielleicht noch für Frankreich recht einseitig positive Ergebnisse herauskristallisiert. Daß die über den Tisch Gezogenen trotzdem noch über eine ansehnliche wirtschaftliche Basis ihrer Souveränität verfügen, macht die Sache für die Kohl- und Mitterand- Mannschaft schwierig — aber gleichzeitig ja auch so interessant, weil da die Supermachtpotenzen zu sammeln sind. Die Vorstellung, welche in der Linken manchmal anzutreffen ist, die BRD wende sich dem Ostblock zu, weil dieser ökonomisch leichter zu durchdringen und abhängig zu machen sei, übersieht, daß der Erfolgsweg der BRD in der EG die oben dargestellte Konsequenz hat, daß die BRD als Garantiemacht des Staatskredits und der Verschuldungsfähigkeit der anderen aufgestiegen ist. Die geschaffene Abhängigkeit will sie ausbauen und zu ihrem Ende bringen. Daß sich manch ein weitblickender Nationsführer im gedanklichen Vorvollzug der EG-Einigung dann auch schon russische Atomwaffen als ausschmückendes Beiwerk vorstellen kann, trifft sicher zu, ist aber noch Zukunftsmusik.

Ob's nun hinhaut mit Europa oder nicht? Propheterie war noch nie das Feld des Marxismus. Jedenfalls bedeuten die entwickelten Vorhaben hohe Verzichtskunststücke für die arbeitenden Massen. Und die verringern sich auch nicht, wenn die BRD einen anderen nationalen Weg geht als Europa. Denn soviel ist sicher : der nationale Weg ohne EG-Partner ist auch nicht schlimmer als der supranationale mit ihnen, weil das totale nationale Projekt das supranationale ist. Kohl mag zwar den Franzosen erzählen, daß Europa die Einbindung der deutsche Nation ist. Aber die bezieht ihre unangenehmen Seiten schließlich nicht aus dem ewig grausamen Deutschen, sondern aus den Gesetzen des Kapitalismus. Und bei Europa geht's schließlich nicht um das Verschwinden der beteiligten nationalen Kapitalverhältnisse, sondern um ihre Potenzierung zum Superbastard. Ob das die BRD wohl zähmt?

A.K.

Anmerkungen:
1)Spiegel Nr.45/92 vom 2.11.92, S.158.
2) Spiegel Nr.53/92, vom 28.12.92,S.18.
3) "Der Marktanteil der ECU am Anleiheemissionsvolumen ist zwischen 1989 und 90 von 5,6 auf 9,7% sprunghaft gestiegen und hat die DM als Emissionswährung von Platz 4 auf Platz 5 verdrängt. Die Dynamik des ECU — Marktes übertrifft die rein nationalen Währungen." Bernd Thiemann in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr.2/92, S.16.
4) Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr.24/1992, S.3.
5) Vgl. "GegenStandpunkt" Nr.4/92, "Italien — Vom plötzlichen Abstieg einer geachteten Kulturnation mit Marktwirtschaft und Demokratie", S.159-174, GegenStandpunkt Verlag, München.
6) Zahlen aus: "Länderbericht Italien 92", Statistisches Bundesamt
7) Die "FAZ" vom 2.1.93 meldet: "Die Währungsreserven der deut-schen Bundesbank sind in der 3. Dezemberwoche um 8 auf 148,5 Mrd.DM gestiegen. Dieser Zuwachs wird von der Bundesbank vor allem mit Devisenzuflüssen aus Kursstützungen im EWS begründet. Die Verbindlichkeiten der Bundesbank gegenüber dem Ausland nahmen um 1,1 auf 26,8 Mrd. DM ab."(S.9)

Maastricht- und SS-Europa

Das neue Deutschland — ein Hasardeur.
Handelt die deutsche Kapitalistenklasse irrational? Zwei Ereignisse sollten zu denken geben: Mit der Wiedervereinigung hat die BRD — entgegen linker Annahmen — kein gutes Schnäppchen gemacht, sondern sich ein Zuschußgebiet "ohne Ende" herangeholt. Selbst das Flaggschiff Daimler-Benz hat Schlagseite bekommen. Der Staat muß zur Finanzierung der Einheit tiefe Schnitte in das sozialkorporatistische Gefüge machen. Zweites Beispiel Jugoslawien: Ein — unter kapitalistischen Gesichtspunkten — ordentlich geführter Staat, ein einträgliches Billiglohnland wird zerschlagen und in einen blutigen Bürgerkrieg gehetzt. In beiden Fällen kann, jedenfalls für überschaubare Zeiträume, von rationalem kapitalistischen Rechnen keine Rede sein. Die in der deutschen Geschichte schon öfter zu beobachtende Tendenz zum abenteuerlichen Vorpreschen wiederholt sich erneut. Was sind die Träger, die Motive?

Das Bündnis von Elite und Mob.
"Die Wirtschaft" sollte man mit diesem Kurs nicht identifizieren. Die großen Wirtschaftszeitungen und Think-tanks haben vom Crash-Kurs bei der DDR-Annexion explizit abgeraten, Pöhl als Bundesbank-Chef bekam Zoff mit Kohl und mußte abtreten. Bei Jugoslawien ist jedenfalls interessant, daß Genscher bis ca. Sommer 1991 eine Politik machte, die sich von der der übrigen EG nicht unterschied, d.h. pro-jugoslawisch war. Die Wende zum Abenteuer-Kurs wurde in beiden Fällen durch Initiativen "des Mob" hervorgerufen. Diese Situationen wurden dann von der Elite schnell und dankbar ausgewertet. Beispiel DDR: Kohls 10-Punkte-Plan war noch gemäßigt, zwei Gänge hochgeschaltet wurde, als das Zusammenspiel zwischen Leipziger Pöbel und FAZ- und BILD-Anheize mehr versprach als mo' money, nämlich: 14 Millionen Volksgenossen (den PDS-Anteil großzügig subtrahiert...), die zu allem bereit sind, wenn man sie zur Herrenrasse erklärt. Beispiel Kroatien: Der Übergang von Genscher-Softi zu Genscher-Brutalo vollzog sich, nachdem Kroaten und Slowenen politisch und militärisch mobil gemacht hatten, nachdem also auch hier klar war, daß mehr drin ist als ein gesamtjugoslawisches mo' money: es lockten Vasallen, wiederum zu allem bereit...

Die hier aktualisierte Konstellation hat Hannah Arendt (in: Totalitäre Herrschaft) bereits für den Beginn der NS-Herrschaft konstatiert. Sie weist darauf hin, daß die "Machtergreifung" eine Machtübergabe war. Vereinfacht gesagt: Die Elite hat die Macht an den Mob übergeben, weil nur so der Kapitalismus zu retten war. Den Aufstieg zur 30%-Partei erreichte die NSDAP aus eigener Kraft, erst danach schwenkte der Großteil der Elite auf Unterstützung dieser Partei um! Die Initiative ging also vom Mob aus, und darin sieht Hannah Arendt einen qualitativen Sprung. Dieselbe qualitative Veränderung beobachte ich an den Beispielen Wiedervereinigung und Jugoslawien.

Vom Tausch zum Raub.
Die Nachkriegspolitik war ein vom US-Imperialismus durchgesetztes "open door", weltweit wurden alle Hemmnisse für freien Waren- und Kapitalverkehr gegen Null reduziert und zuletzt auch die Ostökonomien aufgebrochen. Man muß kein Anhänger von Robert Kurz sein, um zu erkennen, daß diese Weltordnung höchst labil ist.

Ausdruck dieser Epoche waren die Maastrichter Verträge, die aus Westeuropa eine Art USA gemacht hätten: nach außen abgeschottet, aber nach innen mit Garantie leidlicher Bürgerrechte; dominiert vom deutschen Kapital, aber durch die gemeinsamen supranationalen Institutionen kontrolliert. Die Deutschen wären in dieser EG geworden, was die "Wasps" in den USA sind: eine fette Elite, aber eine Elite auf Zeit, prinzipiell verdrängbar. Wenn die normalen Ware-Geld-Beziehungen wegen einer Weltwirtschaftskrise nicht mehr funktionieren, setzt das Bündnis von "Elite und Mob" etwas Neues durch: Raubbeziehungen. Sie sollen die ungedeckten Wechsel sichern, die Görings (und Breuels) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kosten. Daß das das Problem nicht löst, sondern nur verschiebt, selbst wenn die Kriege gewonnen werden, steht auf einem anderen Blatt.

Maastricht-Europa oder SS-Europa.
Die Alternative zu Maastricht sieht so aus: Ein völkisch homogenisiertes Großdeutschland, eventuell erweitert durch Österreich, die Deutschschweiz und Flandern (die Balkanisierung greift auf Westeuropa über), im Bündnis mit Helotenstaaten wie Kroatien, CR, SR, Ukraine, Ungarn. Der Rest des Ostens wird zur ökonomischen Wüste und zum politischen Urwald, Mischung aus Afghanistan und Somalia, allerdings mit Atomwaffen. Bewaffnete deutsche Festungen, mit dem Mutterland verbunden durch die Schnelle Eingreiftruppe, halten überall die Stellung: Der deutsche Frontstaat "Freies Königsberg", die "Europäische Region Egerland" (gibts schon...), Schlesien. Die Rückgliederung von Königsberg, formal zunächst unter europäischem Siegel, wird schon bald stattfinden. Auch hier wird man das Zusammenspiel von Elite und Mob beobachten können: Groth, der Führer der Rußlanddeutschen hat bereits angedroht, seine ausgesiedelten 1-2 Millionen Spießgesellen bei der nächsten Wahl für die REPs zu mobilisieren.

Tertium datur.
Dies ist kein Plädoyer für Maastricht. Die drohende Barbarei kann kein Plädoyer dafür sein, den liberalen Kapitalismus, der die irrationale Eskalation in Gang gesetzt hat, in Schutz zu nehmen. Nicht Atlantismus oder Barbarei (Diner) ist die Alternative, sondern Kommunismus oder Barbarei (Pohrt).

Schlimmer als Maastricht (oder "der Westen") erscheinen mir allerdings die Kritiker von Maastricht (bzw. "des Westens"). Sie bahnen der barbarischen Alternative den Weg. Das anti-westliche links-rechts-Bündnis, das sich im Golfkrieg nur rudimentär herausgebildet hat, weil die Rechte (mit Ausnahme der ganz harten) bellizistisch war, verschafft sich an der Europafrage volle Geltung: Gauweiler plus Baring plus Weinzierl plus Schönhuber plus FDP-Brunner, das sind die Vertreter des Sonderwegs, und PDS und Grüne und andere "nützliche Idioten" bahnen ihnen den Weg.

Aufgabe der kommunistischen Opposition in Deutschland wäre vor diesem Hintergrund: a) den Kapitalismus, die Warengesellschaft allgemein zu denunzieren (i.S. von Pohrt), b) die wachsende Tendenz der Deutschen zu Sonderwegen herauszuarbeiten. Anti-deutsche Kampagne gefällig, Neuauflage der "Richtung der Negation"? Wie wär's mit etwas Hetze gegen die links-rechts-Forderung nach einem "Volksentscheid über Maastricht"? — Motto: Keine "Selbstbestimmung für die Deutschen"! Oder: "Maastricht ist das kleinere Übel — Versailles wäre besser."

Jürgen Stuttgart

Der dritte Griff zur Weltmacht?

Entwicklungen und Tendenzen deutscher Außenpolitik

Zweimal führte der Griff des deutschen Imperialismus zur Weltmacht in den Weltkrieg. Beide Male richtete er ungeheure Verwüstungen und Vernichtung an, beide Male scheiterte er. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der deutschen Wiedervereinigung steht die Frage, ob Deutschland erneut einen Anlauf zur Weltmacht nimmt und ob und inwieweit sich dabei die Geschichte wiederholt.

Unterschiede / Ähnlichkeiten

Einige wenige Unterschiede seien in aller Kürze benannt. Die neudeutsche Politikformel von der "gewachsenen Verantwortung in der Welt, der wir gerecht werden müssen", vollzieht keine Abkoppelung vom Weltmarkt wie nach 1933 und von den internationalen Instanzen (Austritt aus dem Völkerbund 1933), sondern beruft sich ausdrücklich auf beides: den freien Welthandel und die Teilhabe an den vom westlichen Imperialismus beherrschten internationalen Institutionen wie UNO und KSZE, bzw. ihren militärischen Komplementären NATO und dem europäischen Militärsäugling WEU. Mehr denn je kleidet sich der deutsche Wille zu "mehr Verantwortung" in ein europäisches und internationales Gewand und verzichtet auf Alleingänge, wenngleich — und darauf wird besonders zu achten sein — Ansätze dazu ebenso vorhanden sind, wie eine Politik des Balancierens zwischen und mit den konkurrierenden Interessen der westlichen Partner. Schließlich erfolgt das neue deutsche Großmachtstreben vor keinem vor 1933 vergleichbaren ökonomischen Krisen-Hintergrund und ist damit gänzlich unterschieden von der Zwischenkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg wurde zwar militärisch verloren, aber ökonomisch und zunehmend auch politisch gewonnen.

In der heutigen Weltpolitik tritt Deutschland als eine zu beachtende ökonomische Größe in die Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Welt nach Wegfall der alten Bipolarität des Systemgegensatzes ein. Die neue tripolare Welt basiert derzeit noch vor allem auf der ökonomischen Konkurrenz der drei großen Regionalmächte USA/Nafta, Japan/Südostasien sowie BRD/EG. Zwar hat sich das deutsche politische Gewicht als Führungsmacht der EG erhöht, doch die einzige militärische und politische Weltmacht sind immer noch die USA.

Einige Ähnlichkeiten zu den bisherigen Griffen zur Weltmacht: in kürzester Zeit sind die traditionellen Objekte deutscher imperialistischer Begierden wieder Ziel der Politik geworden. Nicht nur, daß das Ostgeschäft vermeintlich neue Absatzmärkte verheißt, sondern die ökonomische Hegemonialmacht Deutschland/EG will von der Destabilisierung und dem Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der Staaten Osteuropas auch als europäische Ordnungsmacht profitieren. Entsprechend werden praktisch die alten Einflußbereiche reaktiviert. Ungeniert hantiert Großdeutschland mit strategischen Orientierungen, die seit dem Nationalsozialismus schamhaft vermieden wurden: Mitteleuropa, geographische Mittellage, Europastrategien, Geopolitik (ein der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft entlehnter Begriff).

Das Bemühen der BRD geht eindeutig dahin, seine weltpolitische Geltung zu stärken. Es sind die Militärs, die deutlicher als die Politiker die Richtung andeuten. Generalinspekteur Naumann: "Es gibt zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen." (Spiegel, 18.1.93) Und NATO-Generalsekretär Wörner: "Wenn wir die regionalen Konflikte erfolgreich bewältigen sollen und nicht wollen, daß die derzeitige Übergangsphase in Europa zu einer neuen Epoche der Gewalt wird, dann müssen wir aus der moralischen Autorität des Westens die harte Währung der politischen Autorität machen." (NATO-Brief 6/92) Nicht zufällig fällt hier das Stichwort der stärksten deutschen Waffe: die D-Mark.

Sprung in die Souveränität

In drei Stufen deutscher Außenpolitik wurde die neue Situation einer politischen Großmacht auf dem Sprung erreicht: im ersten Schritt realisierte Adenauer die West- und Militärintegration der Bundesrepublik in EG und NATO, die mit dem Deutschlandvertrag und den Pariser Verträgen von 1954 die Beendigung der im "Potsdamer Abkommen" von 1945 festgelegten Viermächtebesatzung Deutschlands zur Folge hatte. Die BRD war damit wieder ein eingeschränkt (alliierte Vorbehaltsrechte) souveräner Staat mit internationalen Beziehungen geworden. Mit der Ostpolitik der SPD wurde ein erweitertes Kapitel deutsche Außenpolitik geschrieben, das fundamentale Voraussetzungen für die aktuelle deutsche Ostpolitik geschaffen hat. Der "Wandel durch Annäherung" war mit zunehmender Handelspolitik betrieben worden. 1989, beim Zusammenbruch des RGW, hatte die BRD in die osteuropäischen Länder so viel exportiert, wie ihre westlichen Konkurrenten Italien, USA, Frankreich und Japan zusammen (35% des osteuropäischen Marktes!). Ähnlich günstig war die Stellung gegenüber der (ehemaligen) Sowjetunion (50% höhere Exporte als die USA). Osthandel und Ostpolitik waren damit sehr erfolgreich.

War es deutsche Intention der Nachkriegspolitik, wieder mehr Spielraum und Souveränität zu gewinnen, so beabsichtigten die Alliierten über EG- und NATO-Einbindung, das Machtpotential des deutschen Nachfolgestaates zu kontrollieren. Dies war aus westlicher Sicht zufriedenstellend gelungen, Deutschland galt als "verläßlicher Bündnispartner", die Option eines "deutschen Sonderwegs" schien ausgeschlossen. Nach Wegfall des Systemgegensatzes sind aber bisherige Bündnisgrundlagen entfallen: der Osten ist wieder "offen" geworden für die EG und die NATO. Die Stellung der ökonomisch sowieso geschwächten Weltmacht USA in Europa, die auf ihrer militärischen Schutzfunktion basierte, ist angeschlagen. Die ökonomisch stärkste EG-Macht, die BRD, drängt nach neuen politischen und militärischen Führungsaufgaben.

Nichts kennzeichnet die Veränderung des Kräfteverhältnisses sinnfälliger als der Wandel jener Institutionen der Westintegration — EG, NATO und KSZE — von der Einbindung und Kontrolle über Deutschland zu Instrumenten, mit denen die BRD ihre Interessen vertritt. Lautete bis 1989 die Perspektive für die deutsche Wiedervereinigung, daß eine europäische Friedensordnung die Bedingungen für die deutsche Einheit schaffen könnte, gilt seither, daß die deutsche Einheit der entscheidende Beitrag zur europäischen Friedensordnung sei. Allerdings täuschte bereits in der Vergangenheit die Europa-Rhetorik über die deutschen Wiedervereinigungsab-

sichten hinweg, die immer ein nationalstaatliches Ziel geblieben ist.

Wie vor dem 1. Weltkrieg?

Voraussetzung für den letzten Schritt zur deutschen Souveränität war der Zerfall der Nachkriegsordnung von Jalta nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus. Er brachte der Bundesrepublik nach den Zwei-plus-Vier-Gesprächen die volle staatliche Souveränität als Voraussetzung für das heutige Agieren in der Weltpolitik.

Doch nicht nur die Jalta-Ordnung, sondern auch die Ordnung im Süden und Osten Europas nach dem Ersten Weltkrieg zerfällt. "1989 haben wir zunächst geglaubt, es bräche die Ordnung von Jalta zusammen. Das war in der Tat der Fall. 1992 stellen wir fest, daß auch die Ordnung der Friedensverträge von St. Germain und Trianon zusammenbricht. ... Damit wird die Frage, von welchem Europa, von welchen Staaten und Grenzen wir eigentlich ausgehen..., eine neue, offene, konfliktreiche Frage,... so daß die alte, stabile EG, eine Wohlstands- und Schönwettereinrichtung, in ganz andere Wasser kommt, seitdem sich die beiden Nachkriegsordnungen verflüssigen. Maastricht ist für mich das letzte Projekt aus der alten Zeit und nicht das erste der neuen", so Beschreibung und Hoffnung des national-konservativen Historikers Arnulf Baring (Gewerkschaftl. Monatshefte 8/92).

In den Pariser Vorortverträgen von 1919 und 1920 wurde die Fesselung Deutschlands und die Auflösung des Habsburger-Reiches, der österreichisch-ungarischen Monarchie (Kriegsverbündeter Deutschlands), vertraglich befestigt. Der Vertrag von St. Germain regelte, daß der Republik Österreich (in den heutigen Grenzen) der Anschluß an Deutschland verboten, Ungarn selbständig, die Tschechen und Slowaken zu einer Republik, das Jugoslawien der Serben und Kroaten zu einem Königreich wird. Galizien wurde Polen zugeschlagen, Südtirol Italien. Der Vertrag von Trianon regelte, daß Ungarn die Slowakei an die Tschechoslowakei, das Burgenland an Österreich, das kroatische Slawonien an Jugoslawien, die Bukowina, Siebenbürgen und Arad an Rumänien abgeben muß; das Banat wurde zwischen Jugoslawien und Rumänien aufgeteilt. Allein die Verträge von Neuilly, wo Südmazedonien Griechenland zugeschlagen wurde, sowie Versailles, wo Deutschland Elsaß-Lothringen an Frankreich, Posen und Westpreußen an Polen, Danzig als Freie Stadt, das Memelgebiet an Litauen und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei verlor, sind noch nicht aufgebrochen. Ebensowenig die im Potsdamer Abkommen von 1945 geregelte Abtretung Ostpreußens (der Norden an die Sowjetunion, der Süden an Polen) sowie die Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Die Staaten Osteuropas und des Balkans zerfallen. Auf dieser Ebene nähert sich die Konstellation der Vorkriegszeit 1914 an.

Gesucht: Europastrategien

Die offizielle deutsche Politik ist — seitdem Kohl 1990 Polen mit der Weigerung, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, zum Verzicht auf Entschädigungen erpreßte — äußerst bemüht, nicht den Eindruck zu erwecken, als wollte sie diese Gebiete zurückhaben. So wird z.B. der begierige Blick auf Kaliningrad/Königsberg als "europäische Aufgabe" und "kaufmännisch" (Hansestadt) formuliert. Andererseits ist der Gebietsrevisionismus in Gestalt der deutschen Volkstumspolitik und der Europäisierung bzw. Internationalisierung ehemals deutscher Reichsgebiete eine aktuelle Option. Die in den westlichen Staaten einzigartige Volkstumspolitik, die in Polen und Rußland/Kasachstan den Charakter einer "Re-Germanisierung" angenommen hat, wirkt als Stachel im Fleisch der jeweiligen Staaten. Die völkisch definierten Abstammungsgemeinschaften in diversen osteuropäischen Staaten — provokatorisch in der BRD-Politik als innenpolitische Aufgabe angesiedelt — bleiben damit eine Option, die unter veränderten politischen Verhältnissen wieder eine ganz andere Rolle deutscher Expansionspolitik spielen könnte.

Einen Vorgeschmack auf die Selbstbestimmung als politische Waffe hat nicht nur die Wiedervereinigung geboten, sondern auch ihr Einsatz in Kombination mit dem "Schutz von Minderheiten" zur Beschleunigung des Zerfalls und zur Zerschlagung Jugoslawiens. Der ehemalige Verteidigungsminister und Staatsrechtler Rupert Scholz hat im Dezember 1991 diesen Begriff von der Nation als einer Blutsgemeinschaft mit Blick auf die damals noch vereinte Tschechoslowakei so definiert, daß nicht "einzelne Nationen in ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen festgehalten werden" dürfen (Welt 12/91).

Deutsche Europastrategien waren nicht immer auf kriegerische Eroberungen orientiert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Expansionsüberlegungen Richtung Osten fast wortgleich zum heutigen Vokabular mit "Menschenrechten", "Minderheitenschutz", "Selbstbestimmungsrecht" etc. versehen. Das heutige EG-Modell eines Kerns mit Vorhöfen "abfallender wirtschaftlicher Aktivität" ist so neu nicht. "Mitteleuropa" wurde kulturell und geographisch als deutsch-europäischer Einflußraum angesehen, Rußland und "die Slawen" als der Feind. Der "Kernraum" (Deutschland) mit kolonialen und halbkolonialen "Ergänzungsräumen" bestimmte eine wirtschaftspolitische Strategie, die in der nationalsozialistischen "Großraumwirtschaft" kriegerisch umgesetzt wurde (2).

Auf ähnlich friedlicher Klaviatur der politischen Wegbereitung ökonomischer Durchdringung versucht sich Großdeutschland heute. Bei der Bewahrung der Menschenrechte wollte sich Genscher von niemandem in der Welt übertreffen lassen. Der Schutz von Minderheiten ist nicht nur ureigenes Deutschtumsinteresse, sondern mittlerweile auch durch die Charta der KSZE gedeckter Grund, in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates zu intervenieren. Und die Selbstbestimmung? s.o. Doch zunächst gilt es, Deutschland auch als potentielle Weltmacht handlungs- und interventionsfähig zu machen und den Eindruck zu vermeiden, daß — wenn schon die Ziele deutscher Politik die alten sind —, zumindest die Mittel neue seien. Dafür wird das Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft und zur Zivilisierung Deutschlands mobilisiert.

Deutschland, "eine Wirtschaft auf der Suche nach dem Daseinszweck" (FAZ, 31.11.92), so hat Henry Kissinger das derzeitige deutsche Bemühen um einen eigenen außenpolitischen Kurs charakterisiert. Im Umbruch der alten Weltordnung erweist sich in der Tat, daß die deutsche Politik überhaupt erst begonnen hat, ihre strategischen Orientierungen zu entwickeln. Dabei stellt sich heraus, daß die politischen Eliten weder einig sind, noch ein klares Konzept haben. Dies wird auf verschiedenen Feldern deutlich.

Beispielhaft in Jugoslawien, wo die deutsche Außenpolitik das erste Mal ihre Souveränität in voller Eigenständigkeit gegenüber ihren westlichen Bündnispartnern angewandt hat. Ihr aggressiver antiserbischer Kurs der Zerschlagung des jugoslawischen Zentralstaats — jenes "widernatürlichen Völkergefängnisses" — war insoweit "erfolgreich", als die Anerkennung Kroatiens, Sloweniens und Bosniens international durchgesetzt werden konnte. Damit wurde der Krieg erheblich verschärft. Bosnien-Herzegowina, das ethnisch ein "Jugoslawien im Kleinen" war, mußte mit der Anerkennung als eigener Staat zwangsläufig zum Schlachtfeld des zuvor geschürten

Krieges zwischen Serben und Kroaten werden. Daß ausgerechnet in der BRD die Klage hierüber am allergrößten ist, gehört zur Heuchelei um diesen Krieg. Serben und Kroaten war das Signal gegeben worden, daß international die ethnisch-"reine" Nationalstaatsbildung erwünscht ist. Sich hinterher zu wundern, daß sie in einem bosnischen Staat nicht zusammenzuhalten sind, ist verlogen. Daß die bosnischen Muslime, denen das entsprechende "Vaterland" fehlt, Opfer solcher Politik werden mußten, konnte an weniger als fünf Fingern ausgerechnet werden. Daß ihr ganzer Haß sich gegen den deutschen Staat, diesen "besten Freund" der bosnischen Kriegsopfer, richten müßte, wird hoffentlich später einmal bewußt werden. Im Gegensatz zum politischen Auftrumpfen der BRD standen aber ihre fehlenden Möglichkeiten, militärische Maßnahmen nicht nur zu befördern, sondern auch selbst zu ergreifen.

"Zivilmacht Deutschland"

Beispielhaft die Europapolitik, deren Maastrichter Konzept noch aus der Zeit vor dem RGW-Zusammenbruch datiert und in Konflikt mit der Ostorientierung gerät. Beispielhaft auch die Militärpolitik: der Versuch eigener Interventionsfähigkeit muß mit den USA/NATO auf der einen, und europäischen Militärambitionen auf der anderen Seite verknüpft werden.

Die vielbeklagte "Orientierungskrise der deutschen Außenpolitik" (Spiegel, 18.1.93) ist durchaus Realität. Die Klage täuscht aber darüber hinweg, daß sich Richtung und Konturen einer deutschen Großmachtpolitik herausschälen, für die vielfach allerdings die Grundlagen erst geschaffen werden (müssen).

Ideologisch wird Abstand davon genommen, die deutsche Rolle als die einer Großmacht oder gar Weltmacht zu definieren. Größerer Beliebtheit erfreut sich die "Zivilmacht Deutschland" (Daimler-Chef Edzard Reuter, Zeit, 22.1.93). Ein Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Prof. Maull, hat diese Neudefinition von Großmacht ideologisch am besten gefaßt. Die "Zivilisierung der internationalen Politik", die "Kanalisierung der Konfliktaustragung und -regulierung in nichtgewalttätige Bahnen, wie rechtliche Verfahrensweisen, Institutionalisierung von Mechanismen der Konfliktregelung, Verhandlungen" sei Aufgabe der großen Mächte, damit "die zerstörerischen Konsequenzen unbewältigter ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer Problemlagen (nicht) zersetzend auf die Innenpolitik auch der zivilisatorisch entwickelten Länder durchschlagen" können. Daß es dabei im wesentlichen um Abwehr des Weltelends geht, macht der Verfasser deutlich: "Zivilisatorische Errungenschaften in der nationalen wie in der internationalen Politik beruhen wesentlich auf wirtschaftlichem Wachstum und der Chance zu materiellem Wohlstand."

Maull sieht eine "neue Rolle für die Bundesrepublik: Zivilmacht Deutschland". Anders als die USA — die zwar "Gestaltungswillen und -fähigkeit" für diese Aufgabe besäßen, aber auch die "Neigung zu unilateralen Aktionen" —, erfüllten Japan und die Bundesrepublik "die Kriterien der Zielsetzungen und der Instrumente (einer solchen Zivilmacht) in hohem Maße, doch fehlen der Gestaltungswille und — im Bereich kollektiver Instrumente — die Mittel. Frankreich und Großbritannien seien durch "eine gewisse Ambivalenz ihres Rollenverständnisses (Zivilmacht oder traditionelle Großmacht?) behindert". Doch die EG als Ganzes sei "in hohem Maße" zivilmachtfähig, wenngleich jedoch "Defizite im Gestaltungswillen und den Instrumenten kollektiver Sicherheitspolitik" bestünden. Da die BRD aber nicht im Alleingang durchstarten könne, wird sie aufgrund "ihrer Mittellage in Europa", des "wirtschaftlichen Gewichts" und "schließlich der zentralen Rolle Deutschlands im Prozeß der europäischen Integration" zum Kern dieser europäischen "Zivilmacht" erklärt (3).

Welches Europa?

Die Wiedervereinigung hat das europäische Gleichgewicht zwischen "französischer Bombe und deutscher Mark" zerstört (Alain Minc (3)).

Als er am 1.1.93 in Kraft trat, haben es die meisten Europäer nicht einmal gemerkt: vom EG-Binnenmarkt spricht kaum noch jemand. Er betrifft die Kern-EG, hat aber durch die Veränderungen an Bedeutung verloren. Maastricht, "das letzte Projekt der alten Zeit", sollte ursprünglich die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie Schritte zur europäischen politischen Union mit gemeinsamer Außenpolitik bedeuten. Doch Maastricht ist in die Krise der Umorientierung der europäischen Politik geraten.

Ich will mich nicht an den Spekulationen beteiligen, ob Maastricht scheitert, weil dies möglicherweise auf die falsche Spur der Kritik an Großdeutschland führen könnte. Ganz einfach deswegen, weil beim heute absehbaren Stand der europäischen Entwicklung keines der EG-Kernländer — also auch die BRD nicht — aus der EG ausscheren könnte und weil für einen deutschen Sonderweg mit Ostexpansion der Weg derzeit versperrt ist. Aus der heutigen Sicht wird sich in nächster Zeit die Auseinandersetzung höchstwahrscheinlich zu einem Machtkampf innerhalb der EG um die politische und militärische Führung entwickeln. Auf der ökonomischen Ebene kann von einem gemeinsamen Interesse ausgegangen werden — nämlich die Wirtschaftsmacht EG auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten —, und einem konkurrierenden Moment: die Ausweitung des EG-Einflusses nach Osten. Anders ausgedrückt: die Maastricht-Planung von vor 1989 ist bereits nicht mehr das Maastricht-Europa von 1993 und wird auf dem Wege der evolutionären Veränderung noch erhebliche Modifikationen erfahren.

Ein kurzer Blick auf die Ausgangsbedingungen. Der westeuropäische ist der wichtigste Markt der BRD: 55% des deutschen Außenhandels (Exporte) findet innerhalb in der EG statt, fast 80% im gesamten künftigen "Europäischen Wirtschaftsraum" (Zahlen von 1990). Deutschland ist der Hauptprofiteur der EG, es hielt (1989) 28% der EG-Marktanteile (Frankreich 15,6, Italien, BeNeLux sowie Großbritannien zwischen 11,9 und 10,8%). Von dieser Basis aus erklärt sich zum einen die Vorsicht, mit der das deutsche Kapital(!) — nach anfänglicher Euphorie bis 1991 — Richtung Ex-Sowjetunion und Ost-, Südosteuropa agiert. Zum anderen resultiert diese aus den ökonomischen Entwicklungen im Osten.

Die mittlerweile sprichwörtliche Formel von "erweitern und vertiefen", der "Vertiefung" der Kern-EG mit Binnenmarkt und Maastricht und der "Erweiterung" um die Efta-Länder sowie ehemalige RGW-Länder ist bereits eine solche Veränderung der Maastrichter Grundlagen.

"Ein Binnenmarkt vom Nordkap bis Sizilien", so schwärmt Hans-Peter Stihl, behutsam vom Atlantik bis zum Ural vermeidend. Mit der nächsten Stufe der Mutation der Maastrichter Verträge, einer in der Realität verkleinerten Währungsunion, soll der EG-Kern "entschlackt" und noch mehr von der BRD-Währung dominiert werden. Die Folge: "Die Reicheren im Norden werden nicht haften für eine zu expansive Finanzpolitik und eine überzogene Lohnpolitik im Süden der EG" (Stihl (4)). Das heißt, die Maastrichter "Konvergenzkriterien" (relativ niedrige Inflation, Staatsverschuldung und stabile Währung) für die WWU sind Teil der Klasseneinteilung. Stihls Prognose: "De facto heißt das: auf mittlere Sicht keine Chance für Griechenland, Italien und Portugal, die noch nicht

einmal eines der Kriterien erfüllen und große Schwierigkeiten für Spanien und Belgien." Statt Integration und Vertiefung würde damit in der EG das Gefälle zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden zunehmen. Entweder er beugt sich den "Konvergenzkriterien", d.h. Südeuropa müßte sich dem Produktivitätsniveau der führenden Staaten unterwerfen mit der Folge zunehmender Verarmung im Inneren, oder die Südstaaten würden EG-Mitglieder zweiter Klasse mit vermutlich den gleichen Folgen.

Die deutsche Idee eines Europäischen Wirtschaftsraums mit der Kern-EG der hochentwickelten Staaten, um die "konzentrische Kreise" "abfallender wirtschaftlicher Aktivität" gebildet werden sollten, hat das erstemal 1989 — in der letzten Rede vor seinem Tod — Alfred Herrhausen als Plan "deutscher Experten" vorgestellt (5). Was damals vage blieb, nimmt heute schärfere Konturen an und wird von der BRD in einem Balanceakt gegenüber den EG-Partnern durchzusetzen versucht. Neben der zusätzlichen Hierarchie, die die WWU schafft, wird ein weiterer Kreis von Staaten über Assoziierungsabkommen geschaffen, der heute aus der Türkei und einigen Ex-RGW-Staaten besteht, die mit EG-Hilfe ihrerseits Zentren wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit zumeist benachbarten Staaten aufbauen. Stihl 1993: "Ein Nebeneinander unterschiedlicher Integrationstiefen — nach dem Muster 'konzentrischer Kreise' — muß der Fortentwicklung der Gemeinschaft keineswegs abträglich sein." Die langfristige Inaussichtnahme einer EG-Mitgliedschaft für Polen, Ungarn und die beiden Nachfolgestaaten der CSFR verweisen sie in den Kreis um die Kern-EG, ohne Anbindung an den EG-Binnenmarkt, aber mit kontrollierten Zugängen zu den Absatz- und Arbeitsmärkten Westeuropas. Schon bald, schwärmt Stihl, sei "eine Gemeinschaft von mehr als 20 Staaten auszumachen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft liegt in dieser Perspektive eine enorme, gewiß auch mit Risiken behaftete Herausforderung, zugleich aber eine riesige Chance, die schon allein aus der Größe des dann entstandenen Marktes resultiert." (4) Ein Wirtschaftsraum von 350 bis 450 Millionen Menschen lockt.

Weltmarktkonkurrenz und EG

Der "Standort Deutschland" als technologisch hochentwickelter "Systemkopf" soll die deutsche Antwort auf den zunehmend schärfer werdenden Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt sein. Unter den drei führenden Welt-Regionalmächten "besteht schon heute ein Wettlauf um die Schlüs-

Die Umrüstung der "Zivilmacht Deutschland" auf Kriegsfähigkeit

"Es wird des Mutes der Kaltblütigkeit und des vorausschauenden Rechnens in Europa bedürfen, um jene Abschreckungsmacht wiederherzustellen, welche das erste und zugleich letzte Mittel ist, den Krieg wieder zu fesseln." Der Historiker Michael Stürmer sieht "Europa" an die Stelle der Macht der *"Abschreckung im nuklearen Zeitalter"*, die USA, als Kriegsmacht treten, die die Bedrohung *"jenseits ihrer Grenzen"* meistern müsse (FAZ, 3.2.93). Das Feindbild Rußland ist also nach wie vor Motiv, sich gegen Osten abzusichern.

Es ist noch der ausgeschiedene Altersaußenminister Genscher gewesen, der für künftige hegemoniale Konfliktregelungen eine handhabbare *"europäische Sicherheitsarchitektur"* (Zeit, 30.8.91) entworfen hat, die ein Mix aus UNO, KSZE sowie NATO, WEU-Truppen unter EG-Führung beinhaltet. Während ein Teil der politischen Führung im Streit um deutsche Blauhelme eine Einordnung deutscher Interventionspolitik im UNO-Rahmen will (vor allem das Auswärtige Amt), dominiert in der CDU und dem Verteidigungsministerium die Sorge um die *"Europafähigkeit Deutschlands"* (1) und seiner Interventionsinstrumente. Der nicht von allen unterstützte deutsche Wunsch nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat wird für unrealistisch und auch derzeit gar nicht anstrebenswert angesehen. Unrealistisch, weil er nur über eine Reform der UNO zu haben wäre. Die FAZ hat denn auch Kinkels forsch vorgetragene Option auf einen deutschen Sitz bei seiner UNO-"Jungfernrede" kritisiert, da der Westen nach einer UNO-Reform mit Rücksicht auf andere Weltregionen vermutlich nicht wieder drei Fünftel der ständigen Mitglieder des Rates besetzen könne (FAZ, 5.10.92).

Wesentlicher Schritt für die "Europafähigkeit" war die Umwandlung der KSZE zu einer "regionalen Abmachung" der UN im Juli 1992. Das beinhaltet die Option, daß in Europa und den angrenzenden Gebieten die KSZE die Ordnungsinstanz ist, die damit im Namen der UNO handeln könnte. Derzeit läuft die Umsetzung dennoch schleppend, da die KSZE mit 52 Mitgliedern schwerfällig und auf Konsens festgelegt ist. Das deutsche Bemühen geht denn auch dahin, einen "europäischen Sicherheitsrat" einzurichten, um Handlungsfähigkeit herzustellen. Ziel soll eine *"operative KSZE"* (FAZ, 20.10.92) mit eigenen militärischen Interventionsmöglichkeiten sein. Sehr deutlich hat die Absicht der CDU-Politiker Rüttgers ausgedrückt: *"Die künftigen Strukturen sind zwar noch unklar, doch ist es selbstverständlich, daß die EG mit der WEU als operativer Kern das Gravitationszentrum auch der sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa sein wird. Eine europäische Sicherheitsunion muß auch unabhängig von möglichen Blockaden im UN-Sicherheitsrat handlungsfähig sein, wenn Konflikte und Kriege drohen, ohne daß dies einen klassischen NATO-Bündnisfall bedeutet".* (FAZ, 18.8.92) Und Lamers präzisiert: Niemand wolle den Streitkräfteeinsatz in Europa *"von einem UNO-Mandat (und damit auch von den inneren Entwicklungen Rußlands und Chinas) abhängig machen"* (Spiegel, 16.3.92).

Europäische Militärmacht

Darin ist bereits eine begrenzte Konfrontation mit den USA und ihrem engsten europäischen Verbündeten, Großbritannien, angelegt, die das Bemühen um "Europafähigkeit" schon länger durchzieht. Als Kohl und Mitterand die Aufstellung eines gemeinsamen Eurokorps ankündigten, gab es heftige Proteste aus den USA und Großbritannien. Die deutschen Außenpolitiker gehen davon aus, daß "europäische Interessen" und US-Interessen in Europa künftig weniger Übereinstimmung haben werden. Zwar wird versucht, Konflikte mit den USA weitgehend zu vermeiden. Insofern stagniert die militärische Umsetzungsebene. Wörners Bemühungen, die NATO zur *"Euro-Ordnungsmacht"* zu machen (Blätter 10/92), stoßen auf die Konkurrenz Frankreichs zur US-Dominanz in der NATO. Das Eurokorps und Interventionstruppen der WEU stoßen auf Mißtrauen der USA und einiger EG-Länder.

Wenn auch an den USA und der NATO kein Weg vorbeigehen wird, ist die deutsche Richtung deutlich auf größere militä-

seltechnologien der Zukunft. Europa muß sich in diesem Wettlauf behaupten. Setzen die Europäer allein auf den Nachholbedarf an Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa, verspielen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit", warnten Mitte 1992 Professoren der "Forschungsgruppe Europa" an der Universität Mainz (6). Die "japanische Herausforderung" bewog 1991 bereits den BDI, in seinem Thesenpapier "Industriepolitik im Hochtechnologiebereich" den zukünftigen Schwerpunkt deutschen und europäischen Wirtschaftens auf noch mehr High Tech zu legen, um weltmarkt-konkurrenzfähig zu bleiben.

Peter Ammon, Strategie-Planer im Auswärtigen Amt, beklagt das Ungleichgewicht des deutschen Handels mit Asien. Während Japan Hochtechnologie nach Europa verkaufe, handele dies in umgekehrte Richtung mit "vornehmlich Gütern mittlerer und niedriger Modernität" (7). Allein zwischen 1988 bis 1990, warnte der "Spiegel", haben japanische Konzerne mehr Geld in Westeuropa investiert als in 36 Jahren zuvor (11.1.93). Führend sind sie in den Informations- und Kommunikationstechnologien, einem Bereich, der — wie ein IBM-Manager schätzt — im Jahre 2000 "doppelt so groß sein wird wie die Automobilindustrie" (Zeit, 5.2.93). In der Automobilindustrie hat Japan Westeuropa bereits überholt.

Das verstärkte Bemühen von Außenminister Kinkel, dem Ratschlag seiner Planer nachzukommen, den asiatischen Markt verstärkt mit deutschen Produkten zu beliefern, kann zwar kurzfristig lukrative Geschäfte einbringen. So steigt insbesondere der Handel mit der VR China. Zwei Millionen Pkws jährlich will Volkswagen-Shanghai ab 2000 in China produzieren und verkaufen, mehr als derzeit Autos in China fahren. Ende des Jahrtausends habe das chinesische Modell der "sozialistischen Marktwirtschaft" das chinesische Bruttosozialprodukt verdoppelt (Anstieg 1992: 12%). Damit steige China quantitativ zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht vor Japan und der BRD auf, prognostiziert der "Spiegel" Prognosen (11.1.93). Derzeit ist der chinesische Markt attraktiver als Osteuropa. Aber der High Tech-Wettbewerbsnachteil gegenüber der japanischen Konkurrenz dürfte so nicht aufzuholen sein.

Die internationale Entwicklung zu immer wahnsinnigerer Weltmarktkonkurrenz im Bereich hochtechnologischer Produkte ist der Kampf um den relativ engen Absatzmarkt der hochentwickelten Staaten, und der ist weitgehend aufgeteilt. Dennoch wird die technologische Entwicklung insbesondere in der derzeitigen Wirtschaftskrise zu Umstrukturierungen in der BRD und der EG führen. Die Stahl- und Automobilkrise sind deutliche Anzeichen dafür.

---

rische Eigenständigkeit angelegt. *"Die WEU soll... der Nukleus (Anm.: Zellkern) einer späteren europäischen Verteidigungsidentität sein"*, sagte Generalinspekteur Naumann im Mai 1992 vor Bundeswehrgenerälen. *"Die WEU soll Brücke zwischen EG und NATO sein. Folgt man diesem Ansatz, dann stärkt man die NATO und man schafft ein Instrument, mit dem Europa auch dann handeln kann, wenn im transatlantischen Kontext militärisches Handeln nicht oder noch nicht geboten erscheint."* (2)

Auf diesem Hintergrund hat *"die zweite Neugeburt der Bundeswehr"*, wie Rühe ihre Umorganisierung genannt hat (3), zu einer Interventionsarmee bereits in einem Maße stattgefunden, das de facto den ganzen Verfassungsstreit um die Blauhelme weit hinter sich gelassen hat. Dem *"Netzwerk komplementärer Institutionen"*, in dem die NATO *"nur noch ein wichtiges — wenn auch für lange Zeit das wichtigste — Element in einer arbeitsteiligen institutionellen Verbundstruktur"* ist (Uwe Nerlich bereits im Frühjahr 1991 (4), entspricht die absehbare Teilung und Effektivierung der deutschen Kriegsstreitkräfte auf unterschiedliche Einsatzaufgaben. *"Eine gewisse Renationalisierung nicht nur der Analyse, sondern auch der Entscheidungskompetenz ist einfach strukturell notwendig unter den Bedingungen, wie sie sich für die neunziger Jahre abzeichnen"* (Nerlich). Im Januar 1992 bereits hat das Verteidigungsministerium im sogenannten "Hardthöhen-Papier" dies in der Weise aufgenommen, daß angesichts des *"breiten militärischen Einsatzspektrums"... "die Notwendigkeit auch nationaler Führungsstrukturen, um teilstreitkraftübergreifende, teilstreitkraftspezifische und taktisch-operative Führungs- und Koordinierungsaufgaben in nationaler Verantwortung zu erfüllen"* (5) betont.

Kämpfen für Deutschland

Der neue Bundeswehrplan vom Dezember 1992 berücksichtigt dieses "komplementäre Netz" nationaler Sicherheitspolitik. Die grobe Struktur teilt in ein multinationales Korps (für die gemeinsamen NATO-Aufgaben); ein deutsch-französisches Korps (der gemeinsam mit Frankreich verfolgte Aufbau europäischer Einsatzstreitkräfte), das zwar auch der NATO unterstellt werden kann, ohne aber der NATO-Befehlsgewalt zu unterstehen; und schließlich ein unter rein nationaler Führung stehendes Korps im Osten Deutschlands. Die *"Krisenreaktionsstreitkräfte"* für die NATO sollen auf 20.000 Soldaten ausgebaut werden. Spätestens 1994, wenn der Abzug der sowjetischen Truppen beendet ist, hätte Deutschland dann das erstemal seit 1945 die volle militärische Souveränität erreicht.

Die aktuellen Diskussionen um Einsparungen bei der Bundeswehr und Einführung der Berufsarmee haben ihre Umorganisierung zum Hintergrund. Für ein Berufsheer spreche, so die FAZ markig, daß sich bei den Interventionstruppen *"die Soldaten wiederfinden, die es zum militärischen Handwerk zieht und die, die das Abenteuer des Einsatzes lockt"* (FAZ, 27.1.93). Es ist durchaus ernstzunehmen, wenn Politiker *"Soldaten wie Bevölkerung schrittweise an den weltweiten Einsatz deutscher Streitkräfte gewöhnen wollen"* (Lamers (1)). *"Wenn in einer schwierigen internationalen Lage das Leben der Soldaten aufs Spiel gesetzt wird, brauchen sie nicht nur ausreichend Sold. Sie müssen das Gefühl haben, diesen Einsatz für Deutschland zu vollziehen."* (Rühe im Spiegel, 20.7.92) Daß dabei noch Widerstände zu überwinden sind, macht Schäuble deutlich: *"Das geht sicher nicht, ohne daß die Bevölkerung, auch die Bundeswehr selber, darauf vorbereitet ist. ... Die Reaktion eines Großteils unserer Bevölkerung auf die grausamen Verbrechen in dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist schon sehr ambivalent... Wir könnten in Deutschland noch erleben, daß für den Frieden auch ohne antiamerikanischen Akzent demonstriert wird."* (Spiegel, 25.1.93)

1) Karl Lamers, Von deutscher Drückebergerei, Spiegel, 16.3.92, L. ist außenpolitischer Sprecher des CDU-Bundestagsfraktion
2) Rede von Klaus Naumann auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Leipzig am 12.5.92, Europa-Archiv, Folge 13/92
3) Vortrag von Volker Rühe vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Europa-Archiv, Folge 15-16/1992
4) Uwe Nerlich, Deutsche Sicherheitspolitik und Konflikte außerhalb des NATO-Gebiets, Europa-Archiv, Folge 10/91, N. ist Leitungsmitglied in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen
5) Militärpolizeiliche und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, Bundesverteidigungsministerium vom 20.1.92, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/92

"Der anvisierte Beitritt der Staaten Mittel- und Südosteuropas zur EG wird das Angebot von Gütern mittlerer Technologie wie Eisen, Kohle, Stahl und landwirtschaftlichen Produkten auf dem Gemeinsamen Markt wachsen lassen. Die Integration der östlichen Volkswirtschaften in den europäischen Binnenmarkt kann daher nur gelingen, wenn Westeuropa die alten Industrien immer mehr aufgibt und so für die Produkte der künftigen Mitgliedsstaaten Platz schafft", schreibt Peter Ammon. "Das setzt voraus, daß die technologisch fortgeschrittenen Staaten Europas in die neuen Industrien des Informationszeitalters ausweichen können. Dort müssen die neuen Arbeitsplätze entstehen." (7).

Probleme der EG-Erweiterung

Auch wenn das kaum aufgehen wird: die Entwicklung geht in diese Richtung. Wahrscheinlicher ist allerdings, nachdem noch vor drei Jahren die ganze Welt als eine einzige Freihandelszone bejubelt wurde, daß die Führungsmächte der großen großen Weltregionen einander zunehmend mit Protektionismus begegnen werden. Für die EG heißt die Perspektive die Verlagerung der Altindustrien in die Billigproduktion und Konzentration auf Hochtechnologie in der Kern-EG. Südeuropa und der Osten sind, bzw. sollen "Werkbänke" der Großen werden. "Die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakei sind für Unternehmen auch als Produktionsstandorte interessant", schwärmt Hans Peter Stihl. "Sie liegen nah an der EG, die Türen in die EG sind dank der Assoziierungsabkommen weitgehend offen, die Arbeitnehmerschaft ist qualifizierungsfähig, Steuern und Löhne sind niedrig. Diese Herausforderung muß die Politik für den Standort Deutschland berücksichtigen." (4)

Das begründet das deutsche Interesse, eine weitere Maastricht-Vereinbarung anzugreifen. Gefordert wird die Umverteilung von Mitteln aus dem Regionalfonds der EG, der den wirtschaftlichen Rückstand in Südeuropa ausgleichen soll, nach Osten. "Die in Maastricht beschlossene Ausweitung des Regionalfonds" schreibt Rolf Hasse von der Bundeswehruniversität, "spiegelt die Binnenorientierung der EG wider, welche die wirtschaftliche Trennung Europas und den Druck, Mitglied der EG zu werden, künstlich verstärken." (8). Entsprechend greifen bundesdeutsche Experten das bisherige Bremsen der EG-Partner beim Marsch nach Osten an. "Zwei Dinge kann die EG beisteuern: eine Öffnung der Märkte und eine Förderung der Infrastruktur über den Regionalfonds", so Hasse. Doch verweigere Frankreich dies "kleinkrämerisch". Die Assoziierungsabkommen mit Polen, der CSFR und Ungarn werden daher kritisiert, da sie "den Zugang für die Güter, bei denen diese Länder am wettbewerbsfähigsten sind", erschweren (ebd.). Und Stihl vergießt Krokodilstränen; wenn er beklagt, daß "wir nicht mutiger waren, den Völkern in Mitteleuropa entschiedener zu helfen durch eine stärkere einseitige Öffnung unserer Märkte bei den Gütern, bei denen diese Länder schon heute lieferfähig sind: Agrarprodukte, Kohle, Stahl und Textil" (4). Doch einige EG-Partner der BRD sind nicht bereit, sich umstandslos die Konkurrenten zur eigenen Produktion ins EG-Haus zu holen, sondern bestehen auf Kontigentierungen der Einfuhren aus den Billiglohnländern Osteuropas.

Berater Hasse warnt vor "Wanderungsbewegungen" aus Osteuropa und empfiehlt der Bundesregierung, "auf einer Öffnung der Märkte ebenso zu bestehen, wie die extreme Binnenorientierung zu relativieren und eine Politik zu initiieren, die den Präferenzraum der EG-Regionalpolitik neu definiert sowie die Tätigkeit der Europäischen Bank für Wiederaufbau, der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank in Osteuropa koordiniert" (8).

Ökonomischer Crash im Osten

Erschwert wird der deutsche Blick nach Osten durch die dortige wirtschaftliche Entwicklung. Die künftige Ostflanke der deutsch-dominierten EG von den baltischen Staaten über Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, sowie die Südostflanke mit Kroatien und Slowenien, ist heute mit Ausnahme Polens, Ungarns und der tschechischen und slowakischen Republik in erster Linie ein Cordon, ein Festungsraum zur Abschottung gen Osten. Am deutlichsten wird dies in der Asylpolitik und den BRD-Eingriffen in die Innenpolitik zur polizeilichen und sogar militärpolitischen Befestigung der jeweiligen Ost- bzw. Südostgrenzen.

Deutsche Politik nach 1989 ist es gewesen, die innere Erosion der großen Zentralstaaten UDSSR und Jugoslawien zu deren Zerschlagung zu nutzen. Die Abtrennung des Baltikums, die Konkurrenz Rußland/Ukraine, das Selbstbestimmungsrecht für Slowenen und Kroatien aber nicht für Serben —, immer wurde die Dezentralisierung und Parzellierung als das beste Mittel nachfolgender Einflußnahme gesehen. Selbst der Spaltungsprozeß der CSFR wurde mit Blick auf sudetendeutsche Optionen von maßgeblichen politischen Kräften der BRD (CSU) befördert.

Sich vor der "russischen Gefahr" im Osten zu sichern, ist nach wie vor maßgebliches Motiv deutscher Ostpolitik. Die binnenökonomischen Schwierigkeiten der sowjetischen Nachfolgerepubliken beim marktwirtschaftlichen Kahlschlag (bereits derzeit führen die GUS-Republiken einen Wirtschaftskrieg untereinander, als daß sie zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum finden) befördern zudem Strategien der weiteren Parzellierung.

Obwohl die BRD ihre starke "Ankerwährung" D-Mark zur EG-Leitlinie machen konnte, nimmt unter den Bundesdeutschen die Europamüdigkeit als DM-Nationalismus zu. Erweist sich, daß die wirtschaftliche Stagnation auf den traditionellen Westmärkten seit 1990 in eine tiefere Rezession führt, verschärfen sich Krise und Konkurrenz auf dem Weltmarkt, und überwiegt bei der "mit Risiken behafteten Herausforderung" (Stihl) im Osten das ökonomische Risiko, kann sich schnell zeigen, daß nicht nur die derzeitige wirtschaftliche Geschäftsgrundlage der deutschen Europapolitik ins Wanken gerät. Dann stehen wieder ganz andere Beherrschungsstrategien zur Debatte. Die außen- und militärpolitischen Mittel könnten bis dahin geschaffen sein.

Heiner Möller

1) Siehe Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, 1977
2) Hanns W. Maull, Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, Europa-Archiv 10/92, M. ist Prof. für Politikwissenschaft und Kodirektor im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
3) Alain Minc, Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa, Hamburg 1992
4)Hans Peter Stihl, Chance Europa. Die europäische Einigung aus Sicht der deutschen Wirtschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte 1, 1.1.93 (der Autor ist Präsident des DIHT — Deutscher Industrie- und Handelstag)
5) Alfred Herrhausen, Um Freiheit und Offenheit, in ders., Reden und Aufsätze, 1990
6) Prof. Dr. Werner Weidenfeld und Josef Janning, Ein Manifest über die Zukunft Europas, FAZ, 15.4.92
7) zitiert nach Peter Ammon, Internationale Politik und technologische Revolution an der Wendemarke, Außenpolitik II/92 (A. ist Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amtes)
8) Rolf Hasse, Deutsche Vereinigung und europäische Umwälzungen, Außenpolitik II/92 (H. ist Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der Hamburger Bundeswehruniversität und der Universität Leipzig)

Polens Westen fest in deutscher Hand

Helmut Kohl anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages 17.6.91: *"Herr Ministerpräsident... Wir bekennen uns mit dem Vertrag, den wir heute unterzeichnen, zur Tradition des friedlichen Zusammenlebens und des fruchtbaren Austauschs, insbesondere in Kultur und Wissenschaft zwischen unseren Ländern und Völkern. Diese Tradition hat lange Jahrhunderte unsere gemeinsame Geschichte geprägt. Weder Krieg noch Leid, weder Hybris noch ideologische Verblendung konnten diese Tradition auslöschen: Denn hinter ihr stand die Idee der gemeinsamen Freiheit!"*

Im Windschatten des ignoranten und selbstherrlichen Auftretens der Bundesregierung gegenüber Polen spielen sich in "Oberschlesien" jene, die sich "deutschstämmig" nennen, als die eigentlichen Herren des Landes auf. Die regional Zuständigen und die Regierung in Warschau tun sich schwer, diesem Treiben Einhalt zu gebieten — stehen doch die ökonomischen und politischen Beziehungen zu Bonn, und nicht zuletzt immer die Frage der noch abzubezahlenden Kredite, im Hintergrund.

Polen macht heute Gesetze und andere Zugeständnisse zugunsten der deutschen Minderheit und duldet ein Vorgehen von sogenannten "Deutschstämmigen", Vertriebenen und Bundesregierung, das sich längerfristig, auch im ökonomischen Bereich, als gegen die eigenen Interessen gerichtet erweisen wird. Dies ist nicht allein mit der Abhängigkeit von der BRD zu erklären. Es ist zum einen auch der Versuch einer Appeasementpolitik — die Hoffnung, durch Zugeständnisse eine Befriedung zu erreichen. Es ist zum anderen aber auch der Glaube an die Bereitschaft und das Interesse der BRD, Polen letztlich aus seiner schwierigen ökonomischen und politischen Lage herauszuhelfen. Davon nicht loszulösen ist die Hoffnung auf eigenen Erfolg, wenn man sich mit dem Erfolgreichen, der BRD als wirtschaftlich potentem "Sozialstaat", verbündet.

Am deutsch-polnischen Verhältnis ist zudem recht deutlich zu sehen, wie die Bundesregierung heute gegenüber Ländern agiert, die von ihr abhängig sind, und wenn ihr von Dritten keine Schranken gesetzt werden können. Das, was vor drei Jahren zu befürchten war, daß die Länder Osteuropas unter bundesdeutsche Hegemonie geraten, ist im Fall Polen bereits geschehen — die BRD konnte die Früchte jahrzehntelanger "Ostpolitik" ernten. Polen ist nach seiner Entlassung aus dem sowjetischen Glacis in den deutschen Machtbereich gerutscht.

Der folgende Artikel beschränkt sich zur Belegung der obigen Thesen auf die Darstellung der Politik von deutscher Minderheit und den Vertriebenenverbänden in Polen und deren enge Verzahnung mit den Interessen der Bundesregierung.

Denkmäler für Hitlers Soldaten

Im Schatten von Großdeutschland begannen sie 1989 eifrig auszugraben, was in Scheunen und Ställen versteckt war und freizulegen, was zugemauert wurde. Meist ein rekonstruiertes Kriegerdenkmal aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, das nach dem Zweiten Weltkrieg von polnischer Seite geschliffen oder zerstört worden war. Neben die Toten des Ersten Weltkrieges wurden Ehrungen für Hitlers umgekommene Soldaten gesetzt, nicht selten ergänzt durch die nach dem Krieg in Polen zu Tode gekommenen Deutschen. In den Widmungen ist von unvergessenen Helden und dem deutschen Vaterland die Rede. Alles so, wie es die alten Fotos zeigen, inclusive des in der Zwischenkriegszeit üblichen Kriegerhelms und Eisernen Kreuzes. 80 solcher Denkmäler haben jene, die sich als "deutschstämmig" bezeichnen, bis zum Oktober letzten Jahres überall im polnischen Schlesien aufgestellt — ohne behördliche Genehmigung, versteht sich. Ebenso wie das Hakenkreuz ist das Eiserne Kreuz in Polen mit dem Trauma der Vergangenheit behaftet, auch im Ersten Weltkrieg waren "Russisch-Polen" und das "Generalgouvernement Warschau" deutsches Kriegsziel. Während die polnische Bevölkerung vielerorts in Selbsthilfe die Kriegsdenkmäler zerstört, verhalten die örtlichen Behörden sich zurückhaltend. Man wolle das Problem nicht hochspielen und auf "europäische und demokratische Art" lösen, so der für Denkmalfragen zuständige Leiter des Oppelner Kreisamtes. In dem Bemühen, "demokratisch" und "europäisch" und bloß nicht "diktatorisch" aufzutreten, hat man von Behördenseite jede Durchsetzung von Autorität gegenüber den "Deutschen" aufgegeben. Auf eine Entfernung der Monumente mag man nicht drängen, statt dessen hofft man, auf dem Verhandlungswege mit den Vertretern der deutschen Minderheit eine "Entschärfung" zu erreichen. So sollen etwa die Eisernen Kreuze durch christliche Kreuze ersetzt werden, auf Gedenktafeln für den Zweiten Weltkrieg soll nicht von "Helden", sondern von "Opfern" die Rede sein. Auch sollen die Namenlisten überprüft werden, ob sie keine SS-Angehörigen oder Kriegsverbrecher enthalten (FR, 29.10.92).

Daß Deutsche in Polen wieder offen diejenigen ehren, die das Land mehrfach eroberten und blutig unterjochten, die Zivilbevölkerung massakrierten, Kriegsgefangene erschossen, Polen und Juden in die Gaskammern trieben und nicht zuletzt an die Möglichkeiten militärischer Wiederinbesitznahme Polens erinnern, findet mittlerweile in deutschen Medien unverhüllte Sympathien. Mit "Verbitterung", so die "Zeit" verständnisvoll, hatten die Deutschen hinnehmen müssen, daß ihnen das kommunistische Polen nicht einmal mehr das Gedenken an die Toten gestattete. Sie läßt auch ihre Sympathien fühlen für den "Oppelner Photograph(en) und Heimatforscher Fryderyk Kremser", dem die Forderung der Ersetzung des Eisernen durch ein christliches Kreuz "unannehmbar" erscheint. "Irgendwann hat für ihn die Manipulation ein Ende. In dieser Frage erwar-

tet er ein Entgegenkommen der polnischen Seite." ("Zeit",18.12.92)

Von Seiten der Bundesregierung war keine offizielle Stellungnahme zu den Vorfällen zu finden, wie ohnehin keine Bemühungen erkennbar sind, politisch mäßigend auf die Organisationen der deutschen Minderheit einzuwirken. Die Verarbeitung des Faschismus auf Mahnmalsebene in Polen wird jetzt ohnehin pikant. Während sich die Bundesregierung beharrlich weigert, zur Erhaltung von KZ-Gedenkstätten beizutragen, setzte sie nach jahrelangen Bemühungen 1989 gegenüber Polen durch, daß dort Mahnmale für den "Kreisauer Kreis" und an Hitlers "Wolfsschanze" für das Stauffenberg-Attentat — jeweils mit deutsch-polnischem Text — aufgestellt wurden.

Einzig Staatspräsident Walesa fand eutliche Worte, die indirekt auch an die Bundesregierung gingen. In einer Presserklärung Mitte Dezember 1992 bezeichete er die Aktivitäten der deutschen Minerheit als ein zu bekämpfendes "Zeichen es Chauvinismus, unvereinbar mit polnichem Recht und internationalen Verägen", daß die "Grundlagen des Zusamenlebens" zerstöre. Die Grenzen seien ndeutig festgelegt. "Die sie untergraben ollen, werden den europäischen Frieden ntergraben." (FAZ, 9.11.92) Walesa hat as Büro für Nationale Sicherheit aufgeordert, mit den Gesetzesüberschreitungen chluß zu machen. Darüber hinaus soll ein onderminister für die Lösung auch der irtschaftlichen Probleme in Schlesien befen werden (7.12.92). Walesa nach einem ericht der "Nowy Swiat": "Ich habe geg von diesem Spiel. Wenn jemand Krieg aben will, wird er ihn bekommen."

D.h. anders als hierzulande, wo die poischen Aktivitäten der Deutschen als innerei heimattümelnder Figuren abgen werden, werden sie in Polen als Versuch ngeschätzt, Schlesien in der einen oder deren Form aus dem polnischen Staat rauszulösen. "Wie ernst (die) ... Warhauer Führung die Lage in Schlesien zwischen einschätzt, davon konnte sich r polnische Fernsehzuschauer in einem richt über die feierliche Vereidigung von kruten überzeugen: Staatspräsident Wasa begründete die Notwendigkeit einer akten polnischen Armee auch mit dem nweis auf die Situation in Schlesien." AZ, 7.12.92)

Seminare über die "Auschwitzlüge"

Neben den Vertriebenenverbänden können sich auch deutsche Nazis recht ungestört in "Oberschlesien" tummeln und ihre Ideologien mit hierzulande kaum vorstellbarer Dreistigkeit und Offenheit verbreiten. Aus den Reihen der deutschen "Freundschaftskreise" in Polen wurde für die Ansiedlung von drei Mitgliedern der "Nationale Offensive" in Dziewkowice bei Oppeln gesorgt — der Bürgermeister des Ortes ist stolzer Besitzer eines Ordens der "Notverwaltung des deutschen Ostens". NO-Mitglied Peter Goetz sitzt im Vorstand des Ortsverbandes der Minderheit. In einem, wie selbst "die Zeit" schreibt, "angeblich" mit Privatgeldern gekauften Haus soll das "deutsche Volkstum" in Schlesien, Pommern und Ostpreußen wiederbelebt und für die "Reichstreue der Jugend" geworben werden, nebenbei führt Goetz hier den Deutschunterricht für die Kinder durch. Nach der Renovierung des Hauses soll hier die Zentrale der "Nationalen Offensive" in Polen entstehen, Bibliothek inclusive (Spiegel, 45/1992). Neben Einheimischen lernten auch Angereiste aus alten und neuen Bundesländern, daß Auschwitz eine große Geschichtslüge sei und das deutsche Reich in den Grenzen von 1914 fortbestehe. Die "Nationale Offensive" trat zunächst als Ableger des Konstanzer Vereins "zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa" auf, der auch über Kontakte nach Königsberg, Litauen und in die Ukraine verfügt. Nach der Herausgabe der Monatszeitung "Schlesien-Report" will der Verein einen deutschsprachigen Sender auf dem St. Annaberg eröffnen. Für die Erteilung einer Sendeerlaubnis wollte Warschau grünes Licht geben. Das Geld für derartige Aktivitäten — 30.000 DM für das Haus in Dziewkowice, 40.000 DM für die Sendeanlagen — kann kaum allein aus den Reihen der "Nationale Offensive" geflossen sein.

Ein Jahr lang schritten die polnischen Behörden nicht ein, ehe sie Günther Boschütz wegen Ungültigkeit seines Visums des Landes verwiesen. Daß die Bundesregierung nicht unwissend den Grenzübertritt der NO-Mitglieder gestattete, läßt sich auch an der Reaktion des Fraktionsvorsitzenden der deutschen Minderheit im Sejm, Henryk Kroll, erahnen: "Warum soll nun die deutsche Minderheit verantwortlich sein für die Fehler der Bundesregierung, die uns Neonazis schickt und der polnischen Regierung, die sie nicht zur Ordnung ruft." (Zeit, 18.12.92)

In der Heimat bleiben und zu Deutschland gehören

Entgegen allen Beteuerungen der "Freundschaftskreise" schwimmen die Neofaschisten dort wie Fische im Wasser. Die deutsche Minderheit knüpft mit ihren Aktivitäten und in ihrem Gebaren recht nahtlos dort an, wo ihr 1945 das Handwerk gelegt wurde.

Die Versammlung der deutschen "Freundschaftskreise" im Bezirk Katowice beginnt mit dem Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes, über dem Rednerpult hängt ein Transparent: "Das Leben als Deutscher in Schlesien muß wieder lebenswert werden". Zu Gast ist der Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen (BdV) in NRW. Der Bezirk Katowice hat mehr als hundert Ortsverbände der "Freundschaftskreise" mit insgesamt ca. 70.000 Mitgliedern (FAZ Magazin, 14.12.92), im Bezirk Opole kommt man sogar auf 200.000. Bei der Vorstandswahl ist vor allem entscheidend, daß man in keiner polnischen Organisation tätig war, die Erwähnung der Mitgliedschaft in der HJ oder im BDM wird positiv vermerkt.

Die von der polnischen Regierung garantierten Minderheitenrechte sind ihnen nicht genug — "politisch fühlen wir uns vom (deutschen) Vaterland verraten." Der Wunsch von Blasius Hanczuch, "am liebsten in der Heimat bleiben und als Deutscher zu Deutschland gehören, wobei Schlesien auch für Polen Heimat sein soll" (FAZ-Magazin) bestimmt die Politik der "Freundschaftskreise". Viele teilen die Einschätzung des Dorfvorstehers von Naklo: "Der Kohl will erst die Wiedervereinigung, dann holt er uns." Und die endgültige Grenzanerkennung? "Welche Grenzanerkennung war schon je endgültig! Wer hätte schon vor einem Jahr gedacht, daß Leipzig heute wieder zu Deutschland gehört?" (Zeit, 5.10.90) Und so läßt man auch ungeniert "Staatsangehörigkeitsausweise der Vereinigten Ostdeutschen Länder", Vorderseite "Deutsches Reich", kursieren.

Über die Größe der deutschen Minderheit gibt es unterschiedliche Zahlen. Von ca. 1,6 Millionen Deutschen, die nach 1945 in Polen lebten, dürften 300.000-500.000 verblieben sein, die meisten in den Gebieten Katowice (auch mal Kattowitz), Opole (Oppeln) und Czestochowa (Tschenstochau).

Noch unter dem polnischen Kriegsrecht gab es im Mai 1986 die erste größere Zusammenkunft in Ratibor mit 200 Teilnehmern, erste öffentliche Aktivitäten bestanden in der Pflege deutscher Kriegsgräber. Im Jahr der Wende 1989 sammelte Johann Kroll in Opole 260.000 Unterschriften derer, die sich als "Deutsche" bezeichnen. Politisch sah man sich bereits außerhalb des "polnischen Machtbereiches" — die insgesamt 400.000 Unterschriften wurden der Deutschen Botschaft(!) übergeben. Den polnischen Behörden wurden lediglich die Zahlen der Unterschriftensammlung mitgeteilt. Im gleichen Jahr zeigte sich die Minderheit erstmals öffentlich als fünfte Kolonne des Vierten Reiches. Anläßlich des Kohl-Besuches im schlesischen Kreisau hielten sie Transparente hoch: "Helmut, du bist auch unser Kanzler!".

Inzwischen ist man bestens organisiert: Im September 1990 erfolgte die Zusammenfassung aller Organisationen und Freundeskreise zum "Zentralrat der deutschen Organisationen in Polen." Bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 erreichte die deutsche Minderheit überall dort Mehrheiten, wo die Aussiedlung 1945 Stückwerk blieb: In Opole und rund um den Annaberg wurden 380 von 500 deutschen Kandidaten gewählt, 30 Bürgermeister stellen sie heute. Neben den "Freundschaftskreisen" gibt es überall in "Oberschlesien" deutsche Trachtengruppen, Blasmusikkapellen, Frauenchöre, deutsche Kneipen — dumpfestes Deutschtum, wie man es hierzulande vermutlich selbst in Bayern suchen muß.

Einstweilen verlegt man sich von Seiten der "Freundschaftskreise" auf die sukzessive Durchsetzung jener "Autonomie", die die polnische Regierung (noch?) nicht einräumen will. Neben der Aufstellung der Kriegerdenkmäler ist man in den mehrheitlich deutschen Gemeinden dazu übergegangen, die polnischen Ortstafeln und Straßennamen zu entfernen und durch zweisprachige oder deutsche zu ersetzen. "Und damit ihre Orte möglichst deutsch klängen, griffen sie zu den Bezeichnungen, die im faschistischen Deutschland den germanischen Charakter Schlesiens unterstreichen sollten. Statt des alten Schewkowitz (Dziewkowice) also wählten sie Frauenfeld, statt Leschnitz (Lesnica) Ergstadt — nur Hitlersee wurde nicht reaktiviert." (Zeit, 18.12.) Politische Rückendeckung für die Eindeutschung der Region gibt es aus Bonn allemal. Zuletzt verweigerte sich die polnische Regierung in den Verhandlungen um den Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag 1991 dem seit Jahren immer wieder von der Bundesregierung vorgetragenen Ansinnen nach zweisprachigen Ortsschildern in "schlesischen und ostpreußischen Dörfern". Doch die Vertriebenenverbände und die Bundesregierung wollen nicht locker lassen. Die Forderung findet sich zum einen wieder in einer Entschließung der Koalitionsfraktionen zum Nachbarschaftsvertrag, zum anderen in einem gemeinsamen Memorandum der beiden Außenminister, wo Polen sich verpflichtet in Anbetracht der Perspektive des EG-Beitritts die Frage doppelter Ortsnamen "zu gegebener Zeit zu prüfen", d.h. als Preis eines EG-Beitritts zu zahlen.

Durchschlagskraft erhielten die deutschen "Freundschaftskreise" durch ihre Liaison mit dem BdV, der sich Hand in Hand mit dem Auswärtigen Amt um die Anmietung und Ausstattung der über 200 deutschen Begegnungsstätten kümmert. Gezahlt wird vom BdV eine "Erstausstattung" im Wert von 70.000 DM, Deutschlandfahne inbegriffen, sowie die laufenden Kosten. Die weitere Ausschmückung der Räume mit schwarzrotgoldenem Stoff, reichlich aufrüttelnden Texten mit viel "Heimat", "Vaterland", "Schlesien" und "Deutschland" ist nicht ungern gesehen, ebenso wie die Ausstattung mit einer Landkarte von Deutschland in den Grenzen von 1937.

Als Gegenleistung für seine Bemühungen erwartet der BdV, daß die "Freundschaftskreise" sich nicht auf "Kulturpolitik" beschränken, sondern gegen "die Abtretung (der) deutschen Heimat an den polnischen Raubstaat" kämpfen ("Der Schlesier", 8.10.90). Jener Teil der deutschen Minderheit, wie die Arbeitsgemeinschaft "Versöhnung und Zukunft", die die Grenzen nicht in Frage stellt und auf Zusammenarbeit statt auf Konfrontation mit der polnischen Regierung setzt, wird dementsprechend von den Vertriebenen geschnitten. Sie müssen Räume und Bibliotheken aus eigenen Mitteln ausstatten.

Deutscher Kack im europäischen Frack

"Oberschlesien" ist zum ersten Betätigungsfeld westdeutscher BdV-Funktionäre geworden. Im April 1990 tourte der damalige BdV-Generalsekretär Koschyk mit dem Vorsitzenden der "Ostdeutschen Menschenrechtsgesellschaft" durch Schlesien und veranstaltete mit einem Geesthachter Heino-Verschnitt Heimatliederkonzerte, bei denen für die Ziele der Schlesischen Landsmannschaft geworben wurde. Im Juli des gleichen Jahres inszenierte Koschyk die bis dahin größte Kundgebung der deutschen Minderheit seit 1945. Vor dem Eichendorff-Geburtshaus in Raciborz (auch mal Ratibor) brachte der Präsident der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg, vor 20.000 Menschen die Vision vom "Südtirol des Ostens" unter die Leute, mit "Autonomie" für die Region als "Ziel" (oder Übergangslösung). Nach dieser von der polnischen Regierung geduldeten Manifestation ging bei der deutschen Minderheit die Hoffnung um, doch nicht umsonst "ausgeharrt" zu haben. Die Verabschiedung des "Grenzvertrages" war für viele ein schwerer Schlag, hatten die einschlägigen Medien und Funktionäre der Landsmannschaft und des BdV ihnen im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung Angliederungs-Hoffnungen gemacht.

Die Demonstration war Teil einer Kampagne unter dem Motto: "Frieden durch freie Abstimmung", die eine "Alternative" zur völkerrechtlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze bieten sollte. "Vor Gebietsentscheidungen" sollte eine Abstimmung in "Schlesien, Oberschlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen" unter den "Deutschen" und "Nichtdeutschen", sowie den von dort "vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen und ihren direkten Nachkommen" durchgeführt werden. Entschieden werden sollte, ob die "Abstimmungsgebiete zu Deutschland, zu Polen ... oder zu einem neuen europäischen Territorium" gehören sollten.

Historisch angeknüpft wird damit an die im Versailler Vertrag festgelegten Plebiszite in den west- und ostpreußischen Bezirken Marienwerder und Allenstein sowie in "Oberschlesien". In Erwartung einer wirtschaftlichen Besserstellung und vor dem Hintergrund der äußeren Gefährdung des polnischen Staates, entschied sich 1920/21 auch ein Teil der polnischen Bevölkerung für den deutschen Staat.

Zur Kampagne des BdV gehörte ein fünfstufiger Plan zur "Europäisierung" Schlesiens mit dem Ziel der politischen Autonomie. Als erste Stufe war die "Bildung eines exterritorialen Freihafens Stettin mit Umland" vorgesehen, eventuell unter deutsch-polnischer Verwaltung, der sowohl der polnischen Wirtschaft Zugang zur Ostsee gewähren sollte, aber "auch seine alte Funktion als Hafen Berlins wahrnehmen könn-

"Im weiteren sollten die geteilten Städte Oder und Lausitzer Neiße, Frankfurt .Oder, Küstrin, Görlitz, "unbeschadet derseitiger Souveränitätsrechte", eine neinsame Kommunalverwaltung erhal-. Am Ende sollte als verdecktes deutnes Protektorat der "Aufbau einer automen Landesverwaltung mit eigenen Hotsbefugnissen" stehen, gesponsert mit rheblichen" finanziellen Mitteln Bonns Deutscher Ostdienst", 9/90).

Politischen Druck erhoffte der BdV sich sein Vorhaben von der anhaltenden onomischen Krise in Polen. "Nicht we-;e Menschen in Schlesien bezweifeln, 3 Warschau in der Lage ist, Oberschlen aus der Misere zu führen", so der eutsche Ostdienst". Der damalige BdV-neralsekretär Koschyk, der bis heute auf uro-Regionen" an der Grenze setzt, pfahl die Abstimmung den Polen als zesten Weg nach Europa: "Polen wäre ır schnell dort, wo es hingehört, in Euoa".

Über die "Freundschaftskreise" und die ıktion der deutschen Minderheit im Sejm ingt es dem BdV, seine Kampagnen ch in parlamentarische Politik umzuset-ı. Der Ruf nach "Autonomie" und einer opelten Staatsbürgerschaft für alle eutschstämmigen" wurde von den reundschaftskreisen" in ihren Fordegskatalog für den Nachbarschaftsver-; aufgenommen. Autonome Rechte für berschlesien", vor allem in wirtschaftıen Angelegenheiten, sind auch das chtigste Anliegen der Vertreter der deuten Minderheit im Sejm. Damit soll die siedlung deutscher Unternehmen er-htert werden, gegenüber der sich Warau gerade hier reserviert verhält. Zur terstützung dieses Anliegens wurde n BdV 1990 in "Großstrehlitz" das erste ro für Wirtschaftsförderung eröffnet. Es bt mit "Stundenlöhnen von einer Mark fzig bis zwei Mark, fehlenden Umweltutzauflagen, gut ausgebildeten Induearbeitern und: Man spricht deutsch!"

Ziel dieser Politik ist es, eine Besserstelg der Region durch deutsche Wirtaftshilfen und Investitionen und insbedere durch Besserstellung der "Deuten" zu erreichen. Dies könnte langfri-: auch bei den dort lebenden Polen den ınsch wecken, die Region zu "europäi-en" und damit in der einen oder anderen m Deutschland zu assoziieren. "Die utschen werden uns kaufen" und "letztı wird uns nichts anderes übrigbleiben, die Grenzpfähle zu versetzen", so die resignativen Befürchtungen in der "Gazeta Wyborczka".

Deutsches Klein Walsertal auf polnischem Boden

Die Hoffnungen, die Vertriebene und deutsche Minderheit mit einer "Europäisierung" des polnischen Westens verbinden, wirft auch ein pikantes Licht auf den "Stolpe-Plan". Anläßlich seines Besuches in Warschau im Sommer 1991 legte der brandenburgische Ministerpräsident einen fix und fertig ausgearbeiteten Plan zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraumes auf beiden Seiten der Oder vor. Vorgesehen waren darin mehrere Sonderwirtschaftszonen in Frankfurt/Oder, Zittau und Küstrin/Kostrzyn. Die Finanzierung der Projekte sollte über eine "Entwicklungsbank" laufen — Hauptsitz selbstverständlich in Berlin, Zweigstellen in Bonn, Warschau und Brüssel. "Die Förderkonzeption beinhaltete auch die Schaffung eines deutschen Wirtschaftsgebietes analog dem Kleinen Walsertal auf polnischen Territorium." (Handelsblatt, 30.7.91) Genau dieser Teil des Planes — den Ausbau des polnischen Teiles der Insel Usedom als deutsches Wirtschaftsgebiet, mit deutschem Management und der D-Mark als Zahlungsmittel — wurde als Ausdruck deutscher Expansionsabsichten gewertet. Befürchtungen machten die Runde, die Deutschen wollten, gestützt auf ihre Überlegenheit, Gebiete an sich binden, auf die sie in den deutsch-polnischen Verträgen verzichtet haben. Welche Absichten von BRD-Seite mit einer EG-Integration Polens verbunden werden, verdeutlichte Elmar Pieroth für die brandenburgische Landesregierung bei der Vorstellung des Projektes im Sommer 1991: die Sache dürfe von polnischer Seite nicht so aufgefaßt werden, "als wollten die Deutschen durch die Hintertür in ihre früheren Gebiete zurückkehren" (darf man gut und gerne als gelogen unterstellen). Vielmehr gehe es um eine Integration im Sinne der europäischen Idee (Zeit, 12.3.92). Oder, wie Phillip von Bismarck, Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, es ausdrückte: "Wie soll Pommern die Freiheit wiedererlangen, wenn nicht Europa bis zum Schwarzen Meer geht?"

Bei allen Nachteilen, die ein EG-Beitritt osteuropäischer Staaten für "zahlende" Länder wie die BRD hat, wird er gerade im Falle Polens mit ökonomischem und politischem Expansionismus verknüpft. In Polen ist man überzeugt, daß der erwünschte Eintritt in EG und Nato — auch gesehen als Schutz **vor** Deutschland — von einem positiven Votum Deutschlands abhängig ist. Die Bundesregierung verspricht bei jeder Gelegenheit als "Zugeständnis" an Polen: "Die Heranführung wird von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften gefördert" — doch diese Erklärung ist selbstverständlich unverbindlich. Als Preis für den Eintritt in den EG-Club wird Polen alle Schranken und Hindernisse für die wirtschaftliche Hegemonie der BRD beseitigen müssen. Als direktes deutsches "Einflußgebiet" bietet sich der polnische Westen an, insoweit liegt ein hoher politischer Einfluß der deutschen Minderheit, der eine gute Organisierung voraussetzt, und eine zumindest partielle Autonomie der Region, durchaus im bundesdeutschen Interesse. Kohl hatte Polen schon im Mai 1990 in einer Erklärung der Bundesregierung gemahnt, gemeinsam müsse es darum gehen, "in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten."

In einer Entschließung der Koalitionsfraktion zum Nachbarschaftsvertrag werden jene Fragen, für die "jetzt noch keine befriedigende Lösung" gefunden wurde und die das wirtschaftliche Engagement sowie die Rechte der Deutschen in Polen betreffen, miteinander und direkt mit "der Aussicht auf einen EG-Beitritt Polens" verknüpft. So liege es im "Interesse Polens, wenn den Deutschen vor einer EG-Mitgliedschaft die Gelegenheit gegeben werde, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen." Diese Drohung mit wirtschaftlichen Eingriffen Deutschlands soll letzte Hemmnisse dafür, u.a. die Unmöglichkeit, Grund und Boden zu erwerben, ausräumen. Und eben jenes Verbot in Polen, Land an Ausländer zu verkaufen, sollte die Rückkehr vertriebener Deutscher verhindern. Und so betrifft die zweite zu regelnde Frage die "Möglichkeiten deutscher Bürger, sich in Polen niederzulassen, einschließlich derer, die ihre Heimat verlassen mußten." Bereits im Zuge der Verhandlungen um den Grenzvertrag hatten der CSU-Vorsitzende Waigel und Dregger (CDU) gefordert, das "Recht auf Heimat" für die Vertriebenen mit aufzunehmen, der Vertrag solle darüber hinaus den "europäischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze festlegen". (FR, 25.5.90) Die CSU hatte die Verabschiedung der Entschließung zur

Voraussetzung ihrer Zustimmung zu den Verträgen gemacht.

Das Kulturgut der Vertreibungsgebiete erhalten

Wie weiland in der Weimarer Republik kann man den BdV gut und gerne als Instrument der heimlichen Revisionspolitik der Bundesregierung begreifen. Nicht zuletzt die hohe Finanzierung aus Steuergeldern — nachdem die DDR heim ins Reich gekehrt ist, wurden die BdV-Mittel aufgestockt — machen das Einverständnis mit einer Politik deutlich, die die Bundesregierung selbst eben nicht betreiben kann. Gemäß §96 des Bundesvertriebenengesetzes haben Bund und Länder die Aufgabe, das "Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie des gesamten deutschen Volkes und des Auslands zu erhalten." (Auslandskurier, 11/91) Dem Innenministerium stehen seit 1991 dafür neue Fördermittel in Höhe von 7,3 Millionen DM zur Verfügung (1989: 0,85 Mio. DM, 1990: 3,5 Mio.). Daneben kann die Bundesregierung für kulturelle Aktivitäten zugunsten der deutschen Minderheit auch auf erhebliche Mittel aus der Umwandlung der deutschen Kredite in Zloty zurückgreifen.

Aus Mitteln der Bundesregierung werden, neben der Anmietung und Ausrüstung der Begegnungstätten der deutschen Minderheit, Laientheater- und Volksliederabende, Sach- und Bücherspenden, die Ausbildung von Erzieherinnen und die Ausstattung von Kindergärten finanziert. Das Programm der Bundesregierung zur Förderung der deutschen "Muttersprache" (die im übrigen meist polnisch war) durch Entsendung deutscher Gastlehrer wird zum Schuljahr 1992/93 ergänzt durch ein vom Ex-BdV-Generalsekretär Koschyk vorgeschlagenes Lehrerentsendungsprogramm für pensionierte Lehrkräfte. Der Clou der Sache: dem BdV wurde dabei die Anwerbung der Seniorenlehrer sowie die Prüfung ihrer Lehrbefähigung übertragen!

Auch über den Äther wird der Westen Polens mit deutschem Kulturgut berieselt: Der Deutschlandfunk strahlt den Radiosprachkurs "Auf Deutsch gesagt" dorthin aus, die Deutsche Welle versorgt die "Deutschstämmigen" mit Funk- und Fernsehbeiträgen.

Politisch kann die deutsche Minderheit über Unterstützung aus Bonn nicht klagen. Kohls Polen-Besuch 1989 fiel in die Phase der Formierung der deutschen Minderheit. Die von Bonn gewünschte Teilnahme an einer Messe auf dem Annaberg sollte eben jene Organisierung unterstützen, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite wurde mit Massendemonstrationen "deutscher" Schlesier gerechnet.

Mit einem Besuch im August letzten Jahres stärkte Kinkel der deutschen Minderheit in der Hochphase der Aufstellung von Kriegerdenkmälern und deutschen Straßenschildern den Rücken. Den Vertretern der deutschen Minderheit sagte er eine "weitere Verbesserung" ihrer Lage zu und ersuchte die polnische Regierung, "der deutschen Minderheit die Gelegenheit zur Entfaltung zu geben." Außenminister Skubiszewski zeigte sich laut Kinkel "aufgeschlossen, weil Polen ein gutes Verhältnis zu Deutschland will" — im Klartext: Der Mann ist erpreßbar, weil Polen politisch und ökonomisch abhängig ist.

Ein wichtiges Instrument zur Bindung der deutschen Minderheit in Polen ist die Politik der doppelten Staatsbürgerschaft. Seit 1991 können die "Freundschaftskreise", aber auch aus Bonn gesandte Anwälte in der deutschen Minderheit für den zusätzlichen Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft werben. Die Möglichkeit, Deutscher zu werden und trotzdem in Polen zu bleiben, verleiht der deutschen Minderheit u.a. den Vorteil, jederzeit in Deutschland zu arbeiten und somit zu sonst in Polen kaum zu erreichendem Wohlstand zu kommen — oder auch sich dem polnischen Militärdienst zu entziehen, wie die örtlichen Behörden klagen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft ist weder im polnischen noch im deutschen Recht vorgesehen. In Deutschland ist sie nur in ganz seltenen Fällen und nach manchmal 20jährigem Verfahren zu erlangen. Die "Oberschlesier" werden nach dem auch nach der Wiedervereinigung nicht gestrichenen §116GG Deutsche, nach dem noch jeder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, der als Deutscher, "Ehegatte oder Abkömmling in den Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat." Die völkerrechtlichen Probleme, wenn 200.000 oder mehr deutsche Staatsbürger in Westpolen leben, sind derzeit noch gar nicht absehbar. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, geht von einer "Obhutspflicht" der Bundesregierung für die Deutschen in "Oberschlesien" aus, die seiner Meinung nach vom Bundesaußenminister "nachvollziehbar deutlich gemacht werden" sollte. (FAZ, 6.3.92) Eine derartige Obhutspflicht für amerikanische Bürger war den USA schon mehrfach Anlaß für Interventionen gewesen — im Falle innenpolitischer Unruhen in Polen werden "Rettungsaktionen" von rechts mit Sicherheit eingeklagt.

Fazit

Der Abschluß des Grenz- und Freundschaftsvertrages wird Polen nicht die ersehnte Sicherheit im Verhältnis zur BRD und den Frieden in Westpolen bringen. Im Gegenteil — die Verträge haben die Möglichkeiten der deutschen Minderheit, des BdV, der Bundesregierung u.a. weiter vergrößert, die Zugehörigkeit der Region zu Polen faktisch in Frage zu stellen. Weitere Auseinandersetzungen um Schlesien sind vorprogrammiert. Die deutschen Gebietsansprüche erweisen sich, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Gezappels, das die Bundesregierung vor dem Abschluß des Grenzvertrages veranstaltete, als offenes Kapitel.

Derartige Ambitionen laut herauszuposaunen ist heutzutage unnötig — stille finanzielle und politische Rückendeckung aus Bonn ermöglichen dem bundesdeutsches Kapital und dem BdV recht effektive Arbeit.

Sabine Roisch

Wolga-Germania

Das Projekt "Autonome Deutsche Wolgarepublik"

)ie "Deutschtums" — oder Volksgrup-)enpolitik ist wieder verstärkt ein Faktor n der deutschen Osteuropapolitik gewor-len. Schon 1988 wurde im Innenministe-ium eine eigene Abteilung für die Betreu-ıng der deutschen Minderheiten in Osteu-opa eingerichtet und ihr extra ein Staats-ekretär, Waffenschmidt, verantwortlich ugeordnet. Mit dem Zusammenbruch der Staaten des RGW hat die Bedeutung der Volksgruppenpolitik noch zugenommen, la die rund 3,5 Mio. Menschen in Osteu-opa, die sich zum "Deutschtum" beken-ıen (und die Zahl wird immer größer!), inen willkommenen Anlaß boten, loyale Enklaven auf dem Territorium anderer Staaten aufzubauen und so die Ostexpan-ion zu untermauern.

In allen Nachbarschaftsverträgen, die die Bundesrepublik mit osteuropäischen Län-lern geschlossen hat, wurden Sonderrechte ür die jeweiligen deutschen Volksgruppen estgeschrieben. Sie dürfen ihre Sprache, Kultur und Traditionen pflegen und unge-ıindert ausüben. Außerdem ist es ihnen etzt gestattet, eigene Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, eigene Zeitungen und Rundfunkstationen zu unterhalten sowie ıneingeschränkte Kontakte zu allen deut-chen Regierungs- und Verwaltungsstellen ufzunehmen. Seit 1988 bekommen die leutschen Volksgruppen auch gezielte virtschaftliche Hilfen von Seiten der Bun-esregierung zum Aufbau von eigenen Be-rieben.

)ie Wolgarepublik im Fadenkreuz deutscher Politik

Eine Besonderheit deutscher Volksgrup-en- und Einmischungspolitik ist das Agie-en der Bundesregierung für die Wieder-ıerstellung der "Autonomen Deutschen Volgarepublik" in Rußland. Frühzeitig ist ıier die Bundesregierung, mit der Begrün-lung der Wiedergutmachung des "beson-lers erlittenen Unrechts" der Rußlanddeut-chen durch Stalins Zwangsumsiedlung 941 in die Offensive gegangen.

Im Unterschied zu anderen Völkern der hemaligen Sowjetunion haben die Deut-chen dort eine, zeitlich gesehen, kurze Geschichte. Die Rußlanddeutschen beru-fen sich auf die Wiedergründung einer Re-publik, die nicht einmal 20 Jahre existiert hat. Der größte Teil der Rußlanddeutschen sind Nachfahren der von Katharina II. im 18. Jahrhundert in das Land an der Wolga gerufenen Kolonisten.

Der erste Sowjetkongreß der "Arbeits-kommune der Wolgadeutschen" beschloß 1918 die Bildung eines autonomen Gebie-tes an der Wolga. Dieser Beschluß wurde am 19.10.1918 durch ein von Lenin unter-schriebenes Dekret des Rates der Volks-kommissare bestätigt. Nach mehreren Ver-änderungen erhielt das Gebiet 1924 den Status einer "Autonomen sozialistischen Republik der Wolgadeutschen", die ab 1936 in die Russische Förderation einging.

Die Wolgadeutschen haben diese Repu-blik aber nie allein bewohnt. Von den rund 600.000 Einwohnern waren auch 22% Rus-sen und 12% Ukrainer. Es wäre also ein Mythos, heute von "der deutschen Wolga-republik" zu sprechen.

Wenige Wochen nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjet-union wurde im August 1941 auf Betreiben Stalins die Auflösung der Wolgarepublik angeordnet. Ihre Bewohner wurden nach Kasachstan und in andere asiatische Teile der Sowjetunion zwangsumgesiedelt. Aus der gesamten Sowjetunion wurden 1941 894.000 Deutsche umgesiedelt. Nach Kriegsende wurde die Verbannung durch ein Dekret des Obersten Sowjet vom 26.11.1948 festgeschrieben, mit dem allen zwangsumgesiedelten Völkern der Sowjet-union (das betraf auch Krimtartaren, Kau-kasier und andere) für das Verlassen der Ansiedlungsgebiete bis zu 20 Jahren Haft angedroht wurde. Am 29.8.1964 wurden die Deutschen in der Sowjetunion rehabi-liert. Das Verbot der Rückkehr blieb aber in Kraft.

Mit Beginn von Perestrojka und Glasnost und besonders, seitdem die Rußlanddeut-schen durch das Bonner Innenministerium speziell betreut werden, wurde der Ruf nach "Wiedergutmachung" und nach ei-gener staatlicher Autonomie immer lauter.

Bei den Verhandlungen für den deutsch-sowjetischen Vertrag 1990 drängte die deutsche Seite darauf, auch das Problem der Rußlanddeutschen aufzunehmen und zu regeln. Der Vertrag regelte, daß die Rußlanddeutschen in der Sowjetunion vol-le Minderheitenrechte erhalten und die Bundesregierung sie ungehindert unter-stützen kann.

Es folgte eine Reihe von Gesetzen und bilateralen Abkommen, die schrittweise auf die deutsche Wolgarepublik hinarbei-teten. Als bisher letzter und weitestgehen-der Schritt wurde im April 1992 zwischen der Bundesrepublik und Rußland ein Ab-kommen über die volle deutsche staatliche Autonomie an der Wolga unterzeichnet und von beiden Seiten ratifiziert.

Als erste Maßnahmen auf dem Weg zur deutschen Wolgarepublik werden in dem Vertrag Selbstverwaltungsgebiete, soge-nannte deutsche Rayons (deutsche natio-nale Kreise), um Saratow und Wolgograd (Teilgebiete der ehemaligen "deutschen Wolgarepublik") ausgewiesen. Diese Ge-biete sollen die "Keimzelle" für die wieder entstehende Wolgarepublik sein. Als auto-nomen Bezirken wird ihnen von russischer Seite zugesichert, daß sie eigenständig "Verträge mit ausländischen Regierungen schließen und eigene Steuern erheben, so-wie autonom über Bodenschätze verfügen können" (FAZ, 24.4.92).

Darüberhinaus wird Rußlanddeutschen, die in diese Rayons ziehen, das uneinge-schränkte Recht zugesprochen, Grund und Boden zu erwerben. Dies ist eine der Kern-voraussetzungen für die geplanten Privati-sierungen an der Wolga und von besonders großem Interesse für deutsche Investoren. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, so kündigten deutsche Unternehmen an, werden sie an der Wolga investieren. Der Technologiekonzern Daimler-Benz hat in Bonn bereits Interesse und Unterstützung für die Wolgarepublik bekundet und ange-kündigt, ein Unimog-Werk zu bauen sowie die in Mannheim auslaufende Omnibus-Produktion dort anzusiedeln. (Hamburger Abendblatt, 21.7.92, FAZ, 9.9.92). Fürs erste bildet Daimler auf der Grundlage ei-ner Vereinbarung zwischen dem russi-schen Minister für Minderheitsfragen Pro-kopjew und dem Daimler-Chef Reuter Ju-

Wolga-Germania

Das Projekt "Autonome Deutsche Wolgarepublik"

Die "Deutschtums" — oder Volksgruppenpolitik ist wieder verstärkt ein Faktor n der deutschen Osteuropapolitik geworden. Schon 1988 wurde im Innenministerium eine eigene Abteilung für die Betreuung der deutschen Minderheiten in Osteuropa eingerichtet und ihr extra ein Staatssekretär, Waffenschmidt, verantwortlich zugeordnet. Mit dem Zusammenbruch der Staaten des RGW hat die Bedeutung der Volksgruppenpolitik noch zugenommen, la die rund 3,5 Mio. Menschen in Osteuropa, die sich zum "Deutschtum" bekennen (und die Zahl wird immer größer!), einen willkommenen Anlaß boten, loyale Enklaven auf dem Territorium anderer Staaten aufzubauen und so die Ostexpansion zu untermauern.

In allen Nachbarschaftsverträgen, die die Bundesrepublik mit osteuropäischen Ländern geschlossen hat, wurden Sonderrechte ür die jeweiligen deutschen Volksgruppen estgeschrieben. Sie dürfen ihre Sprache, Kultur und Traditionen pflegen und ungehindert ausüben. Außerdem ist es ihnen etzt gestattet, eigene Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, eigene Zeitungen und Rundfunkstationen zu unterhalten sowie uneingeschränkte Kontakte zu allen deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen ufzunehmen. Seit 1988 bekommen die leutschen Volksgruppen auch gezielte wirtschaftliche Hilfen von Seiten der Bundesregierung zum Aufbau von eigenen Betrieben.

Die Wolgarepublik im Fadenkreuz deutscher Politik

Eine Besonderheit deutscher Volksgrupen- und Einmischungspolitik ist das Agieen der Bundesregierung für die Wiederherstellung der "Autonomen Deutschen Wolgarepublik" in Rußland. Frühzeitig ist hier die Bundesregierung, mit der Begründung der Wiedergutmachung des "besonders erlittenen Unrechts" der Rußlanddeutschen durch Stalins Zwangsumsiedlung 941 in die Offensive gegangen.

Im Unterschied zu anderen Völkern der ehemaligen Sowjetunion haben die Deutchen dort eine, zeitlich gesehen, kurze Geschichte. Die Rußlanddeutschen berufen sich auf die Wiedergründung einer Republik, die nicht einmal 20 Jahre existiert hat. Der größte Teil der Rußlanddeutschen sind Nachfahren der von Katharina II. im 18. Jahrhundert in das Land an der Wolga gerufenen Kolonisten.

Der erste Sowjetkongreß der "Arbeitskommune der Wolgadeutschen" beschloß 1918 die Bildung eines autonomen Gebietes an der Wolga. Dieser Beschluß wurde am 19.10.1918 durch ein von Lenin unterschriebenes Dekret des Rates der Volkskommissare bestätigt. Nach mehreren Veränderungen erhielt das Gebiet 1924 den Status einer "Autonomen sozialistischen Republik der Wolgadeutschen", die ab 1936 in die Russische Förderation einging.

Die Wolgadeutschen haben diese Republik aber nie allein bewohnt. Von den rund 600.000 Einwohnern waren auch 22% Russen und 12% Ukrainer. Es wäre also ein Mythos, heute von "der deutschen Wolgarepublik" zu sprechen.

Wenige Wochen nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion wurde im August 1941 auf Betreiben Stalins die Auflösung der Wolgarepublik angeordnet. Ihre Bewohner wurden nach Kasachstan und in andere asiatische Teile der Sowjetunion zwangsumgesiedelt. Aus der gesamten Sowjetunion wurden 1941 894.000 Deutsche umgesiedelt. Nach Kriegsende wurde die Verbannung durch ein Dekret des Obersten Sowjet vom 26.11.1948 festgeschrieben, mit dem allen zwangsumgesiedelten Völkern der Sowjetunion (das betraf auch Krimtartaren, Kaukasier und andere) für das Verlassen der Ansiedlungsgebiete bis zu 20 Jahren Haft angedroht wurde. Am 29.8.1964 wurden die Deutschen in der Sowjetunion rehabiliert. Das Verbot der Rückkehr blieb aber in Kraft.

Mit Beginn von Perestrojka und Glasnost und besonders, seitdem die Rußlanddeutschen durch das Bonner Innenministerium speziell betreut werden, wurde der Ruf nach "Wiedergutmachung" und nach eigener staatlicher Autonomie immer lauter.

Bei den Verhandlungen für den deutsch-sowjetischen Vertrag 1990 drängte die deutsche Seite darauf, auch das Problem der Rußlanddeutschen aufzunehmen und zu regeln. Der Vertrag regelte, daß die Rußlanddeutschen in der Sowjetunion volle Minderheitenrechte erhalten und die Bundesregierung sie ungehindert unterstützen kann.

Es folgte eine Reihe von Gesetzen und bilateralen Abkommen, die schrittweise auf die deutsche Wolgarepublik hinarbeiteten. Als bisher letzter und weitestgehender Schritt wurde im April 1992 zwischen der Bundesrepublik und Rußland ein Abkommen über die volle deutsche staatliche Autonomie an der Wolga unterzeichnet und von beiden Seiten ratifiziert.

Als erste Maßnahmen auf dem Weg zur deutschen Wolgarepublik werden in dem Vertrag Selbstverwaltungsgebiete, sogenannte deutsche Rayons (deutsche nationale Kreise), um Saratow und Wolgograd (Teilgebiete der ehemaligen "deutschen Wolgarepublik") ausgewiesen. Diese Gebiete sollen die "Keimzelle" für die wieder entstehende Wolgarepublik sein. Als autonomen Bezirken wird ihnen von russischer Seite zugesichert, daß sie eigenständig "Verträge mit ausländischen Regierungen schließen und eigene Steuern erheben, sowie autonom über Bodenschätze verfügen können"(FAZ, 24.4.92).

Darüberhinaus wird Rußlanddeutschen, die in diese Rayons ziehen, das uneingeschränkte Recht zugesprochen, Grund und Boden zu erwerben. Dies ist eine der Kernvoraussetzungen für die geplanten Privatisierungen an der Wolga und von besonders großem Interesse für deutsche Investoren. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, so kündigten deutsche Unternehmen an, werden sie an der Wolga investieren. Der Technologiekonzern Daimler-Benz hat in Bonn bereits Interesse und Unterstützung für die Wolgarepublik bekundet und angekündigt, ein Unimog-Werk zu bauen sowie die in Mannheim auslaufende Omnibus-Produktion dort anzusiedeln. (Hamburger Abendblatt, 21.7.92, FAZ, 9.9.92). Fürs erste bildet Daimler auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem russischen Minister für Minderheitsfragen Prokopjew und dem Daimler-Chef Reuter Ju-

unterstütze, allerdings auf der Grundlage einer Einteilung in ethnische Kantone.

Für Mazedonien gilt ähnliches. Hier kommt hinzu, daß noch weniger als in Bosnien von einer einseitigen serbischen Aggression die Rede sein kann, zu sehr sind innenpolitische mit außenpolitischen Konflikten verknüpft. Ohne den gemeinsamen serbischen Feind läßt sich die Koalition der neuen Ethno-Staaten aber nicht zusammenhalten. So sind seit der Unabhängigkeit die kroatisch-slowenischen Beziehungen auf dem Gefrierpunkt angelangt. Die BRD verfügt über kein Instrument, in die kroatisch-muslimischen Kämpfe in Bosnien ordnend einzugreifen. Während Rühe und Kohl für den Fall des Scheiterns der Genfer Verhandlungen die Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien fordern, gehört die kroatische Regierung heute zu den Gegnern einer solchen Maßnahme. In welchen Widersprüchen sich die Bundesregierung bewegt, wird an der Haltung zum Vance/Owen-Plan deutlich. Unter dem Wutgeheul von CDU-Abgeordneten, Vertriebenenverbänden und der "Gesellschaft für bedrohte Völker" setzte Kinkel sich in Washington für die Genfer Lösung ein. Kroatiens Regierung war maßgeblich an der Herstellung der Aufteilungskarte des Planes beteiligt. Die bosnischen Kroaten sind die eindeutigen Gewinner und haben den Vance/Owen-Planes als einzige Kriegspartei voll akzeptiert. Absurderweise gilt er dagegen hierzulande allen, die fürchten, daß Deutschland wieder einmal um seinen Platz an der Sonne betrogen wird, als Ausdruck der Kapitulation Europas vor Serbien. Schließlich hatte Vance noch im Januar in Genf die Anerkennungspolitik der BRD als maßgeblich mitverantwortlich für die Eskalation in Bosnien verurteilt.

Anfänglich war die Wucht des deutschen Durchmarsches in der EG so groß, daß die BRD fast auf dem ganzen Balkan als Ordnungsfaktor von den streitenden Parteien anerkannt wurde. So standen am Tag der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens Delegationen Bulgariens und Griechenlands im Bonner Außenministerium an, um die Bundesregierung für ihren Standpunkt in der Frage der Anerkennung Mazedoniens zu gewinnen. Auch die mazedonische Regierung, die bisher gegen den Anerkennungskurs der BRD opponierte hatte, suchte sich jetzt an die neue Hegemonialmacht, die zugleich der zweitwichtigste Handelspartner ist, anzulehnen. Großspurig verkündete Genscher, daß die internationale Anerkennung nur eine Frage von wenigen Wochen sei. Es stellte sich jedoch schnell heraus, daß, angesichts des ausbrechenden Krieges in Bosnien, die EG kein drittes Mal einer BRD-Vorgabe gefolgt wäre. Selbst von den schnellen Erfolgen der neuen deutschen Souveränität überrascht, mußte die BRD feststellen, daß sie jenseits von Kroatien und Slowenien über keinerlei Konzepte verfügt, eine Hegemonialstellung auch auszufüllen. Außerdem verspürt ein großer Teil des außenpolitischen Apparates kein Interesse, sich für den zweifelhaften Gewinn einer prodeutschen Orientierung Mazedoniens in die Konflikte mit dessen Nachbarstaaten hineinziehen zu lassen. Ökonomisch kann Deutschland Mazedonien, Albanien und Bulgarien derzeit nicht viel bieten, schon gar nicht eine Aufnahme in die EG. Hier muß sie Kroatien und Slowenien schon an der langen Leine halten. Im griechisch-mazedonischen Streit ist die BRD nicht in der Lage eindeutig für einen der beiden Staaten Partei zu ergreifen oder durch Initiativen, die über den EG-Vorschlag einer Namensänderung in Slawisch-Mazedonien o.ä. hinausgehen, Führungsstärke zu demonstrieren.

So ist die paradoxe Situation entstanden, daß Mazedonien erst gegen seinen Willen in die Unabhängigkeit getrieben wurde, um anschließend von der BRD in der Frage der internationalen Anerkennung im Regen stehengelassen zu werden. Anstelle der BRD hat Frankreich im griechisch-mazedonischen Streit die Initiative gewonnen. Die Frage der Anerkennung ist mittlerweile weg von der EG und hin zur UNO delegiert worden.

Folgen deutscher Politik

Die Rückschläge und Schwierigkeiten, die Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht hinnehmen muß, geben aber keinen Grund zur Beruhigung, denn:

1. Die verbale Zurückhaltung der Bundesregierung in den letzten Monaten hat seinen Grund nicht in der Aufgabe des deutschen Sonderweges. Die Regierungslinie konzentriert sich vielmehr auf das Problem, daß aus ihrer Sicht Deutschlands größtes Handikap ist: die gefesselte Militärpolitik. Im Schlepptau der USA hofft die BRD nun endlich bei einer militärischen Durchsetzung des Flugverbotes auch einmal die Bundeswehr zum Einsatz zu bringen. Militärisch für den Krieg in Bosnien völlig bedeutungslos — der SPIEGEL wußte für den Januar 93 lediglich von 7 Verstößen zu berichten, die Mehrzahl davon durch die kroatische Seite — hat das für Kohl und Rühe einen hohen symbolischen Wert. Der AWACS-Streit verweist zudem auf die weitere Aufnahme des deutschnationalen Fundamentalismus in die Realpolitik. Trotz der massiven antiserbischen Kampagne im Sommer hieß es damals von Rühe immer noch, daß deutsche Soldaten sich nicht an einer Intervention beteiligen sollten. Heute gilt dies nur noch bei den Bodentruppen. Ähnlich sieht es in der Frage der Waffenlieferungen an Bosnien aus.

2. Verfolgt Deutschland auch aktuell keine speziellen Interessen auf dem südlichen Balkan, so treiben dennoch die Folgen der deutschen Politik diese Region immer mehr in den Konflikt hinein. Das gilt nicht nur für die Desintegration Jugoslawiens selbst. So stand das Autonomie-Referendum der Albaner in unmittelbarem Zusammenhang mit der gleichzeitig erfolgten Anerkennung Kroatiens. Verheerend wirkt auch das Lieblingsprojekt der "gewaltfreien" Freunde einer neuen deutschen Rolle in der Welt, das Wirtschaftsembargo gegen Serbien. Ökonomisch kann sich Mazedonien, dessen Wirtschaft eng mit derjenigen Serbiens verbunden ist, das genausowenig leisten, wie Bulgarien, Griechenland, Rumänien etc. Politisch treibt es den neuen Staat, der das wichtigste Transitland für Erdöl nach Serbien ist, in die Konfrontation zu seinem Nachbarstaat. Angesichts von deutscher Aufregung über serbische Öltransporte auf der Donau, schrieb die bulgarische Tageszeitung "Duma": "Wenn wir den wohlwollenden Ratschlägen der westlichen Länder, die Konvois aufzuhalten, folgen, würde dies nicht die Kriegshandlungen in einem Teil des Balkans eindämmen, sondern sie auf der gesamten Halbinsel ausbreiten".

Heinz Willemsen

Griechenland und Mazedonien

Obwohl Griechenland vielleicht noch am wenigsten mit Annexionsabsichten spielt, hat die Unabhängigkeit Mazedoniens hier zu den heftigsten nationalistischen Reaktion geführt. 300.000 demonstrierten im Februar 92 in Thessaloniki gegen den neuen Staat Mazedonien und über 1.300.000 im Dezember in Athen. Die Gründe für die griechische Erregung sind vielfältig:

* Historische, mit der Gründung Griechenlands zusammenhängende. Der griechische Staat ist im letzten Jahrhundert entstanden aus der Zusammenarbeit einer über den ganzen Balkan und Nahen Osten, vor allem aber in dem Istanbuler Stadtteil Fanar ansässigen griechisch-orthodoxen Handelsbourgeoisie mit der imperialistischen Expansion in das Osmanische Reich. Die selber multinationale herrschende Klasse des neuen Staates stand nun vor dem Problem, die ethnisch gemischte, türkische, slawische, albanische, rumänische, jüdische etc. Bevölkerung unter der aus Westeuropa importierten und dem Großteil der lokalen Bevölkerung völlig fremden Ideologie des Hellenismus zu homogenisieren. Die griechisch-orthodoxe Kirche sah sich zudem mit dem Problem konfrontiert, daß ihre jahrhundertelang unangefochtene Stellung durch die Gründung eigener Kirchen in Bulgarien und Serbien herausgefordert wurde. Der griechische Nationalismus nahm deshalb eine scharf gegen den Balkan und gegen alles slawische gerichtete Grundhaltung ein.

* Vor allem in den nördlichen Regionen, die erst nach dem 2. Balkankrieg 1913 an Griechenland fielen, sind die damit einhergehenden Konflikte noch vielen Menschen in Erinnerung. Nach dem 1. Weltkrieg hieß das: Massenvertreibungen nach Jugoslawien, Bulgarien (über 200.000) und in die Türkei. Nach der fehlgeschlagenen Intervention in der Türkei 1923 wurden 0,5 Mio. Muslime aus Griechenland und 1,5 Mio. orthodoxer Christen aus der Türkei nach Griechenland vertrieben. Mehrere 100.000 davon wurden an der nördlichen Grenze angesiedelt. Sie sollten gewissermaßen als menschlicher Sperriegel die bisher zusammenhängenden Gebiete trennen. Von ihnen erwartete die Regierung aufgrund der Kämpfe in der Türkei eine größere griechisch-nationalistische Motivation als von der einheimischen Bevölkerung. Zum letzten Mal brach der Gegensatz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen anläßlich der deutschen Besatzung aus. Während die Zuwanderer aus der Türkei mehrheitlich prodeutsch eingestellt waren, unterstützten die Einheimischen die Partisanen. Auch die Hinwendung der PASOK in den 80er Jahren zum arabischen Raum ist Ausdruck dieses antislawischen und antitürkischen Nationalismus.

* Antikommunistische Gründe: In den Augen der griechischen Rechten gilt Mazedonien nicht völlig zu unrecht als eine Schöpfung der Kominform und der jugoslawischen Kommunisten. Mazedonien sollte im Konzept der Jugo-KP das Herzstück einer zu bildenden Balkanföderation sein. Diese Vorstellung war, ganz im Gegensatz zur modernen Behauptung vom "Kunststaat" Jugoslawien, in ganz Südosteuropa überaus populär, vor allem bei den starken Bauernparteien der Zwischenkriegszeit. Diese Föderation sollte neben Albanien, Jugoslawien und Bulgarien auch Griechenland nach einem Erfolg der Kommunisten im Bürgerkrieg umfassen. Auf Druck der jugoslawischen KP wurde deshalb im Norden Griechenlands neben den griechischen KP-Partisanen, eigene Einheiten einer Slawisch-nationalen Befreiungsfront aufgestellt. Mehrere zehntausend Partisanen flohen nach dem Bürgerkrieg nach Jugoslawien. Die griechische Rechte sieht deshalb in der Gründung Mazedoniens die Fortsetzung des Bürgerkriegs mit anderen Mitteln. Ex-Außenminister Samaras fordert überdies, daß die Verfassung nicht mehr auf den antifaschistischen Befreiungskampf und die Gründung Mazedoniens 1944 Bezug nehmen soll.

* Außenpolitisch fürchtet Griechenland eine Einkreisung durch die Türkei. Alarmiert worden ist Griechenland dabei u.a. von dem Tatsache, daß die Türkei und Bulgarien die ersten Staaten sind, die den neuen Nachbarstaat anerkannt haben. Es ist nicht so sehr eine direkte Bedrohung durch den 2-Millionen-Staat, die Griechenlands Strategen umtreibt. Gefürchtet wird viel eher das historische belegte Streben Bulgariens zur Ägäis.

* Der harte Kern der griechischen Paranoia liegt in der Ökonomie. Griechenland ist in den 80er Jahren vom Europäisierungsprozeß weitestgehend abgehangen worden. In der Konkurrenz mit den beiden anderen EG-Peripheriestaaten Spanien und Portugal um den Zugang zum Kapitalmarkt ist Griechenland der Verlierer geblieben. Die Konkurrenz um ausländisches Kapital war bereits in der Zwischenkriegszeit ein wichtiger Grund für zwischenstaatliche und nationalistische Konflikte in Ost- und Südosteuropa. Heute ist die Kapitalarmut in den ehemals realsozialistischen Staaten noch größer als vor dem 2. Weltkrieg. Griechenland gehört deshalb zu den erbittertsten Gegnern jeder EG-Erweiterung. Mit der Auflösung Jugoslawiens halten gleich mehrere potentielle Konkurrenten die wichtige Transitroute in die EG besetzt. Die Konflikte, die es mit Jugoslawien gab, wegen des griechischen Durchfahrtskontingents potenzieren sich damit. Als Folge des jugoslawischen Bürgerkriegs steckt der Export in die EG in der Krise. 40 % der Gesamtexporte nach Westeuropa gingen früher über Jugoslawien. Der Krieg hat den in den letzten Jahren immer wichtigeren Gemüseexport nahezu einbrechen lassen. Die Kosten für den Transport für 20 Tonnen Trauben etwa sind innerhalb von 2 Jahren von 3.000 auf 7 bis 10.000 DM gestiegen. Große Schwierigkeiten gibt es bei den Telekommunikationsverbindungen nach Westeuropa. Die Stromversorgung, die zu großen Teilen in Kooperation mit Jugoslawien organisiert ist, gerät in Gefahr. Ökonomisch kann Griechenland sich das Embargo gegen Serbien nicht leisten. Der Boykott Serbiens geht mittlerweile an die Substanz der herrschenden Klasse. Die Firma "M", die eine führende Position auf den Ölmärkten des Balkan hat, hat dadurch Verluste einstecken müssen, die sie an den Rand des ökonomischen Ruins brachten.

Liegt in der Abhängigkeit der europäischen Peripherie vom Zentrum schon Konfliktstoff genug, so verschärft die Politik Deutschlands und seiner Verbündeten die ökonomischen Schwierigkeiten Griechenlands noch mehr. Der ungarische Ministerpräsident Antall versucht unter dem Stichwort "ideologische Außenpolitik" genauso wie der Kroate Tudjman aus dem angeblichen Gegensatz von katholischer und orthodox-byzantinischer Welt politisches und ökonomisches Kapital für Ungarn herauszuschlagen. U.a. aus Furcht vor dieser Polarisierung nahm Bulgarien nicht an einer von Griechenland vorgeschlagenen kleinen Balkankonferenz im Winter 1991 teil.

als befriedet erachtet wurden. Darüber breitete sich der gesamtjugoslawische, vom Pathos des antifaschistischen Kampfes genährte Nationalismus, dem angesichts der Aufteilung Südosteuropas in kapitalistisch und kommunistisch dominierte Einflußzonen kein internationalistisches Gegengewicht an die Seite gestellt werden konnte. Dieser Jugoslawismus erwies sich zunächst als tragfähig über die Reihen der Kommunisten und ehemaligen Partisanen hinaus. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte die Befreiung vom Faschismus auch wirklich als solche erlebt. Eine zügig eingeleitete Agrarreform brachte der ländlichen Bevölkerungsmehrheit einen erheblichen Landzuwachs ein, und die in Angriff genommene Industrialisierung des Landes erweckte beachtliche Hoffnungen auf eine grundsätzliche Besserung der Lebensumstände.

Der Jugoslawismus baute also auf 1.) die Gleichberechtigung der Einzelrepubliken, 2.) eine Tradition des antifaschistischen Kampfes und 3.) das Versprechen auf die bessere sozialistische Zukunft. Diese drei Komponenten aber beschreiben eine schwierige Balance: Eine für antifaschistische Befreiungskämpfer heroische Tradition droht für die Nachgeborenen zum reinen Staatsritual zu verkommen. Die Gleichberechtigung der Einzelrepubliken birgt immer die Gefahr des Wiederauflebens von Partikularnationalismen in sich, wenn es nicht gelingt, die sogenannten nationalen Besonderheiten abzuschaffen oder zu nivellieren. Alles würde vom ökonomischen Aufschwung — hin zu weitgehend gleichem Wohlstand in allen Landesteilen — abhängen, eine Erwartung, die sich nicht erfüllen sollte.

Das sozialistische Projekt verbesserte die Lage in dem bitterarmen Land nicht — statt dessen führte die forcierte Industrialisierung nach sowjetischem Planungsmodell in den 40er Jahren zu einem tiefen Vertrauensverlust der Partei bei der Bevölkerung, die den Löwenanteil an dem Modernisierungsprojekt durch Verzicht auf Belohnung für geleistete Schwerarbeit zu tragen hatte. Schlimmer noch als der Industrialisierung erging es dem Versuch, die Landwirtschaft zu kollektivieren. Diesbezügliche Maßnahmen scheiterten an der kleinbäuerlichen Bevölkerung und dem mangelnden Ertrag, den die geschaffenen Kolchosen abwarfen. Die meisten von ihnen verschwanden bereits in den 50er Jahren wieder.

Neben der insgesamt miserablen Ausgangslage wurde das Problem später an der zentralisierten und überbürokratisierten Leitung des Industrialisierungsprojektes festgemacht. Diese Argumentation greift nur teilweise, sollte aber in den weiteren wirtschaftspolitischen Debatten, bis hin zum Zusammenbruch, dennoch eine gewichtige Rolle spielen. Tatsächlich waren die auf Kosten des Wohlstands der Bevölkerung durchgepeitschten Industrialisierungsbemühungen eine gewichtige Voraussetzung für einen späteren zeitweiligen bescheidenen Wohlstand in Jugoslawien.Die Kehrtwende der jugoslawischen Politik erfolgte ab 1948 nach dem Bruch mit dem Kominform und der Proklamierung eines eigenständigen jugoslawischen Wegs zum Sozialismus, der sich durch außenpolitische Neutralität und Dezentralisierung durch Arbeiterselbstverwaltung nach innen vom östlichen Staatssozialismus unterscheiden sollte.

Der jugoslawische Weg

Der ökonomische Entwicklungsgang war wesentlich mitbestimmt durch den äußerst unterschiedlichen Entwicklungsstand der Teilrepubliken. Lediglich in Slowenien und Kroatien war nennenswert Industrie vorhanden, in den südlichen Landesteilen, besonders in Montenegro, Mazedonien und dem einsamen Schlußlicht Kosovo wenig bis gar keine. Die verschiedenen Versuche, dieses Mißverhältnis auszugleichen, sind weitgehend gescheitert. Mit der Weltmarktöffnung Jugoslawiens seit Mitte der 50er Jahre, und verschärft seit den 60er Jahren vergrößerten sich die regionalen Unterschied eher. Das stark devisenabhängige Jugoslawien investierte in die Exportindustie und griff dabei auf vorhandene Zentren im Norden, besonders in Slovenien, zurück. Kroatien boomte durch den seit Anfang der 60er Jahre stark expandierenden Tourismus. Die Industriezentren des Südens (besonders in Kern-Serbien und Teilen Bosniens) expandierten zwar auch, erwirtschafteten aber kaum nennenswert Devisen. Im Süden befindet sich ein Großteil der beachtlichen jugoslawischen Bodenschätze, die zur Weiterverarbeitung in den Norden geliefert wurden. Der seit Ende der 60er Jahre verschärfte Druck auf die jugoslawische Wirtschaft, für Devisen den Export um jeden Preis zu erhöhen, führte zur Vernachlässigung der Rohstoffindustrie des Südens, die auf veraltetem Stand weiterproduziern mußte: Mit der in allen Realsoz-Ländern zu beobachtende Folge, daß der schwunghafte Export wesentlich mehr nationalen Reichtum verschlang, als er wirklich einbrachte.

Wenn im folgenden der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf die innerjugoslawische Entwicklung gelegt, und der Zusammenbruch als im wesentlichen hausgemacht bewertet wird, ist immer die Einschränkung dazuzudenken, daß die dauernde Intervention durch das weltweit wirkende Kapitalverhältnis die Handlungsmöglichkeiten weitgehend determinierte. Dies gilt für alle sozialistischen Projekte ab 1917: Nie bestand eine reale Chance, Gesellschaften zu etablieren, die nicht unter dem Zwang der zweiten Natur des Menschen — also dem Gesetz der Wertverwertung — gestanden hätten. Der Realsozialismus war nichts anderes als ein staatliches Modernisierungsprojekt, das unter weitgehender Schonung der Produzenten vorwiegend agrarisch strukturierte Ökonomien auf Weltmarktniveau zu bringen versuchte.

Es nimmt sich seltsam aus, daß ausgerechnet der Selbstverwaltungsgedanke, das ideologische Aushängeschild des jugoslawischen Sozialismus, der ihn so viel sympathischer erscheinen ließ als die osteuropäischen zentralen Planungsbürokratien, in Verbindung mit der völligen Weltmarktöffnung Totengräber des Jugoslawismus war.

Selbstverwaltung und Zersplitterung

Der Selbstverwaltungsgedanke entstand im Anschluß an den Bruch mit dem Kominform und wurde ab Anfang der 50er Jahre kontinuierlich ausgebaut bis hin zu dem Gesetz über die selbstverwaltete Arbeit von 1976, das zusammen mit der vierten jugoslawischen Verfassung von 1974 so schöne Ziele wie das Absterben des Staates durch totale Demokratisierung der Gesellschaft formulierte.

Der jugoslawische Apologet des Selbstverwaltungssozialismus Vladimir Bonac kennzeichnet die Ausgangslage der Überlegungen nach dem Bruch mit dem Kominform: "Der wichtigste Mangel war und blieb, daß die Arbeiter nicht zur Leistung motiviert waren. Die Betriebe arbeiteten langsam, die Menschen darin waren verantwortungsscheu, uninteressiert und in ihrer Arbeit uneffektiv" — die alte Klage, die in allen Realsoz-Ländern regelmäßig angestimmt wurde und stets zu einer Diskussion über Leistungsanreize führte. Die klingenden Worte vom sozialistischen Wettbewerb und von der größeren Eigenverantwortung der Einzelbetriebe sind nichts typisch Jugoslawisches. Im Gegensatz zur SU, DDR und so weiter führte die "schöpferische Anwendung der Marktge-

Der Weg zum Stammesverband

Vom Ende jugoslawischer Selbstverwaltung

Woran scheiterte Jugoslawien? Die gängigste Erklärung besteht in der Feststellung, ein "unnatürlicher" Vielvölkerstaat müsse eben über kurz oder lang zerbrechen — ein rein politisches Konstrukt könne nicht auf Dauer ganz unterschiedlichen Völkern übergestülpt werden. Einander gegenübergestellt werden die als ethnisch homogen gedachten Völker, die qua Natur das sind, als was ihre völkischen Ideologen sie beschreiben und der Bundesstaat, der Staatsbürger unter seine Fremdherrschaft zwingt. Die Natur muß sich gegen den ihr angetanen Zwang wenden, das einzelne Volk aus dem Völkergefängnis ausbrechen.

Die Idee des Vielvölkerstaats

Wer Volk sagt, meint mehr als alle innerhalb bestimmter Staatsgrenzen lebenden Menschen. Im Volksbegriff schwingt die Idee überhistorischer Wesenseigenschaften blutsmäßig Verwandter mit, die nicht konkrete Eigeninteressen verfolgen, sondern ihren Lebenssinn aus dem Umstand beziehen, Bestandteil eines Kollektives, einer Horde zu sein. Die Behauptung, den Völkern wohne ein "geschichtlicher Auftrag" inne, die Rede von ihren "psychischen Wesenseigenschaften" (Stalin) oder ihrem "Kulturkreis" unterstellen der Horde eigenen, kollektiven Willen und sehen davon ab, daß einzig die Dienstbarmachung von Menschen zu Staatszwecken sie zum Zwangskollektiv schmiedet.

Die Vorgeschichte der modernen Staates ist nach innen hin ganz wesentlich die Durchsetzung von Staatsbürgerlichkeit. Das dazu herangezogene Material, Menschen, die innerhalb der Grenzen lebten, brachte häufig wenig der geforderten Voraussetzungen mit. Unterschiedliche Sprachen oder stark abweichende Dialekte einer Sprache erschwerten die Kommunikation untereinander und mit der Obrigkeit, kollektive Erfahrungen einzelner Bevölkerungsteile wichen stark voneinander ab; religiöse Unterschiede, verschiedener ökonomischer Entwicklungsstand — alles Widerstände, die der zu etablierende Nationalstaat zu überwinden hatte.

In fast allen Staaten mit weitgehend homogener Bevölkerung läßt sich eine ungemein gewalttätige Phase der Durchsetzung dieser Homogenität beschreiben. Die, da angetreten sind, einen geschlossenen Nationalstaat zu gründen, hatten es zunächst mit einem — modern ausgedrückt — Vielvölkergemisch zu tun, das sie zu einem Staatsvolk formten — mit allen Mitteln.

Allerdings hat sich die Weltöffentlichkeit auch auf eine (scheinbar) andere Formel geeinigt: auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Demzufolge ist es das gute Recht von Minderheiten, sich als Volk zu definieren und Autonomie für sich zu beanspruchen. Unter Autonomie ist dabei vom Recht auf Brauchtumspflege bis hin zur Eigenstaatlichkeit alles zu verstehen.

Die Formel vom Selbstbestimmungsrecht hat den bescheidenen Vorzug, daß nicht jede Terrormaßnahme eines Staates gegen Minderheiten als legitime Exekution der Staatsraison international einfach hingenommen wird. Sie hat darüber hinaus zu sogenannten Vielvölkerstaaten geführt, in denen neben einem umfassenden politischen Nationenbegriff diverse mit Rechten ausgestattete Teilnationalitäten geduldet oder sogar gefördert werden, die sich stärker völkisch definieren. Im Zentrum dieser eingeräumten Rechte stehen nicht zufällig (eingeschränkte) Hoheitsrechte bis hin zum Recht auf Lostrennung. Zwar kann der Vielvölkerstaat seine Teilnationalitäten genausowenig definieren wie die emsigen Volkstumsforscher, aber das tatsächliche Mittel zur Schaffung von Völkern liegt in seiner Hand: Mit der Schaffung einer Nation qua Staatsakt werden Partikularnationalismen mitgeschaffen.

Im Vielvölkerstaat entsteht mit Notwendigkeit eine Konkurrenz der Nationalismen, die nach den Regeln des Widerstreits zwischen natürlicher Lebenstatsache (Volk) und erklügelter Kopfgeburt (Bundesstaat) zu Ungunsten der Vernunft entschieden werden wird.

So mußte der nationalistische Appell an alle Staatsbürger, sich die Sache des Vielvölkerstaats zu eigen zu machen (Jugoslawismus, Sowjet-Patriotismus) als politischer, nicht auf die einzelnen sogenannten Ethnien rekurrierender Nationalismus das Nachsehen gegenüber den partikularen Volkstums-Nationalismen haben: einfach, weil er als durchschaubar politisches Konstrukt nach seinem Nutzen für den Einzelnen befragt werden kann.

Das jetzt beerdigte Jugoslawien ist der zweite Anlauf nach 1918 gewesen, die auf dem gleichen Territorium lebenden Menschen zu einem Bundesstaat zusammenzufassen. Beiden Gründungen war die Abwesenheit ernsthaften Widerstandes seitens der unters staatliche Dach zu bringenden Bevölkerungsgruppen eigen. Das erste Jugoslawien ist allerdings schon bald zu einer serbisch dominierten Militärdiktatur verkommen — bei der deutschen Okkupation reichte es nicht einmal mehr zu ernsthaftem Widerstand gegen die faschistischen Aggressoren.

Staatsgründung

Während der faschistischen Okkupation gab es ein Groß-Kroatien von deutschen Gnaden, das auch große Teile von Bosnien, Serbien und Slowenien umfaßte. Der Rest stand unter unmittelbarer Herrschaft Deutschlands und verbündeter Anrainerstaaten. Nachdem die ersten serbisch-nationalistischen Widerstandskämpfer (Tschetniks) mehrheitlich ihren Frieden mit den Deutschen gemacht hatten, dominierte die KPJ den Widerstand im ganzen Land. Ausgehend von überwiegend serbisch getragenen Aktivitäten in Serbien und Bosnien entwickelte sich der Kampf überraschend schnell zu einer Sache aller Teil-Nationalitäten. Bestandteil dieses Kampfes war die Wiederherstellung einer Republik Jugoslawien — für die Mehrheit der Kämpfer sollte es eine sozialistische und föderale Republik werden.

Die KPJ brachte als Versprechen ins neue Jugoslawien ein, völlige Gleichberechtigung der verschiedenen Völker und Volksgruppen in der Republik herzustellen. Die Republik konstituierte sich föderativ mit dem Recht der Einzelrepubliken auf Austritt aus dem Bund. Voraussetzung des serbisch-kroatischen Ausgleichs war, das blutigste Kapitel jugoslawischer Kollaboration — den Ustascha-Staat — weitgehend unter den Tisch zu kehren; im Gegenzug wurde auch die Abrechnung der Kommunisten mit (tatsächlichen und vermeintlichen) Ustascha-Anhängern weitgehend mit Schweigen bedacht.

Der Aufbruch in den neuen Staat reduzierte die Partikular-Nationalismen, deren Ansprüche in Form der Einzelrepubliken

setze" in Jugoslawien aber schon bald zu Kritik an der staatlichen Planung überhaupt. "Allgemein gewann man jedoch die Überzeugung, die Betriebe könnten besser als die zentralen Behörden die Bedürfnisse des Marktes erkennen" (Bonac). Die planende Kraft ging allmählich von der staatlichen Planbürokratie an die einzig legitime Vermittlungsinstanz warenproduzierender Gesellschaften, den Markt, zurück, als dessen natürliche Agenten die Betriebe erschienen. 1952 wurde beschlossen, daß je nach Betrieb zwischen 3 und 17% des erwirtschafteten Mehrwerts dem Betrieb zur eigenen Vernutzung übergeben werden sollten. Später wurde es mehr und mehr. Die staatlichen Zuteilungen von Rohstoffen wurden eingestellt (nicht aber die Kontrolle über den Preis), in Zukunft mußten sie auf dem Markt bezogen werden. Banken verschafften den notwendigen Kredit, gegen beachtliche Zinssätze. Die Folge waren die Durchrationalisierung der Betriebe und Entlassungswellen Anfang und Mitte der 60er Jahre. Die zeitweilig bescheiden prosperierende jugoslawische Wirtschaft war fast von Anfang an von beachtlicher Arbeitslosigkeit begleitet. Die jugoslawischen Arbeitsemigranten seit Anfang der 60er Jahre künden davon.

Die Arbeiterselbstverwaltung blieb im wesentlichen auf die einzelnen Betriebe bzw. Betriebseinheiten beschränkt. Das Mitspracherecht der Arbeiter ging dabei tatsächlich weit über die Einflußmöglichkeiten ihrer Kollegen im kapitalistischen Westen hinaus. Sie konnten die Betriebsleitung abwählen, hatten ein entscheidendes Wort bei Fragen des Arbeitsschutzes, aber auch bei der Errichtung von sozialen Einrichtungen für die Arbeiter und ihre Angehörigen durch den Betrieb mitzureden. Herzstück der Selbstverwaltung war der Zugriff der Belegschaft auf den betrieblich erwirtschafteten Mehrwert (abzüglich Steuern und Abgaben), der vorzugsweise in den Lohnfonds floß. Voraussetzung war, daß es Überschuß gab. Denn diese Zugriffsmöglichkeiten hingen davon ab, ob der Betrieb defizitär wirtschaftete, also staatlich subventioniert war, oder nicht. Gewinner in diesem Spiel wurden vor allem jene Betriebe, die im Export erfolgreich waren und bis zum gewissen Grad jene, die Konsumartikel für den Binnenmarkt herstellten – nicht oder kaum die rohstofferzeugenden Betriebe, die Energieproduzenten, die Verkehrsbetriebe und alles, was nicht unmittelbar produziert. Das Resultat ist klar: Spitzenverdiener gab es in der Export- und Tourismusbranche des Nordens, denn hier wirkte sich die Devisenabhängigkeit Jugoslawiens stark zugunsten der Arbeiter aus. Dort konnte ein Industriearbeiter das mehrfache seines die gleiche Tätigkeit ausübenden Kollegen irgendwo im Süden verdienen. Klar, daß dies zu regionalen Interessengegensätzen der Arbeiter führte: u.a. über einen fortwährenden Streit über Abgaben des Nordens an den Süden. Ein zweites Problem der Arbeiterselbstverwaltung ist die unmittelbare persönliche Bereicherung zu Lasten der Reinvestition in den Betrieb gewesen. In den 70er Jahren und verschärft in den krisenhaften 80ern veraltete die jugoslawische Wirtschaft im Weltmaßstab immer schneller, die gesellschaftlich aufgewandte Arbeitszeit für einen erwirtschafteten Devisendollar nahm im Höllentempo zu. Die Zeche zahlte nicht der Betrieb, sondern der sich immer weiter verschuldende und immer stärker subventionierende Staat. Versuche in den 80er Jahren, stärker an die Privatkasse der Arbeiter zu kommen, wurden regelmäßig mit zumeist erfolgreichen Streiks in den jeweils betroffenen Betrieben beantwortet. Schließlich war es die Inflation, mit der der überforderte Staat die Kosten an die Produzenten weitergab und sie in wenigen Jahren auf das Niveau der 60er Jahre zurückwarf.

Der Selbstverwaltungssozialismus hatte eine weitgehende Entpolitisierung der Arbeiter und eine Zersplitterung der Gesellschaft zur Folge. Vordringliches Interesse des sich selbstverwaltenden Arbeiters war sein Einkommen, das an das Fortkommen des Betriebes geknüpft war. Da der Markt nach jugoslawischer Anschauung einzig anerkannter Regulator der Wirtschaft war, wurden alle staatlichen Eingriffe ins Marktgeschehen zunehmend als die Wirtschaft hemmend empfunden: Schließlich waren es ja Steuern und Abgaben, die der Staat den Betrieben auferlegte, und die zu Lasten des Lohnfonds gingen.

Dezentralisierung des Staates

Ausgehend von der Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben entwickelte sich das Selbstverwaltungssystem zu einem kaum noch zu durchschauenden Dickicht von Entscheidungsinstanzen, das alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen, demokratisieren und vor allem dezentralisieren sollte. Das Absterben des Staates — Traum eines jeden anständigen Kommunisten — sollte erstmals Wirklichkeit werden. Und so viel ist den Selbstverwaltern gelungen: sie haben den Bundesstaat kurz und klein dezentralisiert. Selbstverwaltungsrechte der Kommunen, Regionen, Einzelrepubliken bis hinauf zur Bundesebene wurden festgelegt und miteinander verflochten. Ein kompliziertes Delegiertensystem sollte den Willen der gesellschaftlichen Basis, der plebiszitär ermittelt wurde, bis zu den höchsten Bundesinstanzen weitertransportieren. Wenn alles nach dem Willen seiner Schöpfer zugegangen wäre, wäre das Jugoslawien der späten 70er Jahre ein Volk von beständig konferierenden Delegierten gewesen. In Wirklichkeit war das Interesse der Bevölkerung am Selbstverwaltungssozialismus eher gering. Lediglich für die Entwicklungen in der kleinsten Einheit, der Region, also dem unmittelbaren Lebensumfeld der normalen Leute, gab es nennenswertes Interesse seitens der Bevölkerung. Eine Haltung, die mit der auf die eigene betriebliche Einheit beschränkten Mitwirkung der Proleten auf dem ökonomischen Sektor korrespondiert.

Separatismus

Die Hauptarbeit übernahmen Berufsdelegierte, die ein zunehmend technokratisches Verständnis von der Sache entwickelten. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) sicherte sich durch bestimmte Proporzschlüssel Einfluß auf allen Ebenen in dieser Technokratenwelt, so wie es auch proportionelle Beteiligungen von Gewerkschaften, Unternehmensleitungen und gesellschaftlichen Organisationen gab. Diese höchste Entwicklungsform von Demokratie, wie ihr Chef-Architekt Kardelj sie begeistert schilderte, abstrahierte dabei in bemerkenswerter Weise von der tatsächlichen Wirkungsweise der Selbstverwaltung und vor allem von den Gründen ihrer Entstehung. Denn in dem Maße wie der Bundesstaat abstarb, erstarkte nicht die sich selbst bestimmende Gesellschaft, sondern die Souveränitätsrechte der Republiken.

Bis in die 60er Jahre war Jugoslawien stark von der Bundeszentrale beherrscht, die alle wichtigen Entscheidungskompetenzen in Händen hielt, also nicht nur die Außenpolitik bestimmte, sondern eben auch Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung betrieb. Die Kompetenzen der Republiken dagegen waren eher bescheiden und bis zu einem gewissen Grade mit denen der Bundesstaaten in der BRD vergleichbar — wenn man mal von ihrer Eigenart, Nationen zu vertreten absieht.

Die Zersplitterung des Bundesstaates in immer autonomere ökonomische und regionale Fragmente ist zwar ein naheliegendes Ergebnis der ökonomischen Dezentra-

lisierung, wurde aber in Jugoslawien erst im Gefolge des ersten an die Substanz gehenden Streits zwischen den Einzelrepubliken Gesetz.

Im Gefolge der 1968er Bewegung kam es auch in Jugoslawien und hier insbesondere in Kroatien zu politisch-kulturellen Unmutsbekundungen besonders von Studenten und Teilen der Intelligenz gegen die Gängelung durch die Partei und vor allem des mächtigen Geheimdienstes, für mehr Demokratie etc. Was als demokratisch sozialistische Reformbemühung begann, schlug in den Jahren 1970/71 in offen nationalistische Demonstrationen um, die erstmals auch Massenbeteiligung zu verzeichnen hatten. Der Ruf nach mehr Autonomie, weniger Bürokratie, weniger Einmischung durch den Bund in die Angelegenheiten der Republik hatte in Kroatien zwei Gründe. Vorwiegend ging es um Geld, um die Frage des Zugriffs auf den innerhalb einer Republik erwirtschafteten Reichtum. Daneben ging es, ausgehend von der Forderung nach mehr Kompetenz der Republik über die Wirtschaftspolitik, zunehmend um die volle staatliche Souveränität. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand die Frage des Zugriffs auf die im Tourismus und im Export erwirtschafteten Devisen, die größtenteils aus der Republik in die Bundestöpfe flossen. Der Protest gewann einzigartige Ausmaße durch die Unterstützung durch die kroatische kommunistische Partei. Die damalige Parteichefin Savka Dabcevic-Kucar faßte die nationalistischen Argumentationen zusammen 1): "Die gesamte bisherige Entwicklung habe eine wirtschaftliche Verarmung und allgemeine Bedrohung des kroatischen Volkes gebracht; Kroatien werde ausgeplündert, während die übrigen Republiken begünstigt seien; das gesamte Kapital und sämtliche Investitionsmittel seien in Serbien konzentriert; unrentable Investitionen gäbe es nur außerhalb Kroatiens und würden mit kroatischem Kapital finanziert; die unterentwickelten Republiken seien eine Last und der Grund für das Zurückbleiben in der Republik Kroatien; die Folge dieser wirtschaftlichen 'Ausbeutung' sei die Abwanderung kroatischer Arbeiter ins Ausland, was zu einer Schwächung des biologischen Potentials der Kroaten führe." Das Frappierende an diesen Aussagen ist einerseits, daß sie mit national-kroatischer Propaganda der 30er Jahre, wie sie besonders von der damaligen Bauernpartei vertreten wurde, fast identisch ist, zum zweiten die kroatische Separatismus-Begründung der späten 80er Jahre vorwegnimmt, und drittens in mancher Hinsicht auch noch als austauschbar mit slowenischer oder serbischer Propaganda bezeichnet werden könnte.

Der propagandistische Erfolg dieser mit ökonomischen Verheißungen angereicherten nationalistischen Töne bei den Massen lag auf der Hand. In einer sich ganz den Marktgesetzen unterwerfenden Ökonomie kann der Buhmann für als unzureichend empfundenes Einkommen nicht in jenem abstrakten und unverstandenen Prinzip, der Wertverwertung, dem man ja ausdrücklich huldigt, liegen. Gleichwohl mußte sich der Unmut über die zunehmend krisengebeutelte Wirtschaftslage und den nur allmählichen Anstieg des persönlichen Wohlstandes an irgendetwas festmachen können. Der überzeugte Jugoslawe und Wirtschaftswissenschaftler Branko Horvat beschrieb das Problem 1971 so: "Wenn irgendetwas nicht taugte — und vieles taugte nicht — dann richtete sich die Kritik nicht gegen die führende Mannschaft der Bundesregierung oder des Zentralkomitees, an deren Spitzen nicht nur Serben, sondern auch Kroaten, Slowenen und andere standen — nein, angeschuldigt wurde immer Belgrad. Und da Belgrad auch die Hauptstadt Serbiens war, waren die Implikationen offensichtlich." Zwar wären auch die Leute aus Bundesregierung und Zentralkomitee die falschen Ansprechpartner gewesen, weil sie ja auch nicht mehr als (mehr oder weniger fähige) Sachzwang-Verwalter waren, aber als Regierung wären sie die normale Abgabestelle für Bürger-Unmut in einer warenproduzierenden Gesellschaft. In Jugoslawien bot sich die unheilvolle Möglichkeit, vom ohnmächtigen Protest gegen austauschbares Polit-Personal zum genauso ohnmächtigen, aber nationalchauvinistischen Angriff gegen eine als parasitär abgestempelte Teilrepublik überzugehen, mit der der ganze Staatsgedanke verbunden war. Was als von Kroatien ausgehender, bald auch — wenn auch mit geringerem nationalistischen Aufwand — Slowenien erfassender antiserbischer Protest begann, verwandelte sich in kürzester Zeit in ein umfassendes Gebäude gegenseitiger Schuldzuweisungen aller Republiken und autonomer Gebiete.

Auf die kroatischen Bestrebungen nach mehr Eigenständigkeit antwortete in Serbien eine offen nationalistische Bewegung, die die gleichen Forderungen aufstellte und dabei bemängelte, daß Serbien die einzige Teilrepublik in Jugoslawien sei, die nicht völlig autonom sei. Das richtete sich gegen die in Serbien eingerichteten autonomen Gebiete Woiwodina und vor allem den Kosovo. Im Kosovo entwickelte sich im Gegenzug antiserbischer Protest, weil man sich wegen des nicht ganz gleichwertigen Status eines autonomen Gebietes im Vergleich zu einer Republik benachteiligt sah und der Grund für die miserable ökonomische Situation im unvollständigen politischen Status gesehen wurde.

Konfliktlösungen

In dieser Situation reagierte die Zentralregierung mit einer Mischung aus Repression und Entgegenkommen, wobei, wie zu zeigen sein wird, das Entgegenkommen bei weitem überwog. Die Neuregelung der Devisenverteilung zum Beispiel erfolgte bereits im Januar 1972. Aufgrund eines neuen Gesetzes konnten Exportfirmen 20% statt bisher maximal 12% und Tourismusunternehmen 45% statt bisher 12% ihrer Deviseneinahmen behalten. Der Rest wurde zwischen Bund und Ländern aufgeteilt.

Die kroatische Staats- und Parteiführung wurde gestürzt. Die politischen Vorwürfe wurden aber sehr gleichmäßig ausgeteilt. Statt den Kroaten Nationalismus mit separatistischer Tendenz vorzuwerfen, wurden lediglich Auswüchse angeprangert, im übrigen aber ein Argument der kroatischen Nationalisten, die behaupteten, es gebe in Jugoslawien unitaristische Tendenzen, aufgegriffen und an Teile der Partei als Vorwurf und Selbstkritik weitergegeben. In der Sache hatten die kroatischen und alle anderen Nationalisten aber Erfolg. Durch die Verfassung von 1974 wurde der Bundesstaat Jugoslawien durch einen losen Verbund weitgehend souveräner Einzelstaaten ersetzt. Die einzigen im Bund verbliebenen Kompetenzen waren die Außenpolitik inklusive Verteidigungsfragen und die Wirtschaftspolitik, bzw. das, was davon übriggeblieben ist. Denn die staatliche Wirtschaftsplanung reduzierte sich weitgehend auf einen Entwicklungsfonds, in den die Einzelrepubliken nach ihrem wirtschaftlichen Vermögen einzuzahlen hatten, und der für Strukturmaßnahmen zuständig war. Über die Verwendung der Gelder und die Höhe der Einzahlungen wurde endlos gestritten, bis es im Laufe der 80er Jahre zu Zahlungseinstellungen oder Kürzungen aus Kroatien und Slowenien kam, was wiederum mit einem Boykott slowenischer Güter durch die Südrepubliken Ende der 80er Jahre beantwortet wurde. Die zentrale Kontrolle der Banken über das Finanzkapital durch die in Belgrad ansässige Zentralbank wurde abgeschafft und durch Länderbanken ersetzt, deren Gründungsmitglieder ausgerechnet die kreditsuchenden Unternehmen waren. Das hatte einerseits zur Folge, daß die Zinssätze be-

ständig unter der Inflationsrate lagen, und führte andererseits zu einer Territorialisierung des Geschäfts und damit der vorzugsweisen Bedienung von Republikinteressen zu Lasten von Bundesunternehmungen und der ärmeren Republiken bzw. autonomen Gebiete — denn daß die beiden einzigen wirklich solventen Länderbanken in Slowenien und Kroatien ihren Sitz hatten, liegt auf der Hand. Die wenigen in Bundeshoheit verbliebenen Kompetenzen konnten nach Maßgabe der Verfassung von 1974 nur noch im Konsensprinzip gefaßt werden. Die obersten Regierungsorgane waren nach einem strengen Nationalitätenproporz zusammengesetzt, wobei die einzelnen Mitglieder zunehmend als Delegierte ihrer Republiken agierten. Selbst das Staatsoberhaupt sollte in Zukunft jährlich an einen anderen Republikvertreter übergehen. Nur für die Lebenszeit des greisen Staatsgründers wurde eine Ausnahme gemacht. Dieses Modell war bis zu Titos Tod 1980 noch einigermaßen arbeitsfähig, weil die jugoslawisch denkenden Altkommunisten in den immer offensichtlicher auseinanderstrebenden Landesverbänden des BDKJ das Sagen hatten. Spätestens nach 1980, als die Bundespräsidenten turnusmäßig von den Einzelrepubliken bestimmt wurden, blockierte sich die Bundesregierung in allen wichtigen Entscheidungen selbst.

Das Ende

Die Fortsetzung dürfte weitgehend bekannt sein. Die ins Astronomische angewachsenen Auslandsschulden und die Auswirkungen der Rezession trafen Jugoslawien in den frühen 80er Jahren hart. Die Arbeitslosigkeit wuchs rasch, der Rückstand des Südens nahm dramatisch zu. Zunehmender Druck seitens der Schuldnerländer führte zu IWF-Auflagen, die zunächst am Widerstand der Arbeiter scheiterten. Dafür nahm die Inflation Ausmaße an, die durch keinen der in wilden Streiks erzwungenen Teilerfolge der Arbeiter ausgeglichen werden konnten. Das reale Einkommen der Haushalte, das bis Ende der 70er Jahre beständig zugenommen hatte, stürzte binnen weniger Jahre auf den Stand der frühen 60er Jahre ab. Der Versuch, die Schuldenbedienung durch erheblich forcierten Export zu gewährleisten, kam selbst nach der Einschätzung des liberalen Wirtschaftswissenschaftlers Sundhausen — was den Rohstoffexport und die Auspowerung der Industrieanlagen betrifft — einem nationalen Ausverkauf gleich.

Schließlich brach der von 1971 bis Titos Tod unter der Decke gehaltene Nationalitätenstreit mit voller Wucht aus. Beginnend mit der blutigen Unterdrückung albanischer Autonomiebestrebungen im Kosovo 1981 entstanden die Fronten, die bis zum offenen Ausbruch des Bürgerkriegs die gleichen bleiben sollten. In Serbien wurde einerseits für die volle Souveränität der Republik gegenüber den autonomen Provinzen agitiert, andererseits aber der Erhalt der Föderation gefordert — unter besserer Wahrung serbischer Interessen, versteht sich. In Slowenien und Kroatien ging man auf Distanz zum Bund, indem immer neue Ausweitungen der Souveränitätsrechte der Einzelrepubliken gefordert wurden, bis hin zur offen verkündeten Separierung. Wobei in Kroatien ein reaktionärer Nationalismus die Oberhand gewann, der durch seine offen antiserbische Haltung die serbischen Minderheiten in Slawonien und der Krajina stark verunsicherte und schließlich ja auch tatsächlich bedrohte. Den Südrepubliken blieb nichts anderes übrig, als Stellung zu beziehen für ein serbisch dominiertes Rumpf-Jugoslawien oder den Separatismus; mit dem Vollzug des Abfalls Sloweniens und bald danach Kroatiens war ihre projugoslawische Haltung obsolet geworden.

Der Erfolg des Volkstumsnationalismus hatte die Selbstzerstörung des Bundes als handlungsfähige staatliche Einheit zur Voraussetzung. Diese wiederum beruhte auf dem realen Einflußverlust des sozialistischen Staates als Wirtschaftsplaner gegenüber den Gesetzen des Marktes. Damit hatte der Jugoslawismus, der mit dem Versprechen, ökonomischen und nationalen Ausgleich zu schaffen, angetreten war, ausgespielt. Die Möglichkeit zur Sprengung des ganzen Territoriums — und nicht nur der Denkmäler der sozialistischen Führer — lag schließlich in der qua Verfassung verankerten Multinationalität. Als Separatstaaten im Wartestand, denen es lediglich an der vollen Souveränität gebrach, konnten die Ideologen des Partikularnationalismus sich den verunsicherten und verarmten Proleten ein scheinbar unverbrauchtes Modell der Krisenlösung anbieten. Zurück zur Natur im doppelten Sinn: Einerseits durch den vollständigen Bruch mit jedem Versuch, die Ökonomie sozialistisch zu gängeln, um auf diese Weise der Natur des Marktes zum Durchbruch zu verhelfen und damit dem Nutzen aller zu dienen; andererseits durch die Abkoppelung von als parasitär empfundenen Kostgängern, die mit dem Verweis auf die unnatürliche, weil politisch konstruierte Bundesstaatlichkeit begründet wurde, die die natürlichen Einheit, das ethnisch saubere Volk, hemme, ja ihm den Lebensatem abzuschneiden drohe. Dem Selbstverwaltungssozialismus kommt in diesem Prozeß die makabre Rolle zu, alle guten Gründe für staatliche Einheit im Massenbewußtsein bis zur Unkenntlichkeit verzerrt zu haben. Die Arbeiter im Selbstverwaltungssozialismus hatten den ökonomischen Zusammenbruchstendenzen Jugoslawiens nichts entgegenzusetzen. Sie konnten sich nur ökonomistisch, als wahrhaft kapitalistische Geldmonaden im Gewand des Betriebskollektivs, durch nur das jeweilige Einzelinteresse berührende Streikaktionen betätigen — waren sie doch slowenische Arbeiter im slowenischen Betrieb usw., ohne erkennbaren, geschweige denn begreifbaren Bezug zu albanischen Arbeitslosen oder muslimischen Bergarbeitern in Zentralbosnien. Das sozialistische Jugoslawien hat seine Bürger als durch nichts mehr aufeinander bezogene Einzelkapitalisten ohne Aussicht auf gewinnbringenden Verkauf ihrer Arbeitskraft zurückgelassen und sie dem schlechtesten Aufguß bürgerlicher Ideologie, dem Volkstumsnationalismus, ausgeliefert.

Alle Voraussetzungen für das Auseinanderfallen Jugoslawiens, so das Fazit dieser Untersuchung, wurden also unter der Ägide des Selbstverwaltungssozialismus geschaffen, es beförderten keine politische Intervention durch Drittstaaten diesen Auflösungsprozeß. Damit — darauf sei zu guter Letzt ausdrücklich hingewiesen — ist aber keineswegs gesagt, daß das Versinken des Bundesstaats im Bürgerkrieg auf irgendeiner historischen Notwendigkeit gründete. Im Gegenteil bedurfte es der offenen Ermunterung der separatistischen Kräfte durch Versprechungen und massive diplomatische Unterstützung von außen, bis sie den entscheidenden Schritt in die Spaltung mit allen bewaffneten Konsequenzen vollzogen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Feststellung eines Leitartiklers der New York Times vom Januar dieses Jahres richtig, daß es sich bei dem durch Denkmäler geehrten kroatischen Volkshelden Hans-Dietrich Genscher um einen Kriegsverbrecher handele.

jw

1) Zitiert ist Holm Sundhausen, Jugoslawien 1914 - 1980, S. 194f.

Konzept Apartheid

"Neue Rechte" und multikulturelle Gesellschaft

Spätestens seit den Verkaufserfolgen der Zeitschrift "Junge Freiheit" an Kiosken ist deutlich, daß auch in Deutschland eine "modernisierte", "neue" Rechte antritt, in gesellschaftliche Debatten einzugreifen. Weniger um Wahlerfolge geht es den smarten, 20 bis 30jährigen Aktivisten, als darum, ihre Positionen ins Zentrum der Gesellschaft zu tragen. Ähnlich wie das französische Vorbild um "Grece" streben sie die Neubesetzung linker Begriffe mit ihrer ethnisch-völkischen Vorstellungswelt an. In einem 1991 herausgegebenen Sammelband namens "Multikultopia" machen sich verschiedene Autoren aus diesem Dunstkreis die Vorstellung einer "multikulturellen Gesellschaft" zu eigen. Etwa die Hälfte der Beiträge bestreiten die Newcomer gemeinsam mit engen ideologischen Freunden, wie dem Haider-Berater Jürgen Hatzenbichler aus Österreich, oder dem Vordenker aus Paris, Alain de Benoist, höchstpersönlich.

"Neue" Rechte in bester Gesellschaft...

Vereinzelt, wie um eigene ideologische Wurzeln zu dokumentieren, finden sich auch Ausführungen der "alten" faschistischen Garde, die "Multikulti" energisch bekämpft. Insgesamt ein Drittel der Beiträge aber stammt von "reputierlichen" BefürworterInnen multikultureller Konzepte — u.a. von SpitzenpolitikerInnen wie Heiner Geißler (CDU) und Anke Martiny (SPD-Parteivorstand), sowie VertreterInnen jüdischer und islamischer Organisationen. Ihre Texte im Band eines rechtsradikalen Herausgebers tragen dazu bei, Reste einer Tabuisierung faschistischer Inhalte zu untergraben, die Zusammenstellung spiegelt andererseits, wie gesellschaftsfähig jene Inhalte heute sind. Mag im Einzelfall gelten, daß SchreiberInnen nicht wußten, mit wem sie es zu tun haben (der Beitrag aus dem Berliner jüdischen Kulturverein vermittelt solchen Eindruck), muß doch beim Gros von bewußter Entscheidung ausgegangen werden: Zwei Mitglieder von "SOS-Rassismus" in Deutschland führten z.B. ein höflich-freundliches Geplänkel mit den Nazigrößen Rieger und Schönborn, Vertretern der "Nationalistischen Front"...

Die antifaschistische Strategie, Tabuisierung und Verbot faschistischer Publikationen einzufordern, wird durch solche Realitäten nicht etwa falsch. Es zeigt sich aber, daß allzu einfach gestrickte antifaschistische Positionen nicht genügen werden, dem gesellschaftlichen Main-stream entgegenzutreten. Immer wieder betonen die neurechten Autoren genüßlich, aber leider zurecht: Im gängigen "Multikulti"-Diskurs grassieren Denkweisen, die, zu Ende gedacht, in rechtsradikalen "Ethnopluralismus" münden. Weder bürgerlicher Universalismus ("alle Menschen sind gleich"), noch völkischer Partikularismus ("Erhalt aller Ethnien in ihrer Eigenart") bieten haltbare Grundlagen gegen die neuformulierten rassistischen Ideologien.

Abgrenzung von der "alten Rechten"

Dreh- und Angelpunkt im Denken der "neuen" Rechten ist die Betonung ethnischer Kategorien, die, anders als im traditionellen faschistischen Diskurs, kulturalistisch abgeleitet werden. Die Qualität menschlichen Lebens bleibt aber allein über die Zugehörigkeit zur "eigenen" Ethnie definiert, soziale Kriterien in der Gesellschaftsanalyse werden konsequent abgelehnt. Zwar betonen die "Neurechten", sie wollten nicht "andere Ethnien" in ihrer jeweiligen Eigenart abwerten — sie rechtfertigen aber gerade dadurch die realen sozialen Herrschaftsstrukturen als Ausdruck wünschenswerter kultureller Vielfalt.

Ihr Konzept einer Sortierung der Menschen nach völkischen Kategorien sehen die Autoren nun im Begriff der "Multikultur" aufgehoben, den sie als wörtliche Übersetzung von "Ethnopluralismus" interpretieren. Im Interesse der Deutschen wie der Einwanderer sei demnach, gegen Assimilation und für die strenge Trennung der "kulturellen Identitäten" einzutreten. In Abgrenzung zur "alten Rechten" wird die Parole "Ausländer raus" verworfen. Zwar propagieren auch die "Neurechten" Asylrechts"Änderung" und beklagen die Gefährdung deutscher Identität. Sie sehen aber die Vertreibung von *"Millionen von Zuwanderern"* aus Europa als irreal an — damit würde, ernstgemacht, *"Mord und Totschlag einhergehen"*, und die Formulierung als Programmpunkt würde *"die Rückentwicklung der sich verjüngenden, 'neuen' Rechten hin zum politischen Neandertalertum nach sich"* ziehen (1). Hingegen sei sinnvoll, *"einen offensiven, kreativen Ausweg zu wählen"*, und die Diskussionen um "Multikulti" gerade zur Stärkung deutscher Identität zu nutzen. Diese Identität läßt sich, darauf wird explizit verwiesen, am besten aus der Abgrenzung vom Anderen gewinnen: *"Die unmittelbare Anwesenheit des Fremden stärkt das Bewußtsein für das Eigene."* Rassistische Ausschließung und "multikulturelle Gesellschaft" werden also zusammengedacht. Als Hauptfeind wird *"Dekadenz"* in Deutschland geortet, eine Tendenz zum *"Hedonismus"* (2), als deren Ursprung ein US-amerikanischer Kommerzialismus gilt. Gegen diesen Hauptfeind werden ImmigrantInnen geradezu als Bündnispartner angesehen, insofern sie als völkisch gesinnt, und in ihre traditionellen Werte eingebunden gelten: *"Ob es nun der vielbeschworene Familiensinn der Türken ist, deren ausgeprägte Vaterlandsliebe, ... die Opferbereitschaft kurdischer Nationalisten: all dies, was den 'Rechten' doch so viel näher liegt als den sich unberechtigterweise zu Fürsprechern der hier lebenden Ausländer aufschwingenden Linkshedonisten, wird noch einmal als lobenswertes anschauliches Beispiel dienen können ..."*

Eine "multikulturelle Gesellschaft", die aus solchen Motiven forciert wird, basiert auf strenger sozialer Gliederung nach ethnischen Prinzipien. Es ist kein Zufall, wenn im besprochenen Band unkommentiert die Selbstbezeichnung Südafrikas als "multikultureller Gesellschaft" hereinzitiert wird (vgl. Kasten). Die Struktur der Apartheidsgesellschaft ist unausgesprochenes Vorbild der propagierten Konzeption.

Das multikulturelle Reich

Als geschichtliches Vorbild für ein *"multikulturelles Reich"* dient das *"versunkene Habsburgerimperium"*, das heutzutage *"post mortem neue Beachtung und Wertschätzung"* erfahre (3). Als vorbildlich gilt ebenso das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das sich *"bald ähnlichen*

Zuspruchs erfreuen" werde, wie *"er sich jetzt schon in Bezug auf Habsburg entwickelt"*. Bürgerliche Demokratie und homogener Nationalstaat seien zu überwinden, weil in ihnen das völkische Prinzip nur unzureichend zum Ausdruck komme. An ihre Stelle solle ein durch ethnische Stände geordnetes Staatswesen treten, in dem nationale Minderheiten, auch durch neuere Immigration entstandene, entsprechend vertreten wären. Vor solchem Hintergrund werden Zentralräte z.B. der Kurden in Bayern oder der Türken in Deutschland propagiert. Der Zusammenhalt *"soziokultureller Subsysteme"*, wie die gute alte Ständeordnung auch genannt wird, soll nach dem Habs-bur-ger Vorbild eine Elite gewährleisten, die ihren Einflußbereich über bestehende nationale Grenzen auszudehnen hätte. Wie eine solche Elite zusammengesetzt wäre, ist leicht nachvollziehbar. Staatsbürger- und Wahlrechte für ImmigrantInnen erübrigen sich angesichts dieses Gesellschaftskonzepts (3). Die Abkunft solcher *"mitteleuropäischer Reichsideen"* ist leicht herauszufinden: Die französische "neue Rechte" um die Gruppe "Grece" entstand 1968 u.a. aus der Tradition, SS-Debatten um Mitteleuropakonzepte fortzuführen.

Stichworte wie *"Südafrika"* oder *"mitteleuropäischer Reichsmythos"* könnten den Eindruck hinterlassen, es handle sich bei den "neuen Rechten" um ungefährliche, weil isolierte Spinner. Die ethnische Organisierung sozialer Hierarchien im Kapitalismus ist aber durchaus ein Konzept mit Zukunft. In den USA, wo Staatsbürgerrechte nicht völkisch definiert sind, verweist die Entwicklung nach wie vor auf eine Hierarchie ethnisch getrennter Communities. In Deutschland existiert nicht nur ebenso ein Geflecht sozialer Machtbeziehungen auf ethnischer Grundlage, sondern hier hat die Erteilung auch formaler Rechte nach völkischen Kriterien Tradition. Ein Konzept, das diese Realitäten forcieren und stärker organisieren will, fußt in der deutschen Realität. Um konkret zu bebildern, daß die ethnopluralistische Argumentation zur Besitzstandswahrung durchaus attraktiv werden könnte, ein Beispiel: Schon heute nehmen in Großstädten selbst linke Eltern ihre Kinder aus Schulen oder Klassen mit "zu hohem" ImmigrantInnenanteil. Würde z.B. abgesonderter türkischer Unterricht eingerichtet, käme die Rechtfertigung, damit für die "kulturelle Identität" der Ausgegrenzten eintreten zu wollen, vielen gerade recht.

Linke und "Multikulti"...

Die "modernisierte" neurechte Ausprägung des "Multikulti"-Gedankens fußt im allgemeinen Verständnis dieser Konzeption und führt deren innere Widersprüche zu ihrer Konsequenz. Wenn z.B. Daniel Cohn-Bendit im Streitgespräch mit dem rechten Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeld (5) zugesteht, die Furcht vor der anderen Kultur sei eine anthropologische Konstante, der Rahmen einer multikulturellen Gesellschaft ermögliche, dieses Problem zu bewältigen, dann reproduziert er darin eine wesentliche Voraussetzung "ethnopluralistischen" Denkens. Damit wird Cohn-Bendit nicht zum Rechten — sein multikulturelles Konzept gleicher Staatsbürgerrechte unterscheidet sich vom dargestellten grundlegend. Es gilt aber die Angriffspunkte, wie sie der "Ethnopluralismus" im Konzept "multikulturelle Gesellschaft" findet, zu überwinden. Hierzu gibt ja nicht zufällig die französische antirassistische Debatte die wesentlichen Impulse, die aus der Auseinandersetzung mit der "nouvelle droite" differenzierte Positionen entwickelte.

Daß sich bestimmte "linke" Vorstellungen der "Multikultur" und das rechte Konzept der Apartheid zusammendenken lassen, sucht der besprochene Band nicht nur argumentativ nachzuweisen, sondern auch zu bebildern. Der Beweis ist schlagend: Folgende Auszüge, in "Multikultopia" auf Seite 158 nebeneinandermontiert, entstammen einer Werbung der "South African Airways" im SPIEGEL 7/1991 und einem Zitat Günther Nennings.

"Der Begriff 'Multikulturell' ist Mode geworden. Bei uns Südafrikanern hat er eine lange Geschichte. Er hat unsere Traditionen, unsere Kultur und vor allem unsere herzliche Gastfreundschaft geprägt. Südafrikaner freuen sich immer, wenn Gäste kommen. Und mit der gleichen Freude verwöhnen wie Sie an Bord unserer perfekten Non-Stop-Flüge..."

"Die rechte Wahrheit, daß der Mensch Heimat braucht, kann eine Rutschbahn sein in den Faschismus. Auch die linke (christliche, humanistische) Wahrheit von der einen Menschheit kann eine Rutschbahn sein, Vorschub und Begleitmusik zur Welttendenz der atheistischen Industriegesellschaft ... Verglichen mit solcher Welteinheitskultur, brauchen wir die richtige, die antifaschistische Apartheid, eine gebirgig verschiedene Menschenwelt, wo in jedem Tal ein anderer Käs und ein anderer Wein genossen werden — ein einziges großes Hindernis und Ärgernis für die ungeduldige Industriewalze. Lassen wir uns nicht plattwalzen. 'Multikulturell' ist die richtige Apartheid."

Zu den problematischen Denkelementen auch bei vielen Linken zählt, im Gegenzug zu früherer eurozentristischer Fortschrittsgläubigkeit nun bestimmte "Völker" oder "Ethnien" wie eine zu erhaltende Tierart zu betrachten — das Denken in sozialen Kategorien geht verloren, das natürlich die grundlegende Veränderung auch solcher Gesellschaften will. Problematisch ist oftmals auch die fehlende Abgrenzung gegenüber einem Antikommerzialismus, der oft wegen einem begleitenden US-feindlichen Impuls wohlwollend betrachtet wird. Der verkürzende "Antikapitalismus" ist aber nicht "ein bißchen links", sondern originär faschistisches Gedankengut. Daß US-Feindlichkeit und massiver deutscher Nationalismus korrelieren, muß zudem, in einer Phase aufstrebender deutscher Großmachtpläne, mit neuer Aufmerksamkeit bedacht werden.

Der "neu"rechte Ethnopluralismus nimmt einen neuen Anlauf, gegen liberale Denktraditionen anzutreten. Rechts im Sinne der Ethnopluralisten ist das Festhalten an (völkischer) Identität. Mit links identifizieren sie eine Sinnentleerung des Lebens, das sich über bloßen privaten Konsum, der universal ausgebreitet wird, definiere. Es gilt aufzuzeigen, daß die rassistische Schaffung einer völkischen Identität im Kern selbst ein fiktiver Akt ist, und daß dieser Akt derselben geschichtlichen Formation — dem Kapitalismus — zugehört, die Privatkonsum und den abstrakten Staatsbürgerstatus hervorbringt und abspaltet. Diese Formation kann nur insgesamt der Kritik unterzogen werden. Darunter dürfte eine haltbare Position, die dem bürgerlichen Dualismus — hier leere, universelle Rechte, dort fiktive völkische Substanz — entkommt, nicht zu haben sein.

Berthold Brunner

Stefan Ulbrich (Hrsg.), Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991, 348 Seiten

Anmerkungen:

1) Vgl. Aufsatz "Vielfalt gestalten" von Marcus Bauer, S. 137ff.
2) Hedonismus: Haltung, die privates Glück als höchste Erfüllung betrachtet und anstrebt.
3) Vgl. im selben Aufsatz S. 152 ff.
4) Ausnahme im zitierten Aufsatz: gewisse plebiszitäre Elemente.
5) Vgl. in STERN, 52/1992, S.32 ff.

Gefunden

Zeit der Kriege

Wo es um "das Ganze" geht, Deutschlands neue Größe, die finanziert werden soll, regiert das Pathos, die Appelle zum "Teilen" und zu sonstigen Gemeinschaftsanstrengungen. Wie aber die auf Marktwirtschaft, Konsum, "Leistung" und Karriere gepolten Bürger davon überzeugen, daß sie kürzertreten sollen? Das über vierzig Jahre "geregelte Klima" Ost-West habe den Blick dafür getrübt, daß "Leidenschaft und Tragik, Krieg und Massentod" das Normale seien und nicht "Wohlstandsdemokratien" und "Anspruchsbürger", klagt Michael Stürmer, Historiker und Kohl-Berater. "Die Zeit der großen Stürme" habe "Ferien von der Geschichte gemacht". Diese sind, so hörbar der erleichterte Seufzer des Schreibers, endlich vorbei.(1)

Historiker scheinen für blutige Stürme ein besonderes Faible zu haben. Der vom Liberalen zum National-Konservativen gewandelte Arnulf Baring darf Gewerkschaftern erklären, daß durch die neuen Kriege "hoffentlich bei uns bald ein viel risikonäheres, tapfereres und vielleicht auch positiveres Verhältnis zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt" entsteht. Nämlich, "nicht zu glauben, daß für alles vorgesorgt, die Welt sozial abgesichert und letztlich langweilig geworden ist." Denn auf so viel Abenteuer hat der durchschnittliche DGB-Arbeiter mit 27 Kabelfernsehprogrammen gewartet: "daß das Leben im Grunde eine unaufhörliche Kette von Herausforderungen und Risiken ist." (2)

Überhaupt: der Krieg hat es den Träumern von Großdeutschland angetan. In ihrem "Manifest" gegen die "Raffgesellschaft" und für das "Gemeinwohl" beschwören Helmut Schmidt, Gräfin Dönhoff, Edzard Reuter und weitere den Ausnahmezustand. Es sei nicht einzusehen, warum es "uns (ja uns, nicht ihnen) so schwerfallen sollte, freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzichte zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt." (3) Begreift das wirklich niemand, oder muß erst wieder Krieg geführt werden?

Wiedergutmachung

Auch "Zeit"-Chefredakteur Robert Leicht plagt fehlender Gemeinsinn. Die Verteilung der Lasten könne nicht gelingen, "wenn die Nation sich ihrer selbst nicht bewußt wird". Wie das bewerkstelligen? Mit "Wirklichkeitssinn", der "zuallererst nach einer konkreten Bestimmung jenes Prinzips verlangt, unter dem alle... das gleiche Interesse vereint. Und dieses Prinzip kann — unvermeidlicherweise und trotz aller Furcht vor Mißverständnissen — nichts anderes sein als ein aufgeklärtes Verständnis von der Nation und ein geschichtlich geprüfter und geläuterter Patriotismus." Wer aber prüft geläuterten Nationalismus, nachdem die Alliierten außer Landes befördert wurden? Der TÜV ist deutsch. Westdeutscher Verzicht und ostdeutsches Zuwarten auf marktwirtschaftliche Segnungen begründe sich "aus der Verantwortungs- und Haftungsgemeinschaft gegenüber der von den gemeinsamen Vorfahren eigenhändig geschändeten Geschichte". Merke, Nation, du hast nicht Millionen Juden, Zigeuner, Russen, Polen... geschändet, sondern du Nation-Schwein hast deine eigene Geschichte verhunzt. Rehabilitation naht. "Wir kommen erst heute für die Folgen des Zweiten Weltkriegs auf." Endlich mal ein fast wahrer Satz, beinhaltet er doch, daß dafür bislang nicht aufgekommen wurde. Warum aber heute? "Die Westdeutschen müssen wissen, daß es eigentlich ein Glück ist, daß sie diese Reparationen für die eigenen Landsleute aufbringen dürfen." Das könnte doch eine Lichterkette wert sein.(4)

Krieg ist nicht Morden

"Verzweiflung und Betroffenheit", "furchtbare Leiden, die uns bedrängen und verzweifeln lassen", haben die Hamburger GAL, weil "wütend und verzweifelt", als ersten grünen Landesverband zur Forderung nach Militärintervention in Bosnien gegen Serbien veranlaßt. (5)

Ihre Abgeordnete Conny Jürgens hält dem taktisch motivierten Interventionsgegner, SPD-Brigadegeneral a.D. Manfred Opel, schneidig entgegen: "Aber wenn es hart auf hart kommt, dann kneifen Sie, Herr General." Frau Generälin will unbedingt deutsche Truppen auf dem Balkan sehen, weil "gerade wegen ihrer alten Schuld haben die Deutschen eine besondere Verpflichtung, sich dort für die Menschenrechte einzusetzen." Nicht nur dort, Frau Generalin, sondern auch in Polen, im weiten Rußland und in Wolgograd, in den Wüsten Afrikas, ja sogar bei den Juden im heutigen Israel, wo es mit den Menschenrechten bekanntlich auch nicht zum Allerbesten steht. Doch der umwerfenden Logik nicht genug, weitert Frau Jürgens die grüne "Zivilgesellschaft" um den humanen Krieg. "Die Kämpfe in Bosnien haben wenig mit Krieg zu tun. Da wird gemordet, und der Westen duldet es. Die Menschenrechte werden verletzt. Dabei sind die Serben eindeutig die Aggressoren. Sie sind es, die morden und vergewaltigen." Jeder Soldat sei ein potentieller Mörder? Seit der neuen Stalingrad-Verarbeitung wissen wir: auf deutsche Soldaten trifft zu, daß jeder nur ein potentieller Toter gewesen ist. Der deutsche UNO-Soldat soll auf dem Balkan töten dürfen, ohne morden zu müssen. Wie das? Weil er im UN-Gewand als "quasi Polizei" eingesetzt würde, um dann in quasi putativer Notwehr Serben umzulegen. (6)

Negermusik tötet Neger

"Zu den Merkwürdigkeiten der gegenwärtigen Debatte" um die Rechten, schreibt FAZ-Herausgeber Joachim Fest, "zählt die viel gehörte Frage, wie der Ungeist der Hitler-Zeit gerade über die Rockszene zurückkehren konnte. Als ob nicht jedes Konzert vor Augen und Ohren führte, wieviel Rebarbarisierungssehnsucht, Flucht- und Regressionsbedürfnis da zum Ausdruck drängt und die Musik der Horde zurückbringt." "Jetzt fragt alle Welt, wie das (rechte Morden) möglich wurde." Fest weiß die Antwort. Durch Rockmusik: sie ist die Musik des linken Protests, der Tabu-Zerstörung schlechthin (lang ist's her), und "Hitler war der radikalste Tabuzerstörer". Erreicht haben die Linken, daß "das moralische Verdikt über die Hitler-Jahre, (das) so etwas wie das letzte intakte Tabu der Republik" war, hinüber ist.

Der publizistische Promotor des "Historiker-Streits" klagt an. 1986 schrieb er zur Verteidigung der Nolte und Hillgruber in der FAZ: "Zwar ist die Sorge nicht unbegreiflich, die zunehmende Akademisierung des (Nazi-)Geschehens könnte den moralischen Impuls der Vergangenheit schwächen. Gerechtfertigt ist sie nicht." Denn, so der Hitler-Biograph 1993, die "Täter von Mölln... besitzen weder eine rechtsradikale Ideologie, noch sind sie von wirklichem Fremdenhaß getrieben; einer... besuchte noch am Abend vor dem Brandanschlag ein türkisches Restaurant. Viel eher ist da Orientierungslosigkeit am Werk, die von der permissiven Gesellschaft selber erzeugt wird..." Wissen wir doch heute, daß auch Eichmann kein Antisemit war, sondern ein ausgesprochener Liebhaber und Sammler jüdischer Kultur. (7)

1) Michael Stürmer, FAZ, 5.11.92; 2) Gespräch mit Arnulf Baring in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/92; 3) Dönhoff u.a., Ein Manifest, Rowohlt 1993; 4) Robert Leicht, Zeit, 29.1.93; 5) GAL-Reader Jugoslawien, Februar 1993; 6) Spiegel-Gespräch zw. Conny Jürgens und Manfred Opel, 1.2.93; 7) Joachim Fest in: FAZ, 30.1.93 und FAZ, 29.8.86

